

Kai-Achim Klare

Kontinentale Hegemonie

Die Ostpolitik von SPD und Zentrum 1917/18 zwischen
Machtpolitik und Verständigung

Magisterarbeit 2008

Albert Ludwigs-Universität Freiburg
Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte

Erster Gutachter: Prof. Dr. Dietmar Neutatz

Herausgegeben

vom Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München

► www.collegium-carolinum.de

im Rahmen des Projektes OstDok

► www.ostdok.de; www.ostdok.eu

Digitale Reihe der Graduierungsschriften OstDok

► [Universitäten Deutschland, Band 7](#)

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die [Bayerische Staatsbibliothek](#)

URN: urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-105-2

Empfohlene Zitierweise

Klare, Kai-Achim: Kontinentale Hegemonie. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum 1917/18 zwischen Machtpolitik und Verständigung. München 2015.

URL: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-105-2>



Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Collegium Carolinum e.V., München 2015

1. Einleitung 5

2. Demokratisierung als Voraussetzung außenpolitischer Einflussnahme des Reichstages 11

3. Die Grundlinien der deutschen Ost- und Kriegszielpolitik 17

4. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum bis zur Oktoberrevolution 1917 23

4.1 Das Bild vom zaristischen Russland 23

4.1.1 SPD – „Bollwerk der Reaktion“ 23

4.1.2 Zentrum – „Austrophilie“ 28

4.2 Die Stellung zu den Kriegszielen im Osten 32

4.2.1 Die polnische Frage 32

4.2.2 Das Baltikum 40

4.3 Aktive Fühlungnahme mit Russland 48

4.3.1 Die Revolutionierungspolitik 49

4.3.2 Die Erzbergermission 57

4.3.3 Der Sozialistenkongress in Stockholm 62

5. Die Mehrheitspolitik am Beispiel Eduard Davids und Matthias Erzbergers 70

6. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum bis zum Zusammenbruch 1918 76

6.1 Die Oktoberrevolution: Auswirkungen und Bewertungen in den Parteien 76

6.1.1 SPD – Der fortgesetzte Despotismus 77

6.1.2 Zentrum – Annexionen oder Autonomie? 82

6.2 Die Verhandlungen von Brest-Litowsk 88

6.2.1 Die Einflussnahme auf die deutsche Verhandlungsposition 89

6.2.2 Die ukrainische Frage 94

6.2.3 Der Friedensschluss in der Diskussion 101

6.3 Zwischen Siegfrieden und Zusammenbruch 112

6.3.1 Die Randstaatenpolitik 1918 112

6.3.2 Die Ergänzungsverträge und das Verhältnis zu Russland 122

7. Fazit 128

8. Anhang 135

8.1 Siglen- und Abkürzungsverzeichnis 135

8.2 Quellen- und Literaturverzeichnis 136

8.2.1 Quellen und Quelleneditionen 136

8.2.2 Zeitgenössische Literatur und Aufsätze 137

8.2.3 Memoiren und Tagebücher 138

8.2.4 Literatur 139

1. Einleitung

„Und so kam dieser große europäische Krieg, der sich zum Weltkrieg ausweiten sollte. Erst jetzt wurde die bisher drohende Verwandlung unserer Lage furchtbare Wirklichkeit. Erst jetzt übernahmen wir die Funktion der europäischen Hegemonialmacht. War doch die Beseitigung des alten Gleichgewichts für die stärkste Festlandsmacht logischer Weise verbunden mit dem Griff nach der Hegemonie in Europa, mochten wir auch die Folgen für uns selbst oder vor anderen maskieren.“¹

Ludwig Dehio

„Die Bethmann-Kühlmannsche Ostpolitik, die von der deutschen Linken getragen wurde (wenn diese sich jetzt auch der Verantwortung zu entziehen, sie auf die militärische Leitung abzuwälzen sucht), hat der englischen Zukunftsorientierung Russlands und dem angelsächsischen Übergewicht in der Welt zugearbeitet.“²

Hermann Kranold

In der Forschung zur deutschen Ostpolitik³ während des Ersten Weltkrieges lässt sich bis heute eine verbreitete Tendenz feststellen: Die Friedensresolution des Reichstages vom Sommer 1917 markierte eine so deutliche Zäsur, dass nach wie vor den Initiatoren dieses gewiss einschneidenden Ereignisses, der SPD⁴ und dem Zentrum, der angestrebte Verständigungsfrieden zugleich als Motiv und Ziel ihrer Ostpolitik zugeordnet wird. Dies geschieht allerdings häufig, ohne die tatsächlich zwischen den Parteien und

1 Dehio, Ludwig: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. München 1955, S. 16.

2 Kranold, Hermann: Die Einheit Russlands. In: SM 51 (1918), S. 889.

3 Zur historischen Entwicklung des Begriffs siehe Salewski, Michael: Der Erste Weltkrieg. Paderborn u.a. 2003, S. 267. Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien/München 1966, S. 61.

4 Sofern nicht ausdrücklich von der „Unabhängigen-“ Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) die Rede ist, beziehen sich sämtliche Nennungen der SPD vor der endgültigen Parteispaltung am 7. April 1917 auf die Gesamtpartei, danach auf die verbliebene „Mehrheit“, die in einigen Publikationen auch als „Mehrheits-“ SPD gekennzeichnet ist.

der Reichsleitung verhandelten, teilweise sehr differenzierten ostpolitischen Konzeptionen und Methoden auf ihre praktischen Auswirkungen hin systematisch zu untersuchen. Der folglich noch ausstehende, detaillierte Vergleich der Ostpolitik beider Parteien, von der russischen Februarrevolution im März 1917⁵ bis zum deutschen Zusammenbruch im November 1918, soll daher in der vorliegenden Arbeit erbracht und dabei speziell vor dem Hintergrund der Folgen, die sich für die Stellung des Deutschen Reiches im internationalen Staatensystem aus der Umsetzung dieser Konzeptionen ergeben konnten, betrachtet werden.

Ludwig Dehio liefert im einleitenden Zitat die treffendste Begründung für dieses am machtpolitischen Ergebnis ansetzende Vorgehen, indem er das Dilemma der deutschen Kriegszielpolitik zusammenfasst: Schon die Behauptung gegen die Entente, erst recht aber eine Expansion über seine bestehenden Grenzen hinaus bedeuteten für das Deutsche Reich den Griff nach der kontinentalen Hegemonie, und jedes defensive Friedensprogramm hätte sich streng genommen an diesem Maßstab orientieren müssen.⁶ Für die entwickelten wirtschaftlichen und politischen den Osten betreffenden Ziele und Konzeptionen sowohl der Reichsleitung als auch der Obersten Heeresleitung (OHL), die allesamt den Status quo ante überwandten, ergab sich daraus unabhängig der darin aufgezeigten Methoden, fast zwangsläufig ein imperialer Charakter.⁷

Betrachtet man auf dieser Grundlage das Zitat Hermann Kranolds aus dem Spätsommer 1918 und nimmt es als Ausgangspunkt für die Untersuchung von SPD und Zentrum, zeigt sich ein erstaunliches, so kaum vermutetes Bild der beiden Parteien: Weder eine klarer Gegensatz zur Regierungspolitik, noch eine in summa defensive Kriegszielpolitik scheinen demzufolge vorhanden. Ganz im Gegenteil wird vielmehr über den Bruch des Sommers 1917 hinweg die staatliche Ostpolitik von Reichskanzler

5 12. März 1917, Datumsangaben werden in der gesamten Arbeit, sofern nicht anders gekennzeichnet, nach dem gregorianischen Kalender gemacht, Salewski: Weltkrieg, S. 270.

6 Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. V Band: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919. Stuttgart 1978, S. 221. Bethmann Hollweg versuchte rückschauend seine Politik mit dieser Erkenntnis in Einklang zu bringen, in dem er darauf verwies, dass schon ein Status quo Friede gegenüber der Entente Deutschland in die Vorhand gebracht hätte, Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkrieg. II. Teil: Während des Krieges. Berlin 1921, S. 16. Auch in der SPD erkannte man diesen Faktor. Boll, Friedhelm: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918. Bonn 1980, S. 215.

7 Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918. Berlin 1994, S. 384.

Theobald von Bethmann Hollweg zum Staatssekretär des Auswärtigen Richard von Kühlmann kontinuierlich durch die Mehrheit des Reichstages getragen.⁸

Unabhängig davon, aus welcher besonderen Perspektive innerhalb der Sozialdemokratie Kranold auch über seine Parteigenossen urteilte, stellt sich die Frage, wie dieser zu einer so bemerkenswerten Aussage gelangte und folglich, ob nicht unter Umständen zwischen der Verständigungsrhetorik von SPD und Zentrum und ihrer praktischen Politik eine größere Diskrepanz bestand als allgemein angenommen. Es muss daher erörtert werden, ob der Einfluss der Mehrheitsparteien des Reichstages auf die Ostpolitik höher veranschlagt und deren Konsequenzen höher bewertet werden müssen, als dies bisher der Fall war und damit zugleich inwiefern trotz des offiziellen Eintretens für einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ machtpolitische Motive in den Führungen beider Parteien eine Rolle spielten. Auf Grundlage der gewonnenen Ergebnisse soll versucht werden zu rekonstruieren, ob die Ostpolitik von SPD und Zentrum damit über eine konzeptionelle Kontinuität verfügte, die über den bisher für 1917 konstatierten Bruch hinausging und in ihren hegemonialen Folgen mit den Konzeptionen der Reichsleitung durchaus vergleichbar ist.

Die Analyse der Ostpolitik von SPD und Zentrum 1917/18 setzt unter der genannten Fragestellung in erster Linie eine Prüfung und Neugewichtung der Quellen voraus, die sich in die einzelnen Kapitel schematisch einfügen soll. In der Hauptsache stehen hierfür zum einen die relevanten Bände aus der Reihe zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, zum anderen umfangreiche Memoirenliteratur der handelnden Akteure zur Verfügung. Besonders hervorzuheben sind dabei die zur ersten Kategorie zählenden, von Erich Matthias und Rudolf Morsey publizierten Ausgaben zum Interfraktionellen Ausschuss (IFA), und die von Reinhard Schiffers herausgegebene Edition zum Hauptausschuss des Reichstages (HA),⁹ welche die

- 8 In gleicher Weise Max Cohen: „Aber kann man der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie an ihrem Kurs festhält? Dieser Kurs ist ja der der Reichstagsmehrheit, und die Regierung, ob sie nun offiziell parlamentarisch ist oder nicht, kann keine andere Politik treiben als diejenige, die von der Mehrheit gewünscht und gedeckt wird. Die deutsche Linke möchte allerdings bei einem Misserfolg am liebsten jede Verantwortung von sich abweisen. Um so mehr muß betont werden, daß sie sie in der Tat trägt. Es geht nicht an eine Politik gutzuheißen, moralisch zu stützen, ja womöglich selber einzuleiten, und nachher anderen die Verantwortung für die eigene Kurzsichtigkeit aufzubürden.“ Cohen, Max: Russland und die deutsche Zukunft. In: SM 50 (1918), S. 119.
- 9 Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. II Bände, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1959. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918. Band III: 118-190 Sitzung 1917 und Band IV: 191-275 Sitzung 1918, bearbeitet von Reinhard Schiffers und Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt. Düsseldorf 1981-1983.

unentbehrlichen Sitzungsprotokolle der beiden zentralen Aktionsforen zur Verfügung stellen.

Überdies wurde versucht, neben der Untersuchung der wichtigsten politischen Führungsgremien auch Einblicke in die Forderungen und Stimmungen der Mitglieder und Sympathisanten der Parteien zu gewinnen. Dies gelang bei der SPD durch die Betrachtung dreier von ihrem politischen Standpunkt her divergierender Monats- und Wochenschriften, der „Sozialistischen Monatshefte“ (SM), der „Neuen Zeit“ (NZ) und der vom Exilrussen Parvus Helphand unter Mithilfe der Reichsleitung herausgegebenen Zeitschrift „Die Glocke“¹⁰ sowie beim Zentrum durch die Berücksichtigung älterer Forschungsarbeiten von Hans Illich und Ernst Heinen zu den zwei maßgeblichen, ebenfalls inhaltlich entgegengesetzten katholischen Presseorganen, der „Kölnischen Volkszeitung“ (KV) und der in Berlin erscheinenden „Germania“.¹¹ Quellen russischer Provenienz wurden nur in geringem Maße herangezogen.

In der umfangreichen Sekundärliteratur zu den genannten Themenschwerpunkten ist die Möglichkeit einer bewussten Unterstützung der staatlichen Ostpolitik durch SPD und Zentrum bisher aus den verschiedensten Gründen nur im Ansatz geprüft und im Urteil eher zurückhaltend bewertet worden: Während Heinrich Pothhoff und Susanne Miller der SPD ein Stück weit undifferenziert zugutehalten, sie habe sich als stetiger Verfechter des Defensivkrieges in der Hauptsache für einen Verständigungsfrieden eingesetzt¹² und sei ansonsten in Folge ihrer innenpolitischen Orientierung¹³ und ihrer fehlenden Erfahrung ohne gezielte außenpolitische Konzeptionen vorgegangen,¹⁴ wird beim Zentrum unter anderem von Wilfried Loth darauf verwie-

10 Sozialistische Monatshefte. Bände 22-24, (1917/18). Die Glocke. Wochenschrift für Politik u. Wirtschaft, Kunst u. Kultur. Band 2 – 4 (1916 – 19). Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Bände 35 (1916/17) – 36 (1917/18).

11 Illich, Hans: Über die Haltung der Zentrumsprelle zur Parlamentarisierung 1917/1918. Mit besonderer Berücksichtigung der Kölnischen Volkszeitung. Würzburg 1932. Heinen, Ernst: Zentrumsprelle und Kriegszielsdiskussion unter besondere Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Germania“. Diss. Phil. Köln 1962.

12 Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. 8. Aufl., Bonn 2002, S. 80f.

13 Potthoff/Miller: Kleine Geschichte, S. 77. Stevenson, David: 1914-1918. Der Erste Weltkrieg. Düsseldorf 2006, S. 171.

14 Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920. Düsseldorf 1978, S. 193 und S. 203. Meenzen, Johann: Aussenpolitik und Weltfriedensforschung der deutschen Sozialdemokratie 1914-1919. Diss. Phil. Hamburg 1951 [maschinenschriftlich]. Einen Überblick zur Frage der außenpolitischen Konzeptionen der SPD bietet Unger, Hartmut: Zwi-

sen, dass, neben der auch hier mangelnden ideellen Grundlage, die Kriegsziele in erster Linie abhängig von „der Konjunktur der militärischen Auseinandersetzung“ aufgestellt wurden.¹⁵ Bei beiden Parteien ist der Trendwechsel hin zu einer systematischen Analyse der Außen- und Ostpolitik erst in den letzten Jahren zu beobachten.¹⁶

Ausnahmen vom innenpolitisch orientierten Paradigma boten daher bisher in der Regel Spezialarbeiten zu wichtigen Akteuren. Hervorzuheben sind hier die Arbeit Gerd Schwiegers zur Rolle Eduard Davids,¹⁷ dem maßgeblichen Außenpolitiker der SPD, oder Klaus Epsteins bis heute gültige Erzberger-Biographie.¹⁸ In beiden sind mitunter deutliche Ansätze zu erkennen, die den Einzelnen stärker konzeptionell verorten und ihm auf der persönlichen Ebene größeren Einfluss auf die ostpolitischen Positionen der Reichsleitung zuschreiben, in der Regel jedoch ohne den Blick auf die Gesamtpartei auszuweiten. In anderen Fällen, wie zum Beispiel der beachtenswerten Arbeit Friedhelm Bolls zu den Friedenszielen der SPD, die aufzeigt, wie weit entgegen der gängigen Auffassung die Parteispitze vom Primat der Außenpolitik bestimmt war,¹⁹ geht die insgesamt richtige Analyse des machtpolitischen Kurswechsels der Partei in Bezug auf die Ostpolitik zu wenig ins spezifische Detail. Es lässt sich abschließend festhalten, dass insgesamt weniger Material zum Zentrum als zur Sozialdemokratie vorliegt (was zu einer gewissen Asymmetrie im Vergleich der beiden Par-

schen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Russlandpolitik der SPD 1918-1922. FraM 1996, S. 22-25.

- 15 Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands. Düsseldorf 1984, S. 281f. Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914-1925. München 1963, S. 55. Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin 1962, S. 116 und S. 233. Milatz, Alfred: Der Friede von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien. Diss. Phil. Hamburg 1949 [maschinenschriftlich], S. 16.
- 16 Zum Forschungsstand vgl. Kaiser, Ulrich: Realpolitik oder antibolschewistischer Kreuzzug? Zum Zusammenhang von Russlandbild und Russlandpolitik der deutschen Zentrumsparterie 1917-1933. FraM 2005, S. 19 und Unger: Ideologie.
- 17 Schwieger, Gerd: Zwischen Obstruktion und Kooperation. Eduard David und die SPD im Kriege. Diss. Phil. Kiel 1970.
- 18 Epstein: Erzberger.
- 19 Boll zeigt in klarer Weise auf, wie weit der rechte Parteiflügel die Parteimehrheit führte und kritisiert vor allem die von Miller aufgestellte These vom „Primat der Innenpolitik“ in der SPD. Boll: Frieden, S. 122-124 und S. 128. Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974, S. 33-36. Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich. Düsseldorf 1976, S. 341f. Zuletzt Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15. Essen 1993, S. 131f.

teien führt), die teilweise vorhandenen kritischen Bewertungsansätze in der Literatur in den großen Überblickswerken zum Ersten Weltkrieg bisher kaum einen Niederschlag gefunden haben und oft die Ablehnung an reale territoriale Angliederungen mit einer Absage an machtpolitische Ziele gleichgesetzt wird.²⁰

Unter den so skizzierten Prämissen erfolgt der vorliegende Vergleich der Ostpolitik von SPD und Zentrum 1917/18 in vier Schritten: Erstens soll anhand neuester Ergebnisse der Parlamentarismusforschung gezeigt werden, wie groß der Einfluss des Reichstages auf die Politik der Reichsleitung tatsächlich zu bemessen ist und wie er gegebenenfalls von den Parteien genutzt wurde; dies um ersichtlich zu machen, ob nicht im Gegensatz zur gängigen Auffassung SPD und Zentrum sehr wohl über Machtmittel verfügten, sie aber auf Grund des antizipierten ostpolitischen Konsenses mit der Reichsleitung gar nicht nutzen wollten. In einem zweiten Schritt sollen die ostpolitischen Traditionen von SPD und Zentrum einem Vergleich unterzogen werden, um zu veranschaulichen, welche Auswirkungen diese auf das praktische Wirken beider Parteien im Krieg hatten und wieweit sie deren Kriegszielpolitik prägten. Drittens, im Hauptteil der Arbeit, wird zu untersuchen sein, wie sich die politische Praxis konkret ausgestaltete, in welcher Form konzeptionelle Übereinstimmung oder Gegensätze zwischen den Parteien selbst und im Verhältnis zur Reichsleitung nachzuweisen sind und welcher Personenkreis innerhalb der Organisationen tatsächlich das politische Handeln bestimmte, um viertens und letztens die Frage zu beantworten, wie groß der tatsächliche Anteil von SPD und Zentrum an der deutschen Ostpolitik 1917/18 in Hinblick auf die oben zitierte Aussage Hermann Kranolds war und ob die beschriebene Kontinuität auch für die beiden Parteien galt. Um zu einer sinnvollen Eingrenzung des Themas zu gelangen, beschränkt sich die Arbeit auf das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Russland und seiner Randgebiete; die rumänische Frage bleibt folglich unberücksichtigt.

20 Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945. Stuttgart 1995, S. 352. Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. FraM 1997, S. 256f.

2. Demokratisierung als Voraussetzung außenpolitischer Einflussnahme des Reichstages

„Parlamentarisierung und Demokratisierung stehen durchaus nicht notwendig in Wechselbeziehung, sondern oft im Gegensatz zueinander.“²¹

Max Weber

„An eine echte Parlamentarisierung im eigentlichen Sinne dachte zunächst niemand. Man wollte überhaupt nicht in die Regierung eintreten, man wollte nur mehr Einfluß auf sie haben.“²²

Friedrich Payer

„Gegen den Reichstag kann aber in Deutschland keine Instanz mehr Politik machen.“²³

Philipp Scheidemann

Eines der primären Defizite der vorliegenden Literatur zur Ostpolitik von SPD und Zentrum besteht in der nach wie vor verbreiteten Unterbewertung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten beider Parteien, die eng mit der Frage nach dem tatsächlichen Grad der Verfassungsentwicklung im zweiten Abschnitt des Ersten Weltkrieges verknüpft ist.

21 Weber, Max: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1917/18). In: Ders.: Gesamtausgabe. Abteilung I, Band XV: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger. Tübingen 1988, S. 526.

22 Payer, Friedrich: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. FraM 1923, S. 28.

23 Scheidemann, Philipp: Verständigung für den Frieden. In: „Vorwärts“, 06.09.1917, zitiert nach: Miller: Burgfrieden, S. 324.

In den Forschungskontroversen der 1970er Jahre bezogen Autoren wie Dieter Grosser und Horst Gies die Position, dem Reichstag und der mit der Friedensresolution konstituierten linken Mehrheit aus SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei (FVP) habe der zur Parlamentarisierung notwendige Machtwille gefehlt. Ohne die personelle Beteiligung der Parteien an der Regierung könne folglich auch nicht von einem weitreichenden Einfluss auf deren Kriegszielpolitik die Rede sein.²⁴ Besonders die Anhänger der kritischen Schule zogen es auf dieser Grundlage vor, sich verstärkt mit den Demokratisierungsprozessen außerhalb der Regierungsinstitutionen zu befassen und den durch die Reichsverfassung erzeugten Dualismus zwischen Volksvertretung und Reichsleitung als systemimmanentes, unüberwindbares Hindernis vorauszusetzen.²⁵ Auf der anderen Seite kritisierten Autoren, wie zuletzt Manfred Rauh in seiner Untersuchung zur Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, diese Auffassung, indem sie auf die bereits zur Jahrhundertwende einsetzenden Modernisierungstendenzen des deutschen Parlamentarismus hinwiesen und im Weltkrieg unter dem zunehmenden Druck der linken Reformparteien einen deutlichen Macht- und Kompetenzzuwachs des Reichstages aufzeigten.²⁶ Den Widerspruch zwischen Einflussgewinn und weiterhin schwacher personeller Verknüpfung von Parlament und Regierung konnten jedoch auch diese Studien nicht lösen und somit fehlte bisher eine Gesamtinterpretation, die den mittlerweile zweifellos anerkannten Machtzuwachs des Reichstages in eine sinnvolle Beziehung mit der faktischen Politik der Reichsleitung setzte.²⁷

Mit Christoph Schönbergers Aufsatz „Die überholte Parlamentarisierung“ liegt nun seit einiger Zeit eine erste stimmige Conclusio der beiden kontroversen Theorien

24 Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Den Haag 1970, S. IXf. Gies, Horst: Die Regierung Hertling und die Parlamentarisierung in Deutschland 1917-1918. In: Der Staat 13 (1974), S. 471-496.

25 Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. 5. Aufl., Göttingen 1983, S. 69ff und S. 216ff. Boldt, Hans: Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich. In: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. 2. Aufl., Düsseldorf 1976, S. 119-142.

26 Rauh, Manfred: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Düsseldorf 1977, S. 159f und S. 163f. In ähnlicher Weise bereits zuvor Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung. Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung. Köln/Opladen 1967.

27 Zusammenfassend Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 1995, S. 1038ff. Ullmann: Kaiserreich, S. 258. Salewski: Weltkrieg, S. 57 und S. 243f.

vor:²⁸ Schönberger stellt in Anlehnung an die eingangs angeführte Stellungnahme Max Webers die These auf, dass Parlamentarisierung und Demokratisierung in Deutschland zwei voneinander unabhängige Vorgänge waren, die sich im konstitutionellen Verfassungsgefüge des Reiches eher behinderten als förderten.²⁹ Die Demokratisierung habe seiner Auffassung nach eher die Verfestigung des vorherrschenden „Dualismus“ zwischen Parlament und Regierung begünstigt³⁰ (was allerdings nicht, wie Grosser und Gies behaupteten, mit fehlenden Machtmöglichkeiten des Reichstages gleichzusetzen sei) als dafür zu sorgen, dass Abgeordnete in Regierungsämter aufgenommen wurden. Es ergebe sich vielmehr aus den im konfessionell gespaltenen Deutschland traditionell üblichen „Konkordanzmechanismen“ und dem immer stärkeren Einfluss parlamentarischer Gremien wie dem Hauptausschuss, ein „Ausbau von Kontrollrechten“, die ähnlich wie in den USA im Verhältnis Kongress-Präsident, dem Parlament in vielen Bereichen ein starkes Mitspracherecht sicherten.³¹

Tatsächlich gab es eine Reihe von Faktoren, die den dargestellten Weg einer um eine neue „liberale Spielart“ erweiterten konstitutionellen Monarchie plausibel erscheinen lassen.³² Das Deutsche Reich hatte aus seiner Gründungskonstellation heraus Hypothesen mitzuführen, die eine Verfassungsentwicklung, wie sie in den parlamentarischen Systemen Englands und Frankreichs zu beobachten waren, behinderten. Durch die bereits erwähnte, starke konfessionelle Zerklüftung hatte die Staatsbürokratie neben der ohnehin vorausgesetzten Unabhängigkeit ganz besonders die Auflage zu erfüllen, jeden Anschein von Parteinahme oder Instrumentalisierung zu verhindern. Diese geforderte, dauerhafte „Neutralität“ der Regierung erschwerte die in einem parlamentarischen System „unabdingbare Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen“ und die Entwicklung eines zwischenparteilichen Konsensus, so Schönberger.³³ Der somit versperrte Weg zur Koalitions- und folglich auch zur Regierungsbildung dämpfte das Interesse an der parlamentarischen Arbeit und verhinderte die Ausbildung einer parlamentarischen Regierungsreserve.³⁴

28 Schönberger, Christoph: Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich. In: HZ 272 (2001), S. 623-666.

29 Vgl. Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche. Freiburg 1984, S. 298.

30 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 626. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 117.

31 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 626f und S. 633.

32 Ebd., S. 640.

33 Ebd., S. 629.

34 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 629.

Neben diesen generellen Schwierigkeiten hatten vor allem SPD und Zentrum aus ihrer Tradition heraus Vorbehalte, praktisch und mit Nachdruck für eine Parlamentarisierung einzutreten. Zwar hatte die überwiegende Mehrheit der Anhänger der Sozialdemokratie den Marsch durch die Institutionen und die Parlamentarisierung des politischen Systems als legitimen Weg zur Herrschaft akzeptiert,³⁵ jedoch nie das Dilemma gelöst, dabei einerseits das utopische Ziel der sozialistischen Alleinregierung zu verfolgen, andererseits aber in der Praxis mit der wahrscheinlicheren Variante einer bürgerlichen Koalition konfrontiert zu werden. Die sich im Krieg entwickelnde linke Reformmehrheit von Zentrum über die Linksliberalen bis zur Sozialdemokratie war somit nicht geplant und erzeugte vor allem im marxistischen Flügel der Partei eine starke Ablehnung. Sie brachte aber auch die den Krieg unterstützende Mehrheit in die missliche Lage, bei einem Eintritt in die Regierung gegebenenfalls offen für die Fortsetzung des Krieges optieren zu müssen.³⁶

Für das Zentrum spielten in der Haltung zur Parlamentarisierung andere Faktoren eine Rolle, die aber zu ähnlicher Zurückhaltung führten: Während der linksprogressive Kreis um Matthias Erzberger bereits vor dem Krieg für eine Kanzlerverantwortlichkeit eingetreten war, lehnte der konservative, zum großen Teil adlige rechte Parteiflügel einen Ausbau der Parlamentsrechte aus Sorge, das föderalistische Gleichgewicht des Reiches könnte zu Lasten der katholischen süddeutschen Staaten verschoben werden, ab.³⁷ Darüber hinaus hatte besonders das Zentrum von der vor dem Krieg üblichen Mehrheitsbildung profitiert, indem es bei den für das deutsche Verfassungssystem üblichen, wechselnden Parlamentsmehrheiten als große Mittelpartei eine Schlüsselfunktion im Reichstag eingenommen hatte, die es ungern auf Kosten fester Koalitionsregierungen aufgeben wollte.³⁸

In Folge des Dilemmas beider großen deutschen Massenparteien zwischen dem Wunsch nach mehr Einfluss auf der einen, aber dem nur sehr beschränkten Drang, personell an der Regierung beteiligt zu werden, auf der anderen Seite, entwickelten sie laut Schönberger eine sachbezogene Kooperation sowohl im Verhältnis untereinander als auch mit der Reichsleitung, die in Form politischer Kompensationsgeschäfte ablief, wie sie wiederum vergleichbar heute zwischen dem US-Präsidenten und dem

35 Grosser: Verfassungspolitik, S. 38f. Rauh: Parlamentarisierung, S. 159.

36 Grosser: Verfassungspolitik, S. 109ff. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 303. Vermutlich ist hier die von Miller bemerkte „auffällige Zurückhaltung“ der SPD in personalpolitischen Fragen zu erklären, Miller: Burgfrieden, S. 325.

37 Grosser: Verfassungspolitik, S. 75-78.

38 Ebd., S. 79f. Loth: Katholiken im Kaiserreich, S. 181ff. Illich: Parlamentarisierung, S. 3f.

Kongress stattfinden.³⁹ Entsprechend sind auch nicht die im Weltkrieg durchaus verstärkt vollzogenen Übernahmen von SPD- und Zentrumsmitgliedern in Regierung und Beamtenapparat oder der zunehmende Einfluss auf die Regierungsbildung als primäres Zeichen des Machtgewinns zu deuten,⁴⁰ sondern vielmehr Erfolge wie die Kompetenzausweitung des Hauptausschusses auf Fragen der Außenpolitik und der regelmäßige Informationsaustausch zwischen Staatssekretären und Parlamentariern.⁴¹ Was aus dem engeren Kontakt von Abgeordneten und Regierung folgte, war eine Professionalisierung der Reichstagsarbeit in den Ausschüssen und die Ausbildung einer parlamentarischen „Gegen- und Begleitbürokratie“, die mit Hilfe von Verhandlungen ihre Konzeptionen gegenüber den Fachressorts zur Geltung brachte.⁴²

Für die Bewertung der Ostpolitik von SPD und Zentrum ergibt sich daraus, dass die Demokratisierung und die aus ihr resultierenden neuen Varianten einer auf dem konstitutionellen Dualismus aufbauenden Regierungskontrolle Einflussmöglichkeiten eröffneten, die bisher zu wenig berücksichtigt wurden. Die Verhandlungsprozesse – zwischen den Parteien im Interfraktionellen Ausschuss einerseits⁴³ und Mehrheit und Reichsleitung im Hauptausschuss andererseits – ermöglichten es den maßgeblichen Führern von SPD und Zentrum abseits der offenen politischen Debatten differenzierte Positionen einzunehmen, deren Ausrichtung der nach außen häufig demonstrierten Konfrontationsstrategie entgegen stand. Die sich vollziehende Annäherung zwischen Parteipolitikern und Fachministern musste vielmehr bei stetiger Zusammenarbeit das Verständnis für die Positionen der Gegenseite erhöhen und eher eine Ideenkonkurrenz als eine dauerhafte Blockade der einen oder anderen Seite erzeugen.⁴⁴ Die sich somit auf immer weitere Bereiche ausweitende Kooperation zwischen Parlament und Regierung setzte also zumindest in den grundsätzlichen Fragen einen Konsens zwischen den beteiligten Verhandlungspartnern voraus, so dass bei

39 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 636.

40 Ebd., S. 639. Die mit dem Sturz Bethmann Hollwegs erstmals auch praktisch durchexerzierte Möglichkeit, eine missliebige Regierung abzusetzen ist in diesem Sinne weniger als Teil einer fortschreitenden Parlamentarisierung, sondern mehr als ein Entzug der materiellen Vertrauensbasis zu sehen. Zum Ablauf Salewski: Weltkrieg, S. 253.

41 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 644. Schiffers, Reinhard: Der Hauptausschuss des deutschen Reichstages 1915-1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung, Düsseldorf 1979, S. 13.

42 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 644f.

43 Epstein, Klaus: Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918. In: HZ 191 (1960), S. 562-584.

44 Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 644.

der Untersuchung der Ostpolitik von SPD und Zentrum, bei allen sicherlich vorhandenen Differenzen zwischen Regierung und Parteien, eher nach dem Verbindenden als dem Trennenden zu suchen sein wird.⁴⁵

45 Schiffers: Hauptausschuss, S. 19. Schönberger: Überholte Parlamentarisierung, S. 665. Vgl. Milatz: Parteien, S. 63.

3. Die Grundlinien der deutschen Ost- und Kriegszielpolitik

„Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“⁴⁶

Theobald von Bethmann Hollweg

„Wenn wirklich zur besseren Verteidigung Deutschlands im Osten die Annexion der Narewlinie verlangt würde, dürfte irgendein [sic!] Deutscher dagegen Widerspruch erheben?“⁴⁷

Otto Landsberg

Bereits vor dem Krieg dominierte im wilhelminischen Deutschland der Topos der „Einkreisung“⁴⁸ durch die Entente das Denken der politischen Akteure wie großen Teilen der Bevölkerung und es herrschte eine verbreitete Einmütigkeit darüber, dass der Ring der feindlichen Großmächte, die dem jungen Nationalstaat seinen „Platz an

46 Auszug aus der Denkschrift des Reichskanzlers vom 9. September 1914, zitiert nach: Basler, Werner: Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918. Berlin (Ost) 1962, S. 382.

47 In einer SPD-Fraktionssitzung, Grumbach, Salomon: Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden. Lausanne 1917, S. 113.

48 Salewski führt an, wie stark der Gedanke der Einkreisung zur Bewertung der Zeitgenossen beitrug. Salewski: Weltkrieg, S. 76. Vgl. die Aussage David: „Damit [mit einem Verständigungsfrieden, Anm. d. Verf.] würde die Einkreisungspolitik, das Weltverteilungssyndikat, das die österreichische Monarchie zertrümmern, Kleinasien aufteilen, Elsaß-Lothringen und das Linke Rheinufer von Deutschland nehmen wolle, in sich zusammenbrechen. Wenn Deutschland zugleich seine wirtschaftliche Machtstellung sichere, könne es getrost der Zukunft ins Auge sehen.“ Sitzung des HA vom 22. August 1918, HA III, S. 1633.

der Sonne“⁴⁹ streitig machen wollten, im anstehenden Krieg ein für alle Mal zu durchbrechen sei.⁵⁰ Die nach Ausbruch der Kampfhandlungen einsetzende Kriegszieldebatte, die sich auf dieser Basis entfaltete und durch die Schlagworte Bethmann Hollwegs von den zu erzielenden, dauerhaften „Sicherheiten und Garantien“ geprägt wurde, hatte schlüssiger Weise im Ergebnis zwei darauf abgestimmte Anforderungen zu erfüllen: zum einen den rein defensiven Charakter des Kriegs ersichtlich zu machen, zum anderen aber auch präventiv in die Zukunft gerichtet eine erneute „Einkreisung“ bzw. einen erneuten „Überfall“ zu verhindern.⁵¹

In den Fokus musste dabei schon in einem frühen Stadium des Krieges die Frage nach der zukünftigen Rolle Russlands geraten. Das Zarenreich galt nicht nur auf Grund seiner Größe und seiner scheinbar unerschöpflichen materiellen und personellen Ressourcen als einer der Hauptgegner des Reiches, sondern auch in Folge einer bis in links- und sozialdemokratische Bevölkerungskreise hinein verbreiteten diffusen Angst vor dem „asiatischen Despotismus“.⁵² Diese Wahrnehmung und die daraus erwachsende, sonst nicht unbedingt übliche Einigkeit aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen im Hinblick auf den aggressiven Expansionsdrang des Panslawismus und einer notwendigen Verbesserung des Grenzschutzes gegenüber Russland, offenbarte bereits früh die besondere Relevanz der Ostfrage innerhalb der deutschen Kriegszieldebatte und ließ die zeitweilig aufkommenden Hoffnungen, mit dem autokratischen Russland zu einem Sonderfrieden zu gelangen, nur eine kurze Episode bleiben.⁵³

Es gelang daher Fritz Fischer nicht ohne Grund erstmals am Beispiel der Ostpolitik, eine durchgehende Kontinuitätslinie der offiziellen deutschen Kriegsziele von 1914-1918 zu rekonstruieren. Bereits in seinem Aufsatz „Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918“⁵⁴ zeigte der Hamburger Histo-

49 Salewski: Weltkrieg, S. 145. Koenen, Gerd: Der deutsch-russische Nexus. In: APuZ 44 (2007), S. 27.

50 Loth: Katholiken im Kaiserreich, S. 279. Lutz: Demokratie, S. 47; Boll: Frieden, S. 122.

51 Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 327. Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18. Düsseldorf 2004, S. 166-169.

52 Zarusky, Jürgen: Vom Zarismus zum Bolschewismus. Die deutsche Sozialdemokratie und der „asiatische Despotismus“. In: Gerd Koenen/Lew Kopelew (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution 1917-1924. München 1998, S. 98-133.

53 Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 331. Kielmansegg, Peter: Deutschland und der Erste Weltkrieg. 2. Aufl., Stuttgart 1980, S. 277f.

54 Fischer, Fritz: Deutsche Kriegsziele Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918 (zuerst: HZ 188, 1959). In: Ders. (Hrsg.): Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild.

riker anhand der „Septemberdenkschrift“ Bethmann Hollwegs, dass schon in den ersten Kriegswochen eine der zentralen Absichten der deutschen Führung die Zurückdrängung der russischen Grenze war, die während der gesamten Dauer des Krieges nie ernsthaft zur Disposition stand.⁵⁵ Entscheidender als die seit Fischers Hauptwerk „Griff nach der Weltmacht“⁵⁶ vielfach kontrovers diskutierte Kriegsschuldthese⁵⁷ ist damit seine Leistung, speziell am Beispiel der Ostpolitik den Übergang in der konzeptionellen Ausgestaltung der Kriegsziele der Reichsleitung deutlich nachgewiesen zu haben, die eine Fortsetzung der deutschen Hegemonialpläne über den Wechsel der dazu notwendigen Mittel hinaus möglich machten.⁵⁸

Sind insbesondere zu Beginn des Krieges für die Sicherung der Ostgrenze in erster Linie noch direkte Annexionen großer Teile Polens⁵⁹ und des Baltikums⁶⁰ im Gespräch, wandelte sich im weiteren Verlauf das vorherrschende Kriegszielparadigma hin zu einem Programm indirekter Herrschaftstechniken und damit zugleich zu einer umfassenden Dekomposition des Russischen Reiches.⁶¹ Spätestens seit der Proklamation eines unabhängigen Königreiches Polen vom 5. November 1916 und der Anweisung Bethmann Hollwegs im April 1917, die Gebiete der russischen Randvölker als formal selbständige Staaten zu „frisieren“,⁶² war offenkundig, dass man im Kreise der zivilen Staatsführung „moderne“ Formen des Imperialismus und der wirtschaftlichen- und bündnispolitischen Hegemonie über die Völker Mittel- und Südosteuropas einer direkten Angliederung vorzog;⁶³ dies besonders, weil man erkannte, dass, im

Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Düsseldorf 1977, S. 151-206.

55 Abgedruckt bei Basler: Annexionspolitik, S. 382f.

56 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 90-95. Salewski: Weltkrieg, S. 23ff.

57 Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, 1871-1918. 2. Aufl., FraM 1997, S. 518.

58 Zuletzt zur Frage der Kriegsziele Winkler, Heinrich A.: Die Erfindung der Deutschen V. Deutschland, eine Jahrhundertfrage. In: Der Spiegel, 8 (2007), S. 56.

59 Zur Frage des so genannten „Polnischen Grenzstreifens“ siehe Geiss, Immanuel: Der Polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Lübeck/Hamburg 1960.

60 Zur deutschen Annexionspolitik im Baltikum insgesamt siehe Basler: Annexionspolitik.

61 Stevenson: 1914-1918, S. 16. Geiss: Grenzstreifen, S. 24. Koenen: Nexus, S. 28.

62 Bethmann Hollweg an Grünau, 7. Mai 1917. In: L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre Mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, II. Band, hrsg. von André Scherer und Jacques Grunewald. Paris 1962-1978, S. 179.

63 Borowsky, Peter: Deutsche Ukrainepolitik 1918. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen. Lübeck 1970, S. 42. Petzold, Joachim: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Band III: November 1917 – November 1918. Berlin (Ost) 1969, S. 127.

Gegensatz zu informellen Herrschaftstechniken, bei Anwendung „plumper Gewalt“⁶⁴ Deutschland im Kampf der Befreiungsideologien gegenüber den USA und später des demokratischen Russlands ins Hintertreffen geraten musste.⁶⁵ Die sich entwickelnde Mitteleuropaidee, die sowohl von offiziellen Stellen als auch in Kreisen der Wirtschaft und der Parteien diskutiert wurde, schloss an dieses Konzept eines großen, vom Deutschen Reich dominierten Raumes von Satellitenstaaten an, der die Unabhängigkeit von der englischen Seeherrschaft garantieren sollte.⁶⁶

Hatte es allerdings zwischen Bethmann Hollweg und dem zweiten Generalstabschef Erich von Falkenhayn bei diesen Zukunftsplanungen in der Regel keine Differenzen über die Abgrenzung politischer und militärischer Verantwortlichkeit gegeben, zeigte sich, dass die Dritte Oberste Heeresleitung (OHL), unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und seinem Ersten Generalquartiermeister Erich Ludendorff, eigene Ziele verfolgte. Im Verbund mit Konservativen, Nationalliberalen, Aldeutschen und großen Teilen der Industrie setzte sie weiter auf das Konzept der direkten Beherrschung und geriet dabei zwangsläufig immer wieder mit dem Reichskanzler, vor allem aber mit dem Auswärtigen Amt (AA), in schwere Konflikte.⁶⁷ Besonders in der Person Ludendorffs ergänzten sich dabei die Vorstellungen der preußischen Junker, die sich durch die Ostexpansion Raum für Landarbeit erhofften, und die Wünsche der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie nach unbegrenzter Rohstoffausbeutung zu einem großräumigen kolonialen Ostimperium.⁶⁸

Während demzufolge im rechten politischen Spektrum eine annexionistische Grundtendenz und eine Kontinuität der Kriegsziele im Osten über den gesamten Kriegsverlauf hinweg zweifelsfrei nachgewiesen werden können,⁶⁹ muss man bei einer vordergründigen Betrachtung der ostpolitischen Konzeptionen der SPD und des Zentrums über das Epochenjahr 1917 zunächst von einem Bruch sprechen.⁷⁰ Noch bis

64 Mommsen, Wolfgang: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. Bonn 2004, S. 121.

65 Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 338. Geiss: Grenzstreifen, S. 27.

66 Zusammenfassend Mommsen: Weltkrieg, S. 94-117. Kielmansegg: Weltkrieg, S. 281-283. Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918 - 1945). Stuttgart 1999, S. 35-44.

67 Stevenson: 1914-1918, S. 169.

68 Ullmann, Hans-Peter: Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918. München 1999, S. 49. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 145f. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. IV: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918. München 1968, S. 103.

69 Geiss: Grenzstreifen, S. 66.

70 Dagegen Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 145.

1916 konnte die Reichstagsfraktion des Zentrums,⁷¹ einschließlich einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von SPD-Abgeordneten, im Verbund mit der parlamentarischen Rechten der so genannten „Kriegszielmehrheit“ des Reichstages zugeordnet werden.⁷² Gemeinsam teilte dieses inoffizielle Bündnis mit der politischen und militärischen Führung zunächst die Forderung nach „handfesten“ territorialen Angliederungen. Es zeigte sich, dass auf dieser Linie selbst führende SPD-Abgeordnete für eine umfangreiche Annexion polnischen Gebietes bis zur Narew-Linie Verständnis äußerten.⁷³ In noch stärkerem Maße als Teile der Sozialdemokratie forderte das Zentrum „reale Garantien“, die laut der parteinahen „Kölnischen Volkszeitung“ eindeutig nicht papierene Verträge, „sondern die Festhaltung des eroberten Landes in unserer Hand sein könne[n]“⁷⁴ und die im Osten klar von dem Gedanken der Befreiung der katholischen Polen und Litauer vom Joch der russischen Autokratie und, wie es Erzberger ausdrückte, von einer „Zersplitterung des russischen Kolosses“ bestimmt waren.⁷⁵

Mit der andauernden Länge des Krieges und den immer größeren Belastungen für die Bevölkerung musste es jedoch gerade den Massenparteien SPD und Zentrum, die mit Abstand den größten Teil des Arbeiter- und Kleinbürgermilieus vertraten, welche das Gros der Kriegsbelastungen zu tragen hatten, zunehmend schwerer fallen, diese sehr offensive Auslegung der deutschen Verteidigungsstrategie zu vermitteln. Als sich nach der Abspaltung der radikalpazifistischen USPD auch die regierungstreue SPD-Mehrheit zumindest rhetorisch von der Reichsleitung zu distanzieren begann und auch beim Zentrum die Zweifel an der Siegfriedenstrategie der OHL immer deutli-

71 Loth: Katholiken im Kaiserreich, S. 289.

72 Koch, Manfred: Die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages im Ersten Weltkrieg. Zur Struktur, Politik und Funktion der Zentrumsfraktion im Wandlungsprozeß des deutschen Konstitutionalismus 1914-1918. Diss. Phil. Mannheim 1984, S. 260. Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 339. Vgl. Ullmann: Politik, S. 49.

73 Bezeichnend für die Haltung der Gesamtpartei, ist die Tatsache, dass man zur Kriegszieldebatte im Reichstag am 9. Dezember 1915 als zweiten Redner in dieser ersten, offen Auseinandersetzung kein Mitglied des linken Flügels, sondern Landsberg nominierte, der in seiner Ansprache den bürgerlichen Fraktionen lediglich die Frage entgegenhielt, ob sie nicht besser in ihren Beiträgen die „erforderlichen Gebietserwerbungen“ weggelassen hätten. Mit Ausnahme der Ablehnung von Annexionen in Belgien ließ Landsberg Gebietsforderungen, sofern sie eben nicht die „Unterjochung eines Kulturvolkes“ bedeuteten, offen. Den von Bethmann Hollweg geforderten Garantien stimmte er hingegen vollständig zu, Verhandlungen des Reichstages. XIII. Legislaturperiode, II. Session. Stenographische Berichte. Bd. 306, S. 442f.

74 Grumbach: Sammlung, S. 94 und S. 97f. Wacker, Frida: Die Haltung der Deutschen Zentrumsfraktion zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914-1918. Diss. Phil. Würzburg 1937.

75 Zitiert nach Winkler, Heinrich A.: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. 5. Aufl., München 2002, S. 341.

cher wurden, zerbrach der bis dahin zumindest nach außen aufrecht erhaltene, innenpolitische Burgfrieden.⁷⁶ Nach der russischen Februarrevolution und der Proklamation des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates zu einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“⁷⁷ stellten sich ab Frühjahr 1917 zunächst die SPD,⁷⁸ später, infolge der katastrophalen Ergebnisse des U-Boot-Krieges, auch das Zentrum und die FVP auf die Grundlage der russischen Forderung. Sie begannen, eine linke parlamentarische Mehrheit zu formieren, die schließlich in der Julikrise des Jahres 1917 den im Folgenden für die Frage der Ostkonzeptionen zu untersuchenden Kurswechsel unterstützte.⁷⁹

76 Ebd., S. 346-349.

77 Der entsprechende Auszug aus der Proklamation in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921, inklusive der Protokolle der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920. Herausgegeben von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll, II Bände. Berlin/Bonn 1980, S. 475.

78 Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 257.

79 Kielmansegg: Weltkrieg, S. 490f.

4. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum bis zur Oktoberrevolution 1917

4.1 Das Bild vom zaristischen Russland

Um zu einer differenzierten Antwort zu gelangen, inwiefern die ostpolitischen Konzeptionen von SPD und Zentrum 1917 im Zeichen einer Kontinuität standen, muss zunächst die bis zum Kriegsausbruch vorherrschende Sicht auf Russland und den osteuropäischen Raum betrachtet werden, die natürlich bei beiden Parteien für die Bewertung der Politik der Reichsleitung, vor allem aber für die eigene Positionierung von zentraler Bedeutung war. Aus diesem Grund sollen in den folgenden beiden Kapiteln sowohl die rationalen als auch die emotionalen, historischen Grundlagen des Russlandbildes der Arbeiterbewegung und des Katholizismus in Deutschland herausgearbeitet werden.

4.1.1 SPD – „Bollwerk der Reaktion“

„Wenn es gegen Russland geht, werde ich selbst die Flinte nehmen!“⁸⁰

August Bebel

„Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was

80 Das Zitat wird Bebel zugeschrieben, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914-1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Düsseldorf 1966, S. 14.

wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“⁸¹

Hugo Haase

Um in diesem Sinne die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Ostpolitik im Ersten Weltkrieg in Gänze zu erfassen, bedarf es einer kurzen Retrospektive auf die Umstände, unter denen sich das Russlandbild der deutschen Arbeiterbewegung an der Schwelle zum 20. Jahrhundert entwickelt hatte. Osteuropa, das hieß vor dem Ersten Weltkrieg die vom Zarismus umschlossenen Teile Europas, waren für die SPD im wilhelminischen Deutschland weitgehend eine „terra incognita“⁸² und im Gegensatz zu den österreichischen Genossen gab es bis zur Jahrhundertwende nur wenig Kontakt zwischen deutschen und russischen Sozialisten. Verbreitet hielten sich hingegen die aus der 1848er Revolution überlieferten Auffassungen, nach der das zaristische Russland „Bollwerk der Reaktion“ und Hort der „Unkultur und Barbarei“ gewesen war.⁸³ Die Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels, die vielen als „Russenhasser“ in Erinnerung geblieben waren, trug maßgeblich zur Verfestigung dieses anti-russischen Komplexes und einer ausgeprägten „Russophobie“ in der deutschen Arbeiterbewegung bei.⁸⁴

Besonders im Vergleich zum östlichen Nachbarn konnte man auf dieser Ebene, ungeachtet aller Kritik am politischen System des Kaiserreiches und der revolutionären Rhetorik, mit Stolz auf die Zugehörigkeit zur „überlegenen“ deutschen Kulturnation blicken.⁸⁵ Darüber hinaus hatte der Vorsprung durch die weit vorangeschrittene Industrialisierung und die Eigentümlichkeit der deutschen Verfassung, die trotz autoritärer Staatsführung eines der fortschrittlichsten Wahlrechte in Europa garantierte, die Sozialisierung der SPD im Kaiserreich bestimmt. Selbst in den dunkelsten Phasen der bismarckschen Sozialistengesetzgebung konnte man in den Parlamenten weiter bestehen und erfolgreich agitieren. Der Wahlakt, „Ventil“ des angestauten Veränderungsdruckes,⁸⁶ und die mit Ausnahme der so genannten „Hottentottenwahl“⁸⁷ von

81 4. August 1914, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 306, S. 9.

82 Geyer, Dietrich: Zur „Ostpolitik“ der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. In: GWU 35 (1984), S. 145.

83 Ebd., S. 145.

84 Zarusky: Despotismus, S. 99. Geyer: Ostpolitik, S. 145.

85 Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen. München 1992, S. 19.

86 Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Berlin 1967, S. 8f.

1907 stetig bis zum Krieg aneinander anschließenden Erfolge der Sozialdemokratie verfestigten den Glauben an den legalistischen Weg der Machterlangung und erzeugten die praktische Abkehr vom revolutionären Prinzip.⁸⁷ Letztlich setzte man voraus, dass durch die steigende Zahl an Mandaten die Macht im Staate eines Tages sowieso der SPD zufallen müsse.⁸⁸ Das Kaiserreich und sein politisches System wurden somit in einem langsamen, aber anhaltenden Evolutionsprozess zum Aktionsrahmen und mit der fortschreitenden Integration im politischen Alltagsgeschäft zu einer festen Bezugsgröße der Parteiakteure, den es letztlich nicht zu sprengen, sondern vielmehr zu schützen galt.⁹⁰

Unter diesen Voraussetzungen richtete sich der Blick nach Osten, und zwar auf die seit der Jahrhundertwende ebenfalls aufstrebende Arbeiterbewegung in Russland, durch die Brille des erfahrenen Lehrmeisters gegenüber seinem Schüler. Es fühlten sich zuerst Parteitheoretiker wie Karl Kautsky dazu berufen, auf die Veränderungen Einfluss zu nehmen und sozialistische „Entwicklungshilfe“ zu leisten.⁹¹ In diesem Sinne wurden unter anderem seit 1902 beim SPD-Hausverlag Dietz in Stuttgart die sozialdemokratische „Zarja“ (Morgenröte) und Lenins berühmte Broschüre „Čto delat?“ (Was tun?) gedruckt und über ein geheimes Verteilernetz nach Osten versendet.⁹² Einen weiteren Schub erhielten diese Zuwendungen durch die Revolution von 1905, die erstmals auch einer breiteren Masse der Parteianhänger den Kampf der russischen Genossen vor Augen führte und zu landesweiten Spenden- und Solidaritätsaktionen führte. Trotz aller Sympathien zeigte sich jedoch bereits früh, dass man den in Russland erstmals gewählten Weg der Massenstreiks für Deutschland als nicht taugliches Mittel erachtete.⁹³

87 Der Reichstagswahlkampf 1907 stand unter dem Zeichen der Herero-Krieg. Dieser von deutscher Seite äußerst Brutal geführt wurde und daher von Seiten der SPD und des Zentrums scharf kritisiert wurde, während Konservative und Nationalliberale den Kurs der Regierung unterstützten, Ullrich: Großmacht, S. 217.

88 Groh, Dieter/Brandt, Peter: „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990. München 1992, S. 161. Einer der Hauptgründe, warum sich besonders die SPD für das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht in Preußen einsetzte, entsprang dieser zutiefst auf die Demokratisierung setzenden Parteitradition. Vgl. Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1964.

89 Lösche: Bolschewismus, S. 11.

90 Ebd., S.13f. Winkler: Der lange Weg, S. 335f.

91 Geyer: Ostpolitik, S. 146

92 Ebd., S. 146.

93 Zarusky: Despotismus, S. 102

Neben dem Unbehagen, in Sachen Revolutionsstrategie von den rückständigen Russen eine Lektion erteilt zu bekommen, empfanden die deutschen Sozialdemokraten die offene Revolte als eine Form der Unordnung, welche die deutschen Partei- und Gewerkschaftsführer, die sich vor allem durch ihre institutionalisierte Disziplin und ihre Ordnungsliebe durch die Zeit der Sozialistengesetze gerettet hatten, nicht zulassen wollten. Unüberschaubare Verhältnisse, das war der verbreitete Tenor, förderten die Anarchie und die Reaktion und gefährdeten damit die so mühsam aufgebauten Organisationen.⁹⁴ „Im Milieu der deutschen Partei“, so resümiert Dietrich Geyer auf dieser Basis das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie, „galt es als ausgemacht, daß die internationale Klassenbewegung des Proletariates nicht russisch, sondern deutsch zu reden habe.“⁹⁵

Aus dieser Konstellation heraus erklärten sich auch die Sympathien für die ähnlich wie die deutschen Genossen liberal-demokratisch orientierten Menschewiki im internen Streit der russischen Sozialisten, der bei der zukünftigen Beurteilung der Oktoberrevolution eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen sollte. Zunächst scheiterten mit der Niederschlagung der Revolution und der Auflösung der Duma 1907 alle Hoffnungen, dass von Russland aus auch Impulse für die Kämpfe der Proletarier in Westeuropa ausgehen könnten. Die folgende Unterdrückungswelle festigte von neuem das Bild von der reaktionären Gefahr durch den Zarismus.⁹⁶

Beim Ausbruch des Krieges erschien es unter diesen Voraussetzungen als logisch, dass der beste Weg SPD und Arbeiterschaft auf einen nationalen Kurs zu lenken, der Hinweis auf den drohenden Einmarsch Russlands bedeutete. Geschickt hatte Bethmann Hollweg, der sich uneingeschränkt darüber im Klaren war, dass er im industriellen Massenkrieg die Unterstützung der Sozialdemokratie dringend benötigte,⁹⁷ seine Informationspolitik dahin ausgerichtet, St. Petersburg (Petrograd)⁹⁸ für die Eskalation der österreichisch-serbischen Krise verantwortlich zu machen.⁹⁹ Während noch in den Tagen zuvor eine Reihe sozialdemokratischer Massenkundgebungen ihre Spitze

94 Lösche: Bolschewismus, S. 219. Besonders die Gewerkschaften lehnten die Massenstreiks ab. Lösche: Bolschewismus, S. 39f und S. 73f.

95 Geyer: Ostpolitik, S. 146.

96 Zarusky: Despotismus, S. 102. Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 31.

97 Winkler: Der lange Weg, S. 333.

98 Nach Ausbruch des Krieges wurde am 18. August der deutsche Name russifiziert und aus St. Petersburg Petrograd. 1924 folgte dann die Umbenennung in Leningrad.

99 Maehl, William: The role of Russia in German Socialist Policy. In: International Review of Social History 4/2 (1959), S. 181f.

gegen die Unnachgiebigkeit der k. u. k. Staatsführung gerichtet hatten,¹⁰⁰ kippte die Stimmung nach Bekanntwerden der russischen Generalmobilmachung am 30. Juli. Auf einer Reihe von Veranstaltungen wurde in Anbetracht der Invasionsgefahr eine klare Solidarisierung mit dem Vaterland gefordert.¹⁰¹ „Deutscher Kulturchauvinismus und sozialistisches Sendungsbewusstsein“ gingen dabei, so Groh, „Hand in Hand“.¹⁰² Am 3. August schrieb ganz in diesem Sinne die Essener „Arbeiter-Zeitung“:

„Wenn jetzt dieses Land durch Rußlands Entschließungen bedroht wird, dann werden die Sozialdemokraten angesichts der Tatsache, daß der Kampf dem russischen Blutzarismus, dem millionenfachen Verbrecher an Freiheit und Kultur, gilt, an Pflichterfüllung und Opferwilligkeit sich von keinem im Lande übertreffen lassen.“¹⁰³

Indem die deutsche Sozialdemokratie am 4. August ihre Opposition aufgab und sich zum Burgfrieden bekannte, so resümiert Johann Meenzen, „erkannte sie praktisch den Vorrang und die Bedeutung des Staates und seiner Außenpolitik an und ordnete ihr bisheriges Ziel, die Erringung der klassenlosen Gesellschaft, den Bedürfnissen des nationalen Staates unter.“¹⁰⁴ Die jüngere Forschung hat zuletzt diese Integrationsfunktion des Augusterlebnisses von 1914 verstärkt in Zweifel gezogen.¹⁰⁵ Es bleibt aber anhand solcher Artikel festzuhalten, dass zumindest bei den intellektuellen Führungseliten der Partei der Antizarismus eine ausschlaggebende Rolle für die Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung gegeben hatte.¹⁰⁶ In diesem Sinne blieb der Mythos vom antizaristischen Verteidigungskrieg auch über den langsamen, aber stetigen Abfall des linken Parteiflügels hinweg als eines der Hauptargumente für den Erhalt des innenpolitischen Burgfriedens bestehen.¹⁰⁷

100 Zarusky: Despotismus, S. 106.

101 Dass die Konvergenzen der deutschen Sozialdemokratie in Bezug auf die sie umgebende Gesellschaft bereits vor dem Krieg größer waren als die Divergenzen, ist mittlerweile unumstritten, Salewski: Weltkrieg, S. 108. Vgl. Rosenberg, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918. Berlin 1928, S. 72f.

102 Groh: „Vaterlandslose Gesellen“, S. 160. Matthias, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht. Tübingen 1954, S. 6. Vgl. den Artikel Scheidemanns in der „New Yorker Arbeiterzeitung“. Miller: Burgfrieden, S. 184.

103 Zitiert nach: Kruse: Integration, S. 73.

104 Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 5.

105 Kruse: Integration, S. 73.

106 Zarusky: Despotismus, S. 106.

107 Lösche sieht eine Stilisierung des Zarismus zum Fetisch. Lösche: Bolschewismus, S. 69. Zur Frage des Burgfriedens Groh: „Vaterlandslose Gesellen“, S. 162f.

Über die Dauer der ersten Kriegsjahre entwickelte sich somit aus den aufgezeigten Ressentiments, der Überzeugung von der eigenen kulturellen Überlegenheit und dem Ziel, die russischen Randvölker, allen voran die Polen, zu befreien,¹⁰⁸ bei der rechten Mehrheit der Partei eine stille Unterstützung der offiziellen Ostpolitik mit ausgesprochen imperialistischen Tendenzen.¹⁰⁹ Diese ließen, wie es Erich Matthias ausdrückt, den überwiegenden Teil der Mitglieder „im Kielwasser der Bethmann Hollweg'schen Ostpolitik“¹¹⁰ mitschwimmen. Inwiefern die sich aus den aufgezeigten Parteitraditionen ergebende konzeptionelle Übereinstimmung zwischen SPD und Reichsleitung auch über die Umbrüche des Jahres 1917 hinaus Bestand hatte und welche Konsequenzen sich daraus für die praktische Politik der Sozialdemokratie ergaben, wird später genauer zu betrachten sein.

4.1.2 Zentrum – „Austrophilie“

„Die Geistlichkeit der russischen Staatskirche predigt zwar auch noch die zehn Gebote, aber ihr Wort hat keinen Einfluß, sie ist in Wirklichkeit nichts als ein Diener der Staatspolizei. [...] Nicht die katholische Kirche ist staatsgefährlich, sondern die russische, indem sie ein glaubensloses Geschlecht heranzieht.“¹¹¹

Trierische Landeszeitung, Nr.70 vom 14. März 1881

„Neben der Freiheit zur See, die wir im Kampfe mit England erstreben, dürfen wir den Blick nach dem Osten und dem Südosten nie außer Acht lassen, und nach dieser

108 Miller spricht von einer Befreiungsmission. Miller: Burgfrieden, S. 234.

109 Lösche: Bolschewismus, S. 169. Maehl geht davon aus, dass auch durch den entrichteten Blutzoll ein Status quo Friede für die SPD unmöglich gewesen sei. Maehl: Role of Russia, S. 188.

110 Matthias: Sozialdemokratie, S. VII. Dazu passt, dass Delbrück in seinem Gutachten versucht deutlich zu machen, dass es für Eingeweihte, am wenigsten Bethmann, kein Geheimnis gewesen sei, „daß man [gemeint ist die SPD-Mehrheit, Anm. d. Verf.] über gewisse wirtschaftliche und militärische Garantien, auch über Grenzverbesserungen und Kolonialerwerbungen mit sich reden lassen werde.“ Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Band III: Gutachten der Sachverständigen Hermann J. von Kuhl und Hans Delbrück, Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch. Berlin 1925, S. 70.

111 Zitiert nach: Kahle, Wilhelm: Zur Theologie und Geistesgeschichte des deutschen Russlandbildes. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-russischen Begegnung. Leer 1972, S. 861.

Richtung betone ich und spreche es gern hier aus, [...] daß unser Bündnis mit Österreich-Ungarn für uns beide eine Lebensnotwendigkeit ist und bleibt.“¹¹²

Peter Spahn

Ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie hatte auch das Zentrum im wilhelminischen Kaiserreich grundsätzlich nur wenig substantielle Berührungspunkte mit dem zaristischen Russland, so dass sich eine geschlossene ostpolitische Konzeption vor dem Ersten Weltkrieg nur schwer ausprägen konnte. Diesem Umstand lag jedoch keine Zwangsläufigkeit zu Grunde. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren eigentlich eine Reihe guter Voraussetzungen für eine weitergehende ideelle Partnerschaft zwischen dem deutschen Katholizismus und Russland gegeben. Durch die napoleonischen Kriege und die unmittelbare Grenznachbarschaft nach der dritten polnischen Teilung hatte sich das Interesse an der konservativen Großmacht im Osten auch in katholischen Kreisen erhöht. St. Petersburg galt in Zeiten revolutionärer Umbrüche als die tragende Säule der Heiligen Allianz und ganz im Gegensatz zu den liberal-demokratischen Staaten Westeuropas durchaus im positiven Sinne als Hort der Beständigkeit und Schutz- bzw. Ordnungsmacht vor den französischen Säkularisierungseinwirkungen.¹¹³

Diese Implikationen wichen jedoch zunehmend einer kritischeren Betrachtungsweise, nachdem Zar Nikolaus I. versucht hatte, die 1595/96 in der Brester Union unter die Oberhoheit des Papstes gelangten Christen des ehemaligen polnisch-litauischen Staates wieder der Suprematie der orthodoxen Kirche zuzuführen.¹¹⁴ Diverse polnische Aufstände und die sich anschließende, tatsächliche Aufhebung der Union 1839 trübten die Sicht auf die zaristische Autokratie und mündeten schließlich – nach dem Reiseverbot für russische Bischöfe zum ersten Vatikanischen Konzil 1870 – in einer offenen Ablehnung des russischen Systems.¹¹⁵ Von diesem Zeitpunkt an galten das Zarentum und der von ihm ausgehende Herrschaftsanspruch als Inbegriff der Willkür und der Rechtlosigkeit. Besonders im Vergleich mit Österreich, das seinen orthodoxen galizischen Untertanen relativ umfangreiche Freiheiten zusicherte,

112 23. März 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 309, S. 2835.

113 Kaiser: Realpolitik, S. 31f.

114 Zernack, Klaus: Polen und Rußland. Zwei Wege in die europäische Geschichte. Berlin 1994, S. 330f.

115 Kaiser: Realpolitik, S. 32.

wurde die immer stärkere Unterdrückung der katholischen Kirche in Polen und Litauen als frappierendes Unrecht wahrgenommen.¹¹⁶

Ungeachtet dieser Kritik am östlichen Nachbarn beschränkte sich die außenpolitische Betätigung des Zentrums und seiner Reichstagsfraktion am Beginn des 20. Jahrhundert zunächst auf die Unterstützung der offiziellen Regierungslinie, namentlich durch die Absegnung imperialistischer Großprojekte wie der Flotten- oder Kolonialgesetzgebung.¹¹⁷ Selbständige außen- oder gar ostpolitische Positionen der Partei vor dem Weltkrieg lassen sich daher sinnvoll nur über die Beurteilung des deutsch-österreichischen Bündnisses aufzeigen, welches allerdings für das Weltbild des deutschen Katholizismus eine bedeutungsvolle Schlüsselfunktion hatte.¹¹⁸ Hierbei spielten die bis in den Krieg hinein vorherrschenden großdeutsch-katholischen Vorstellungen und Wünsche eine entscheidende Rolle, die im machtpolitischen Einvernehmen zwischen Wien und Berlin zugleich eine Garantie für die nachhaltige Gleichstellung und Entwicklung des Katholizismus im Reich darstellten.¹¹⁹ Mit Hilfe von Projekten, wie der Schaffung einer dauerhaften Zollunion oder einer langfristigen Militärkonvention, versuchte man daher beim Zentrum bis zum Zusammenbruch beider Monarchien 1918,¹²⁰ die Basis der Allianz zu verbreitern und eine engere Bindung beider Mächte zu ermöglichen, die auf lange Sicht den Riss von 1866/71 überdecken sollte.

Hauptsächlich auf Grund der hier aufgezeigten, stark ausgeprägten Austrophilie¹²¹ war neben den oben genannten konfessionellen Motiven am Vorabend des Weltkrieges bei den deutschen Katholiken eine entsprechend negative machtpolitische Beurteilung des Zarismus zu verzeichnen. Der österreichisch-russische Antagonismus auf dem Balkan und die latente Gefährdung der Habsburgermonarchie durch die ideologische und reale Expansionskraft des Panslawismus,¹²² der durch seine separatistische Wirkung vor allem bei Tschechen und Slowaken starke Zentrifugalkräfte

116 Kaiser: Realpolitik, S. 33.

117 Zeender, John K.: The German Center Party during World War I. An Internal Study. In: The Catholic Historical Review Vol. XLII (1956/57), S. 444. Vgl. Gottwald, Herbert: Zentrum und Imperialismus. Zur Geschichte der Wandlung des Zentrums beim Übergang zum Imperialismus in Deutschland. Phil. Diss. Jena 1965 [maschinenschriftlich], S. 232.

118 Kaiser: Realpolitik, S. 37.

119 Besonders für Erzberger war der Zweibund teilweise eine Sühne für Bismarcks Bürgerkrieg von 1866. Epstein: Erzberger, S. 91.

120 Vgl. die Rede Peter Spahns am 29. März 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 309, S. 2835.

121 Gollwitzer, Heinz: Der politische Katholizismus im Hohenzollernreich und die Außenpolitik. In: Pöls, Werner (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979, S. 245.

122 Epstein: Erzberger, S. 92.

auslöste, wurden auch beim Zentrum als Hauptgefahr für die Existenz des Zweibundes und damit auch für die deutsche Großmachtstellung in Europa ausgemacht.¹²³

Beim Ausbruch des Konfliktes gerieten die Anhänger der Partei auf Grund des wesentlich früher begonnenen Versöhnungsprozesses mit dem deutschen Nationalstaat in noch stärkerem Maße als die Sozialdemokraten in den Sog der nationalen Begeisterung.¹²⁴ Anhand der nun zu beweisenden Treue zum Vaterland sollte endgültig das Negativimage aus der Zeit des Kulturkampfes¹²⁵ und der als letztes verbliebene „Makel“ der Unterdrückung durch die Ausnahmegesetzte (z.B. zu den Jesuiten¹²⁶) getilgt werden.¹²⁷ Nahezu geschlossen identifizierten sich in diesem Sinne die deutschen Katholiken mit dem Ziel einer Hegemonie des deutschen Reiches auf dem Kontinent und befürworteten, oftmals aus eigener Überzeugung,¹²⁸ aber auch aus einem starken nationalen Bewusstsein heraus, die Befreiung der russischen Randvölker „vom Joch des Moskowitertums“ und die Schaffung von Satellitenstaaten,¹²⁹ die in einen von Deutschland kontrollierten Staatenbund eingegliedert werden sollten.¹³⁰ Der Widerspruch zwischen expansionistischer Machtpolitik und den Geboten christlicher Solidarität konnte in erster Linie dadurch abgemildert werden, dass das zukünftig entstehende mitteleuropäische Imperium durch die Befreiung der Polen und Litauer einen stark katholischen Einschlag habe würde, wodurch es gelänge, einer zukünftigen Diskriminierung einen dauerhaften „Riegel“ vorzuschieben.¹³¹ In einem am 2. September 1914 durch deutsche Parlamentarier an die in Rom zum Konklave weilenden Kardinäle überreichten „Memorandum deutscher Katholiken über den gegenwärtigen Weltkrieg“ hieß es daher:

123 Gollwitzer: Katholizismus, S. 242 und S. 245.

124 Koch: Zentrumsfraktion, S. 251.

125 Zeender: The German Center Party, S. 443. Koch: Zentrumsfraktion, S. 260.

126 Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei VIII. Das Zentrum in den süddeutschen Staaten 1887-1914. Das Zentrum in und nach dem Weltkriege 1914-1930. Köln 1931, S. 233f.

127 Grosser: Verfassungspolitik, S. 75. Koch: Zentrumsfraktion, S. 251f. Bachem: Vorgeschichte, S. 228f. Oppeland, Torsten: Reichstag und Aussenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918. Düsseldorf 1995, S. 341. Dülmen, Richard van: Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg. In: Francia II (1974), S. 348f und S. 354.

128 Lutz: Demokratie, S. 45.

129 Loth: Katholiken, S. 281. Erzbergers Programm bei Tirpitz, Alfred von, Politische Dokumente. Deutsche Ohnmachtpolitik im Weltkriege. Hamburg/Berlin 1926, S. 69-73.

130 Das Zentrum befürwortete zu diesem Zweck bis Ende 1916 auch im Osten offene Annexionen. Epstein: Erzberger, S. 131.

131 Loth: Katholiken, S. 286.

„[...]Der schwere Angriff, der im jetzigen Weltkrieg ausgefochten wird, kommt vom orthodoxen Moskowitertum. Rußland will alle Staaten nicht nur unter seine politische Gewaltherrschaft, sondern auch unter seine religiöse Unterdrückung zwingen. Russlands Sieg würde die schwerste Schädigung des Katholizismus darstellen. Dem Katholizismus in ganz Westeuropa tritt kein gefährlicherer Feind entgegen als der gewalttätige Russe, der seit Jahrhunderten die polnischen Katholiken mit den brutalen Mitteln der Gewalt von der Kirche gerissen hat.“¹³²

Wie sich diese zuletzt klare Positionierung gegenüber dem Russischen Reich und seinen Randstaaten im Krieg auswirkte, soll nun in den nächsten beiden Kapiteln näher betrachtet werden.

4.2 Die Stellung zu den Kriegszielen im Osten

Wie gezeigt, lässt sich bereits anhand des historischen als auch des zeitgenössischen Russlandbildes von SPD und Zentrum eine Sichtweise erkennen, die erstens in deutlicher Weise Russland als Kriegstreiber identifizierte und zweitens, sowohl auf Grund einer zukünftigen Sicherung der Reichsgrenze als auch aus befreiungsideologischen Motiven, eine Ablösung der russischen Randstaaten in Erwägung zog. Diese Tendenzen wirkten sich, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, auch auf die Aufstellung der Kriegsziele beider Parteien aus. An den für die Ostpolitik maßgeblichen Beispielen Polens und des Baltikums soll dies im Folgenden erörtert werden.

4.2.1 Die polnische Frage

„’Keine Annexionen’ ist Unsinn nach Osten, wo die Angliederung Polens an Österreich als das kleinste Übel erscheint.“¹³³

„Königreich Polen! Endlich! – Nun ist das schlimmste im Osten abgewendet. Rechne mir auch ein wenig Verdienst an der Lösung zu.“¹³⁴

Eduard David

132 Zitiert nach: Erzberger: Erlebnisse, S. 11.

133 Eintragung vom 15. Februar 1915. David: KTB, S. 102f.

134 Eintragung vom 5. November 1916. Ebd., S. 208.

Der Ursprung der polnischen Frage im Ersten Weltkrieg reicht zurück bis in die Zeit der dritten polnischen Teilung. Nach der Zuordnung des ehemaligen Staatsgebietes an die drei Teilungsmächte Österreich, Preußen und Russland war die Politik der drei konservativen europäischen Monarchien von dem gemeinsamen Ziel beherrscht, eine Wiederaufrichtung der polnischen Nation zu verhindern.¹³⁵ Am meisten musste dabei speziell Preußen an der Beibehaltung des Status quo gelegen sein, da sich im Gegensatz zur Habsburgermonarchie und zum Russischen Reich sein Staatsgebiet wie ein Riegel zwischen das russische Kongresspolen und das österreichische Galizien auf der einen und die Ostsee auf der anderen Seite legte.¹³⁶ In der Folge versuchte daher die preußische und später die deutsche Ostmarkenpolitik den Nationalbestrebungen der Polen abwechselnd durch Integrationsangebote und harte Unterdrückungsmaßnahmen, bis hin zur Germanisierung weiter Landstriche, entgegen zu wirken. Die vormals vorhandenen Ansätze von „Aufstiegsassimilation“, die auch die polnischen Bürger Preußens zuletzt fast mit dem Staat versöhnt hätten, wurden vor allem durch letztere Maßnahmen jäh unterbunden.¹³⁷

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die polnische Frage dann zu einem akuten Faktor in der Kriegszielpolitik der drei Teilungsmächte und der polnischen Bevölkerung selbst. Letztere sah endlich ihre Chance gekommen, durch aktive Parteinahme für die eine oder andere Seite als Lohn für ihre Unterstützung die Garantie für einen eigenen Staat zu erhalten.¹³⁸ Gleich zu Kriegsbeginn folgten daher auf beiden Seiten Aufrufe an die polnischen Untertanen der Gegenseite mit dem Ziel, diese für die eigene Sache einzunehmen.¹³⁹ Die Mittelmächte hatten es in dieser Hinsicht ungleich schwerer als die Russen, da diese weitgehende Autonomie innerhalb des russischen Staatsverbandes zusichern konnten, ohne im gleichen Zuge die eigene territoriale Integrität zu gefährden und darüber hinaus Westpreußen und Posen als Kriegsbeute anbieten konnten.¹⁴⁰

Auf der anderen Seite war für das Deutsche Reich die Abtrennung Kongresspolens von Russland von Beginn an eines der maßgeblichen Kriegsziele und elementarer Bestandteil seiner Ostpolitik. Dabei waren in Bezug auf die Zurückdrängung Russ-

135 Geiss: Grenzstreifen, S. 14.

136 Ebd., S. 14f.

137 Geiss: Grenzstreifen, S. 16f.

138 Ebd., S. 23.

139 Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln/Graz 1958, S. 47.

140 Geiss: Grenzstreifen, S. 23.

lands von der deutschen Ostgrenze prinzipiell zwei Lösungen denkbar: Zum einen diskutierte man in Berlin immer wieder die direkte Angliederung polnischer Gebiete, um durch einen so genannten „Grenzstreifen“ bei einem nächsten Krieg in der strategischen Vorhand gegenüber den potentiellen russischen Angreifern zu sein. Dieser „kleinen Lösung“ folgte mit zunehmendem Erfolg der deutschen Truppen im Osten und dem Übergang zur Randstaatenpolitik der Gedanke eines selbständigen polnischen Staates, der selbstverständlich durch ein enges politisches, wirtschaftliches und militärisches Verhältnis dauerhaft an die Mittelmächte gebunden werden sollte.¹⁴¹ Da allerdings selbst eine Anlehnung an das Deutsche Reich nie die Gefahr einer polnischen Irredenta faktisch ausschließen konnte, plante man vor allem auf Seiten der deutschen Militärs eine Kombination aus selbständigem Staat und der zusätzlichen Abtretung strategisch wichtiger Gebiete,¹⁴² wodurch, trotz vereinzelter Versuche einen Separatfrieden mit Russland zu schließen, die deutschen Kriegsziele in der Regel zwischen diesen Methoden oszillierten, ohne ernsthaft nach den geleisteten militärischen Anstrengungen einen wirklichen Status quo-Frieden in Erwägung zu ziehen.¹⁴³

Darüber hinaus schwelte ein dauernder Konflikt zwischen der deutschen und der österreichischen Führung über die Form der Anlehnung an die Mittelmächte. Während die Österreicher über weite Strecken des Krieges die so genannten „austropolnische“ Lösung favorisierten, die eine Angliederung Kongresspolens an Österreich-Ungarn in Form eines Trialismus oder Subdualismus unter der Krone der Habsburger bedeutete hätte, schwankte die Reichsleitung zwischen der Unterstützung dieser Ambitionen und einer weitgehenden Angliederung des Landes an das Deutsche Reich über eine Personalunion oder die Einsetzung einer deutschen Dynastie.¹⁴⁴

Ohne bis dahin eine endgültige Übereinkunft in dieser Frage erzielt zu haben, strebte man in Berlin und Wien seit Sommer 1916 die Gründung eines eigenständigen

141 Geiss: Grenzstreifen, S. 24f.

142 Geiss: Grenzstreifen, S. 27.

143 Stevenson: 1914-1918, S.166. Westarp, Kuno von: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Bd. II von 1914-1918. Berlin 1935, S. 64. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 230-232.

144 Sitzung des HA vom 6. Juli 1918, HA III, S. 1519-1537. Conze, Werner: Nationalstaat oder Mitteleuropa. In: Festschrift für Hans Rothfels. Düsseldorf 1951, S. 203. Geiss: Grenzstreifen, S. 31f. Die deutsche Seite befürchtete bei der Anwendung der austropolnischen Lösung zum einen auf die Kriegsleistung bezogen ungebührlichen Machtzuwachs der Donaumonarchie, zum anderen traute man den k. und k. Truppen nicht die Sicherung der Ostgrenze zu. Zeitweise ließ sich die deutsche Staatsführung allerdings auch von möglichen Kompensationsobjekten wie Rumänien in ihrer Haltung beeinflussen. Vgl. dazu das Telegramm Wilhelms II. an Michaelis, 24. September 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 452.

gen polnischen Staates an, die nach der militärischen Krise vom Sommer 1916 durch die Brussilow-Offensive, den überraschende Kriegseintritt Rumäniens im Osten und die Schlacht von Verdun im Westen, maßgeblich von den Militärs und dort allen voran von Ludendorff,¹⁴⁵ zu diesem Zeitpunkt noch Chef des Generalstabes Ost, gefordert wurde.¹⁴⁶ Ludendorff setzte ebenso wie der deutsche Gouverneur in Warschau, Hans von Beseler, darauf, dass durch die Ausrufung des Königreiches Polen eine pro-deutsche Dynamik in der Bevölkerung erzeugt würde, die den Aufbau der bisher nur sporadisch vorhandenen polnischen Freiwilligenverbände massiv erleichtern würde. Doch das schließlich durch die beiden Kaiser Wilhelm II. und Franz Joseph am 5. November 1916 verkündete Polenmanifest fand insgesamt nur wenig Anklang und erzielte bis zum Ende des Krieges nie den antizipierten Erfolg.¹⁴⁷

Bei der damit einseitigen und nur durch wenig Zuspruch der Bevölkerung legitimierten Gründung des Königreiches Polen hätte man erwarten können,¹⁴⁸ dass besonders von Seiten der SPD nun die Politik der Reichsleitung einer schärferen Kritik unterzogen würde. Dies geschah allerdings aus unterschiedlichen Gründen, die zum Teil in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben wurden, nicht: Erstens deckte sich die Herauslösung Polens aus dem russischen Staatsverband durchaus mit dem von der Partei vertretenen Kriegsziel der Verteidigung gegen den Zarismus (Sicherung) und zweitens spielten auch rein machtpolitische Beweggründe in die Beurteilung mit hinein, die für die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches eine Schwächung Russlands und einen höheren Einfluss auf die Staaten Mittel- und Südosteuropas auf diesem Wege favorisierten (reale Garantien). Drittens wirkten in besonderem Maße befreiungsideologische Motive (Selbstbestimmungsrecht der Völker) auf die Positionierung mit ein, die allerdings sowohl von den rein defensiv orientierten Fraktionen der Partei als auch den Realpolitikern für sich in Anspruch genommen werden konnten.¹⁴⁹

Die Befreiungsideologie sowohl als tatsächliches Ziel als auch als propagandistisches Element¹⁵⁰ hatte dabei im Zusammenhang mit der oben skizzierten Russopho-

145 Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918. 2. Aufl., Berlin 1936, S. 417.

146 Geiss: Grenzstreifen, S. 36. Ludendorff wechselte zusammen mit Hindenburg im August 1916 an die Spitze der OHL.

147 Geiss: Grenzstreifen, S. 37. Salewski: Weltkrieg, S. 223. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. III: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler. München 1964, S. 253-284.

148 Nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung. Geiss: Grenzstreifen, S. 37.

149 Miller: Burgfrieden, S. 237. Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 45ff [54ff].

150 Schwieger: David, S. 204. Matthias: Sozialdemokratie, S. 9.

bie vor allem für die Rechtfertigung der sozialdemokratischen Polenpolitik nach innen und für die Positionierung der Partei und ihrer Organe gegenüber der eigenen Anhängerschaft eine wichtige Integrationsfunktion. Schon Engels hatte sich, übrigens ganz im Gegensatz zu Bismarck, für eine Lösung Polens aus dem russischen Staatsverband ausgesprochen und diese als Vorstufe der Revolutionierung des gesamten Ostens gesehen.¹⁵¹ Sowohl der ansonsten eher defensiv-pazifistische „Vorwärts“ als auch führende Mitglieder der Partei, wie Philipp Scheidemann und sein österreichischer Kollege Victor Adler, sprachen sich in diesem Sinne klar für die Befreiung Polens vom „Moskowitertum“¹⁵² und die Schaffung eines unabhängigen Staates aus;¹⁵³ dies dazu in einer bemerkenswerten Kontinuität über die ersten beiden Kriegsjahre hinweg. Für die Sozialdemokraten der Mittelmächte war damit zugleich ein Sonderfrieden mit dem zaristischen Russland auf Basis des Status quo ante, wie er vor allem von den offiziellen deutschen Stellen immer wieder bis weit in das Jahr 1916 diskutiert wurde,¹⁵⁴ bei diesen ostpolitischen Vorstellungen ausgeschlossen. Eine Verständigung mit den reaktionären Kräften in Europa hätte die für die Integration der SPD nach innen und außen unerlässliche „emotionale Hauptgrundlage“ zerstört.¹⁵⁵

Im Gegenteil ging laut Arthur Rosenberg sogar die Reichsleitung davon aus, mit einem starken, für das autokratische Russland nachteiligen Machtfrieden im Osten, der eine Abtrennung Polens mit einschloss, besonders die Bedürfnisse der Sozialdemokratie zu erfüllen,¹⁵⁶ woraus sich die „phantastische Situation ergab, daß Bethmann Hollweg anscheinend das rote Barrikadenprogramm von Engels gegenüber dem Zarismus durchführte.“¹⁵⁷ Tatsächlich unterstrichen auch in der Folge immer wieder führende Persönlichkeiten der Partei ihre Unterstützung für die offizielle deutsche Polenpolitik, indem sie, wie Scheidemann gegenüber dem Reichskanzler in seiner Antwort auf dessen Kriegszielrede vom 5. April 1916, in aller Öffentlichkeit ausdrück-

151 Rosenberg: Entstehung, S. 93. Die anderen Randvölker waren hingegen für Marx und Engels nur „Trümmer“, die im Industrialisierungsprozess Russlands aufgehen müssten, womit die Randstaatenpolitik, beispielsweise gegenüber den Letten und Litauern, sich faktisch nicht auf marxistische Grundsätze berufen konnte. Ritter: Staatskunst IV, S. 93f.

152 „Vorwärts“ vom 25. August 1914, zitiert nach: Arter, Konrad: Die Sozialdemokratie und der Weg zum Verfassungswandel im Weltkrieg. Diss. Phil. Jena 1932, S. 19.

153 Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten. Bd. I. Dresden 1928, S. 342.

154 Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 331. Vgl. Kielmansegg: Weltkrieg, S. 277f.

155 Schwieger: David, S. 205.

156 Rosenberg: Entstehung, S. 102.

157 Ebd., S. 93.

lich dem Kurs der Regierung beitraten¹⁵⁸ und zum wiederholten Male die Befreiung Polens vom Zarismus als ein für „die ganze Kulturmenschheit“ erfreuliches Ereignis würdigten.¹⁵⁹

Zu diesen noch aus der demokratisch-sozialistischen Tradition stammenden befreiungsideologischen Motiven¹⁶⁰ gesellten sich im rechten Spektrum von Partei und Fraktion in zunehmendem Maße aber auch die erwähnten nationalistisch-machtpolitischen Beweggründe.¹⁶¹ So forderte David in einem Tagebucheintrag mit dem Datum der hier erwähnten Kriegszieldebatte endlich ein positives Kriegszielprogramm der Sozialdemokratie für den Osten, dessen erklärtes Ergebnis es sein müsse, ein unabhängiges Polen zu gründen und einen Anschluss Kurlands und Litauens an das Deutsche Reich zu erreichen.¹⁶² Mit gleicher Stoßrichtung stellte Davids Fraktionskollege Gustav Noske zur selben Zeit fest, dass ein solcher polnischer Staat nur in Anlehnung an eine der beiden Großmächte überlebensfähig sei und ließ dabei keinen Zweifel, in welche Richtung diese Anlehnung zu erfolgen habe. Aus Idealismus würden keine Kriege geführt, sondern „für Macht- und Wirtschaftsinteressen und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten bluten die Völker im Weltkriege“, ¹⁶³ so Noske in überraschender Deutlichkeit.

Derart weitreichende Forderungen blieben jedoch nicht, wie zunächst vielleicht zu vermuten wäre, rein private Auffassungen einzelner Akteure, sondern wurden auch im Hauptausschuss gegenüber der Regierung offiziell bestätigt. In einer Ausschusssitzung im Mai 1917 erklärte David als Vertreter der Fraktion, dass man von Seiten der SPD der vom Reichskanzler eingeschlagenen Linie in der Ostpolitik durchaus folgen könne. Er begrüßte ausdrücklich die durch die Kaiserproklamation vollzogene Unabhängigkeit Polens, welche – man beachte die Begründung – „die kontinentale Machtstellung Deutschlands im Osten“¹⁶⁴ festige.

158 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 307, S. 889f. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 235.

159 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 307, S. 890. Rosenberg: Entstehung, S. 272, Anm. 22.

160 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1917. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917. Berlin 1917, S. 318.

161 Schwieger: David, S. 207f. Matthias: Sozialdemokratie, S. 7 und S. 23.

162 Die Möglichkeit Russland diese Länder länger zu überlassen betrachtete er im gleichen Atemzug als ein „Verbrechen“, woraus sich bereits eine Hinwendung zu einer zukünftigen Randstaatenpolitik erahnen lässt, Eintragung vom 5. August 1916. David: KTB, S. 191. Die Fraktion brachte diesem Ansinnen keinen Widerstand entgegen. Schwieger: David, S. 206.

163 Noske, Gustav: Das polnische Problem. In: Die Glocke 2.2. Heft 34 (1916), S. 208.

164 Sitzung des HA vom 1. Mai 1917, HA III, S. 1408.

Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass in dieser Phase selbst kontinentaleuropäisch ausgerichtete Reichstagsabgeordnete, wie Paul Lensch und Ludwig Quessel, die Schaffung des neuen Königreiches Polen zunächst begrüßten und davon ausgingen, dass diese Abtrennungen von Russland zu „verschmerzen“ seien.¹⁶⁵ Erst später, im Verlaufe des Jahres 1917, äußerten sich, neben den vermehrt eingebrachten kritischen Stimmen des linken Flügels und später der USPD, zunehmend vor allem eine Reihe von Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ wie Max Cohen und Hermann Kranold. Sie gingen auf Distanz sowohl zur Randstaatenpolitik im Allgemeinen als auch zur Polenfrage im Speziellen, in dem sie verstärkt für einen langfristigen Ausgleich mit dem demokratischen Russland, bei Erhaltung des territorialen Status quo, eintraten.¹⁶⁶

Beim schon vor dem Krieg polenfreundlichen Zentrum lag ebenso wie bei der SPD ein grundsätzliches Einverständnis zur Abtrennung Polens vom Russischen Reich vor, schon um die polnischen Katholiken dem Zugriff der zaristischen Repressalien zu entziehen.¹⁶⁷ Entsprechend positiv beurteilte man daher zunächst auch die Novemberproklamation und die Polenpolitik der Regierung,¹⁶⁸ erkannte jedoch später, dass damit zumindest mittelfristig die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Russland, dem man erfahrungsgemäß weniger skeptisch als die SPD gegenüberstand, verhindert würde.¹⁶⁹

Abgesehen von dieser generellen Zustimmung wurde allerdings die Besatzungspolitik der deutschen Behörden selbst genauer und dabei weitgehend kritisch beurteilt. In der Rückschau auf die deutsche Polenpolitik im Ersten Weltkrieg beklagte sich der Parteihistoriker Karl Bachem in seiner Gesamtdarstellung zur Zentrumsparterie gerade über die „Mißgriffe“ bei der Auswahl preußischer Beamter für Polen und Litauen. Diese, allesamt Protestanten, zeigten für die Bedürfnisse der lokalen katholi-

165 Lensch, Paul: Polen und der Friede. In: Die Glocke 2.2. Heft 34 (1916), S. 249. Quessel, Ludwig: Wir und das neue Polen. In: Die Glocke 2.2. Heft 36 (1916), S. 338 und S. 342. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 165.

166 Cohen, Max: Vom 4. August bis Stockholm. In: SM 48 (1917), S. 816-819. Bei der Fraktionssitzung vom 24. August 1917 kritisierte Cohen die Ostpolitik, namentlich die von Österreich angestrebte Einverleibung Polens, ohne jedoch eine größere Reaktion zu erzeugen. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Band II bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. Düsseldorf 1966, S. 325. Vgl. Kranold, Hermann: Deutschland und die Fremdvölker Russlands. In: SM 48 (1917), S. 824. Protokolle des Parteitages, S. 386.

167 Zeender: The German Center Party, S. 448.

168 Sitzung des HA vom 5. Mai 1917, HA III, S. 1427.

169 Wacker: Haltung, S. 63. Epstein: Erzberger, S. 187.

schen Bevölkerung nur wenig Verständnis und richteten so großes „Unheil“ an.¹⁷⁰ Hier weist eine gerade Linie zu der sich schon vor dem Krieg abzeichnenden Politik des Zentrums, im Gegensatz zur beschriebenen preußischen Ostmarkenpolitik, die Polen mit dem Reich zu versöhnen. Man versuchte daher im Hauptausschuss, unter anderem durch die Einbringung einer gemeinsamen EntschlieÙung mit SPD und FVP, die lokalen Bedingungen durch einen Ausbau der eigenstaatlichen Rechte zu verbessern.¹⁷¹ Ziel dieser und später noch weiterer Anträge war es, möglichst vor einem offiziellen Friedensschluss die Lage in Polen soweit zu klären, dass es der Entente nicht mehr gelingen würde, sich in die staatliche Ausgestaltung des Landes einzumischen.¹⁷²

In der Auseinandersetzung, ob sich Polen schließlich an Deutschland oder Österreich-Ungarn anschließen würde, setzte sich vor allem Erzberger für die austropolnische Lösung ein,¹⁷³ auch wenn der Rest seiner Partei sich mit Urteilen hier eher zurück hielt und in erster Linie überhaupt die Unabhängigkeit Polens anstrebte.¹⁷⁴ Erzberger hoffte, durch den Anschluss Russisch-Polens an die Donaumonarchie und die Schaffung des Trialismus den Deutschösterreichern die Vorherrschaft im restlichen Teil der Monarchie zu sichern. Mit dem Verbund Wien-Warschau sei ein Gleichgewicht zu den Machtbestrebungen Budapests zu erzeugen und damit die Habsburgermonarchie insgesamt zu stabilisieren.¹⁷⁵ Die zweite Variante einer vollständigen Angliederung Polens an das Deutsche Reich wurde genauso wie bei der SPD weitestgehend abgelehnt. Lediglich in Bezug auf die Schaffung eines Grenzstrei-

170 Bachem: Vorgeschichte, S. 230.

171 „Der Reichstag wolle beschließen, zur Durchführung der Grundsätze der Kundgebung vom 5. November 1916 folgende Maßnahmen alsbald zu treffen: 1. Schaffung eines polnischen Ministeriums, 2. Umwandlung des Staatsrats in eine Volksvertretung unter Berücksichtigung der Minderheiten, 3. die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen den Militärgouvernements Warschau und Lublin.“ Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Band VIII: Gutachten des Sachverständigen Johannes V. Bredt, Der deutsche Reichstag im Weltkrieg, Berlin 1927, S. 320; Sitzung des HA vom 27. August 1917, HA III, S. 1702.

172 Wacker: Haltung, S. 64.

173 Erzberger: Erlebnisse, S. 273.

174 Gollwitzer: Katholizismus, S. 246.

175 Die Polenkonzeptionen Erzbergers korrelierten in Teilen mit der Friedrich Naumannschen Mitteleuropaidee, die ebenfalls eine indirekte Hegemonie über die Staaten Ost- und Südosteuropas vorsah, Epstein: Erzberger, S. 137. Mommsen: Weltkrieg, S. 121. Außerdem hoffte Erzberger bei einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und dem neuen öst.-poln. Verbund eine großpolnische Irredenta zu verhindern. Sitzung des HA vom 3. Januar 1918, HA IV, S. 1832.

fens gestanden auch anti-annexionistische Fraktionsmitglieder wie Konstantin Fehrenbach zu, dass aus „speziell militärischen Gründen“ kleinere Grenzberichtigungen möglich sein müssten, sofern sie nicht die Ausmaße von Annexionen annehmen würden.¹⁷⁶

Im Ergebnis waren sich also SPD und Zentrum in ihrer grundsätzlichen Beurteilung einig, dass Polen als selbständiger Staat von Russland zu lösen und möglichst in ein enges Bündnisverhältnis mit Deutschland zu bringen sei.¹⁷⁷ Beide Parteien kritisierten früh die ihrer Auffassung nach verfehlte Besatzungspolitik, die völlig unnötig Sympathien für die Mittelmächte aufs Spiel setze. Mehr noch als die SPD konnte sich dabei das Zentrum der lange vor dem Krieg verfehlten, mit antikatholischer Tendenz versehenen Polenpolitik erinnern und auf dieser Basis konkrete Änderungsvorschläge formulieren. Es handelte sich dabei aber immer nur um Detailkritik, nie um eine Infragestellung der deutschen Polenpolitik insgesamt.¹⁷⁸

4.2.2 *Das Baltikum*

„Er [Erzberger, Anm. d. Verf.] wünschte die sofortige Einberufung einer litauischen Nationalversammlung, um einen vollständig unabhängigen Staat Litauen ins Leben zu rufen. Durch geschickte Verhandlungen würde es möglich sein, als Staatsform ein Herzogtum zu erreichen. Als Ziel müsste angesehen werden, daß der deutsche Kaiser Herzog von Litauen würde. Dr. David unterstützte diesen Antrag.“¹⁷⁹

Matthias Erzberger

Neben Polen spielte die Frage nach der Zukunft der baltischen Provinzen die zweite wichtige Rolle in der Gesamtkonzeption der deutschen Ostpolitik. Die sich nordöstlich an Preußen anschließenden Länder Litauen, Kurland, Livland und Estland waren teilweise schon zu Anfang des 18. Jahrhundert vom Russischen Reich erobert worden und zuletzt hatte das Großherzogtum Litauen 1795 bei der dritten polnischen Teilung seine Eigenständigkeit verloren.

Trotz dieser zum Teil relativ lange zurückliegenden Selbständigkeit und der weit vorangeschrittenen Assimilation der lokalen Einwohnerschaft, hatten zahlreiche völ-

176 Zitiert nach: Wacker: Haltung, S. 67.

177 Ebd., S. 68.

178 Sitzung des HA vom 27. August 1918, HA III, S. 1705.

179 Sitzung des IFA vom 21. Juli 1917, IFA I, S. 107.

kisch orientierte Intellektuelle im Deutschen Reich bereits vor dem Krieg eine intensive Auseinandersetzung mit der Kultur und der Geschichte der ehemaligen baltischen Staaten gefordert, deren Ursprung sie größtenteils auf die Siedlungstätigkeit des Deutschen Ordens im Mittelalter zurückführten.¹⁸⁰ Tatsächlich bestimmte in den ehemaligen Hansestädten und in Estland, Livland und Kurland nach wie vor eine kleine privilegierte deutsche Oberschicht aus Ritter- und Kaufmannschaft die ständischen Vertretungen, ohne jedoch dabei ausgedehnte Teile der Bevölkerung partizipieren zu lassen.¹⁸¹ In Litauen hingegen stand seit jeher die katholische Kirche im Mittelpunkt, während der Großgrundbesitz polnisch orientiert war.

Neben diesem historisch begründeten Interesse bestanden jedoch auch handfeste strategische Argumente für einen genaueren Blick auf das Baltikum. Die russischen Nordwestprovinzen bildeten geographisch eine nahezu vollständige Barriere zwischen der Ostsee und dem russischen Binnenland. Sie reichten im Norden bis an den Finnischen Meerbusen und damit an Petrograd heran. Eine Autonomie oder gar eine Ablösung dieser Provinzen bedeutete somit für das Zarenreich einen Verlust seiner eisfreien Häfen Riga, Libau (Liepāja) und Reval (Tallinn) und nicht zuletzt eine direkte Bedrohung seiner Hauptstadt.¹⁸²

Für diesen sowohl aus deutscher wie auch aus russischer Sicht strategisch außergewöhnlich wichtigen Landstrich stellte sich deshalb relativ bald nach Kriegsausbruch für beide Kontrahenten die Frage, wie es gelingen würde, die Gebiete sowohl praktisch zu erobern und zu halten als auch die Einwohner für die eigene Sache dienstbar zu machen. Auf der deutschen Seite formulierte daher bereits im Herbst 1914 der preußische Innenminister Paul von Loebell¹⁸³ ein erstes detailliertes Programm, das die Verschiebung der deutsch-russischen Grenze bis zur Memel (Njemen), in Fortsetzung der für Polen angestrebten Narew-Linie, vorsah, und mit deren Hilfe zunächst einmal nur die direkte Verteidigung Ostpreußens verbessert werden sollte.¹⁸⁴

180 Salewski: Weltkrieg, S. 267ff; Bredt, Reichstag, S. 336.

181 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 235. Bredt: Reichstag, S. 331-336. Payer: Erinnerungen, S. 239-247.

182 Volkmann, Hans-Erich: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur "Kriegszieldiskussion". Köln 1970, S. 7f.

183 Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Gutachten des Sachverständigen Erich O. Volkmann. Die Annexionsfragen des Weltkrieges. Berlin 1929, S. 187.

184 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 233.

Gefördert durch die raschen Erfolge der deutschen Truppen an der Ostfront¹⁸⁵ entwickelten sich jedoch mit jedem eroberten Kilometer die Ziele fort und nur wenige Monate nach der Eingabe Loebells empfahl der Regierungspräsident von Frankfurt/Oder, Friedrich von Schwerin,¹⁸⁶ im Frühjahr 1915 in einer schon erheblich umfangreicheren Denkschrift die Angliederung des gesamten vormals russischen Gouvernements Kowno, ganz Kurlands und des Raumes um Wilna.¹⁸⁷ Der deutsche Vormarsch brachte dann tatsächlich schon im Laufe des Jahres 1915 große Teile der ins Auge gefassten Gebiete unter deutsche Herrschaft, wo jedoch nicht wie in Polen Generalgouvernements mit einer Zivilverwaltung eingeführt wurden, sondern die Exekutive in den Händen der Armeebehörden verblieb.¹⁸⁸

Anfang November erhielten diese de facto Militärprovinzen die einheitliche Bezeichnung „Oberost“.¹⁸⁹ An ihrer Spitze standen der Oberbefehlshaber Ost und dessen Generalstabschef, zu dieser Zeit noch Hindenburg und Ludendorff, sowie darunter zwei Verwaltungschefs für die – nach mehreren Umstrukturierungen bis Anfang 1918 geschaffenen – großen Bezirke Kurland und Litauen.¹⁹⁰ Mit großer Energie wurde in den kommenden Jahren die geplante politische und kulturelle Angliederung der besetzten Gebiete forciert, wobei jegliche Form der im Ansatz sicherlich vorhandenen Sympathien für die deutsche Seite durch die massive Gewalt- und Germanisierungspolitik der militärischen Stellen im Keim erstickt wurde.¹⁹¹

Die hierdurch zunächst von Reichsleitung und OHL angestrebte direkte Einverleibung der baltischen Staaten geriet allerdings nach der russischen Februarrevolution 1917, ebenso wie in Polen, unter den ideellen Druck der sich aus der Petrograder Proklamation des Friedens ohne Annexionen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ergab, und der die zivile Führung schließlich auch hier dazu veranlasste, einen

185 Bethmann Hollweg: Betrachtungen, S. 27.

186 Friedrich Ernst von Schwerin (1863-1936), Regierungspräsident von Frankfurt/Oder, Berichterstatter bei der Reichsleitung für die geplante Siedlungstätigkeit im Osten.

187 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 233.

188 Ritter: Staatskunst IV, S. 97.

189 Stopinski, Sigmar: Das Baltikum im Patt der Mächte. Zu Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkrieges. Berlin 1997, S. 47-50. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 236.

190 Die Verwaltungsgliederung wechselte im Laufe des Krieges mehrfach. Prägend waren der konservative Abgeordnete Alfred von Goßler (1867-1946) für Kurland und Fürst Franz Joseph zu Isenburg-Birstein (1889-1918) sowie Theodor von Heppe (1870-1954) für Litauen.

191 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 236f. Ausführlich Liulevicius, Vejas G.: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg. Hamburg 2002, S. 72-115.

deutlichen Strategiewechsel zu vollziehen. Auf der anderen Seite blieben jedoch Hindenburg und Ludendorff, mittlerweile an der Spitze der OHL, bei ihrer anachronistischen Herrschaftsauffassung und drängten Kaiser Wilhelm II., die unterschiedlichen kursierenden Konzeptionen endlich in einem offiziellen deutschen Kriegszielprogramm mit handfesten Gebietsforderungen festzuschreiben.

Obwohl Bethmann Hollweg verständlicherweise dieser materiellen Festlegung unbedingt entgehen wollte,¹⁹² um die im Werden begriffene Autonomiepolitik nicht zu gefährden und sich seinen Verhandlungsspielraum bei zukünftigen Friedensverhandlungen nicht unnötig einengen zu lassen, kam der Monarch schließlich der Bitte nach und lud für den 23. April 1917 ins Große Hauptquartier nach Bad Kreuznach zu einem Abgleich der Positionen von ziviler und militärischer Führung ein.¹⁹³ Die erzielten Ergebnisse waren von umfangreicher Tragweite: Für das Baltikum einigte man sich darauf, mindestens Kurland und Litauen dauerhaft aus dem russischen Staatsverband zu lösen und wenn möglich den Erwerb von Teilen der anderen russischen Ostseeprovinzen, sprich Estland und Livland einschließlich der Inseln vor dem Rigaer Busen, anzustreben. Im Süden sollte sich die OHL damit „begnügen“, das große zusammenhängende Waldgebiet von Bjelowjesch als Staatsdomäne zu erhalten.¹⁹⁴ Russland, so der Plan, sollte für diese großräumigen Abtretungen in Ostgalizien entschädigt werden und in gleichem Zuge wiederum Österreich-Ungarn im Fürstentum Moldau Kompensationen erhalten.¹⁹⁵

Trotz dieser nicht gerade maßvollen Forderungen sahen die militärischen Stellen vor allem in den zugleich für die Randstaaten vereinbarten Unabhängigkeitspläne nur eine Verlegenheitslösung, da man glaubte, auf diesem Wege eine dauerhafte Kontrolle der eroberten Gebiete nicht sicherstellen zu können. Auf einer aus diesem Grund erneut einberufenen Konferenz in Bingen am 31. Juli kam man dann doch überein,¹⁹⁶ in Litauen und Kurland so genannte „Vertrauensräte“ einzuberufen, die als Ausgangspunkt für einen späteren Ausbau der Vertretungskörperschaften dienen sollten. Als

192 Bethmann Hollweg: Betrachtungen, S. 50f. Salewski: Weltkrieg, S. 279f, ferner auch Remer, der eine Linie zur späteren Formulierung der Friedensresolution zieht, Remer, Claus: Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18. FraM 1997, S. 226.

193 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 289.

194 Protokoll der Besprechung im Großen Hauptquartier, 23. April 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 149; Ludendorff behauptete später, die OHL habe Estland und Livland nie gefordert. Ludendorff: Kriegserinnerungen, S. 151.

195 Protokoll der Besprechung im Großen Hauptquartier, 23. April 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 150.

196 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 397. Stopinski: Baltikum, S. 62-65 und S. 86-91.

Sicherheit, um von vorn herein einen ausreichenden Einfluss zu gewährleisten, legte man für die Sitzverteilung im kurländischen Rat eine Majorität des deutschen Großgrundbesitzes fest,¹⁹⁷ während man parallel in Litauen zumindest die Entsendung originär litauischer Abgeordneter, allerdings vornehmlich aus Klerus und Oberschicht, zugestand.¹⁹⁸ Unabhängig von ihrer Zusammensetzung sollten beide Landesräte im Anschluss den Schutz des Deutschen Reiches erbitten, um in der Zukunft als eigenständige Herzogtümer staatsrechtlich Ausland zu bleiben, faktisch aber durch eine Personalunion und Staatsverträge dauerhaft an das Deutsche Reich gebunden zu werden.¹⁹⁹

SPD und Zentrum reagierten auf dieses umfassende Programm, bzw. auf den Teil der durch die Reichsleitung nach außen vertreten wurde, zunächst wie in der polnischen Frage durchaus positiv.²⁰⁰ Bereits am 3. Mai 1917 hatte der Reichskanzler den Mittelparteien des Reichstages (sprich Nationalliberalen, Zentrum und FVP) sein neues Programm für die baltischen Staaten vorgestellt, das wie angedeutet ganz im Sinne der „Frisieranweisung“²⁰¹ darauf hinauslief, Kurland und Litauen innere Verwaltungsautonomie zuzugestehen, jedoch außenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch den Anschluss an das Deutsche Reich vorsah.²⁰² Beim Zentrum befürwortete man diese Ausrichtung, auch aus konfessionellen Gesichtspunkten,²⁰³ nachhaltig und verteidigte im Parlament zunächst sogar die mitunter harte Besatzungspolitik der Militärbehörden.²⁰⁴

197 In Kurland, wo der Anteil der deutschen Bevölkerung (ca. 8 %) noch am größten war, befanden sich fast 50 % des Landbesitzes in der Hand deutschstämmiger Großgrundbesitzer. Basler: Annexionspolitik, S. 240f.

198 Der kurländische Landesrat wurde im September 1917 durch den Verwaltungschef von Kurland eingesetzt. Ihm gehörten 78 Mitglieder an, wobei die Majorität (48 Mitglieder) dem deutschen Großgrundbesitz zuzuordnen war. In Litauen wählte ebenfalls im September eine vor allem von Geistlichen und Großgrundbesitzern gebildete Landeskongferenz ebenfalls einen Landesrat (litauisch: Taryba), der allerdings ebenso wie sein kurländisches Pendant vom Willen der Militärbehörden abhängig war. Basler: Annexionspolitik, S. 248, S. 250 und S. 272-76.

199 Ebd., S. 247.

200 Wacker: Haltung, S. 59.

201 Bethmann Hollweg an Grünau, 7. Mai 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 179.

202 Basler: Annexionspolitik, S. 247. Strazhas, Abba: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost, 1915-1917. Wiesbaden 1993, S. 174. Das Zentrum lehnte eine Personalunion Litauens mit Preußens ab. Wacker: Haltung, S. 70-76.

203 Wacker: Haltung, S. 70.

204 Strazhas: Ober Ost, S. 200.

Im Verlauf des Sommers 1917 begann jedoch besonders der progressive Flügel um Erzberger – gedrängt durch die Forderungen des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates, den Strategiewechsel Bethmann Hollwegs und den neuen Anforderungen an die Zentrums politik nach Abschluss der Friedensresolution²⁰⁵ – stärker zwischen den offiziellen Zielen der zivilen Stellen und dem realen Vorgehen der Okkupationsbehörden zu differenzieren.²⁰⁶ Erzberger selbst erkannte immer mehr die ideologische Komponente des Krieges und die Triebkraft des Selbstbestimmungsrechtes. Er zog daraus die Konsequenz, dass nur ein vollkommen freies und von Russland unabhängiges Litauen für die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dauerhaft von Wert sein könne. Dass zu diesem Zweck Grenzberichtigungen ein völlig unzureichendes Mittel sein würden, erklärte sich somit ohne Zweifel.²⁰⁷ Ganz in diesem Sinne forderte der Zentrumsführer ab der Jahresmitte den neuen Reichskanzler Georg Michaelis auf, die Autonomiepläne schneller als bisher voranzutreiben, um sich in der Außenpolitik, vor allem gegenüber den neutralen Staaten, dann mit Recht auf den freiheitlichen und defensiven Charakter der Friedensresolution berufen zu können:

„Wird Litauen selbständiger Staat, so wird und kann Russland hiergegen nicht protestieren. Wir haben dann unsere Grenze nach Osten hin im Wege der Verständigung gesichert. Es handelt sich aber nicht um ‚gezwungene Gebietserwerbungen‘, wohl aber um den besten Schutz unserer östlichen Provinzen. Je schneller die Errichtung des Staates vor sich geht, umso schneller kommen wir zum Frieden, da ein weiteres bedeutendes Hindernis beseitigt ist und unsere Wünsche erfüllt werden.“²⁰⁸

In der zügigen Verwirklichung der Autonomie bzw. der Selbständigkeit sah Erzberger also das beste Mittel, die Friedensbestrebungen des Reichstages mit der offiziellen deutschen Politik zu verbinden, ohne dabei zugleich die machtpolitischen Ambitionen im Osten aufgeben zu müssen. Höchst aufschlussreich ist in dieser Hinsicht auch die Sitzung des Hauptausschusses vom 28. August 1917 zur Lage in den besetzten Gebieten unter dem Vorsitz Fehrenbachs, die diesen Umstand bestätigt und das Vorgehen der Mehrheitsparteien insgesamt trefflich darstellt. SPD, Zentrum und FVP

205 Zu den Beweggründen Erzbergers, die zwischen moralischen und machtpolitischen Intentionen schwankten. Lutz: Demokratie, S. 55. Dagegen Epstein, der überhaupt keine Moral im Spiel sieht. Epstein: Erzberger, S. 226.

206 Loth: Katholiken, S. 329, Anm. 13.

207 Sitzung des HA vom 9. Juli 1917, HA III, S. 1605.

208 Erzberger an Michaelis, 18. Juli 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 269.

brachten zum Tagesordnungspunkt Besatzungspolitik einen gemeinsam mit den Nationalliberalen gezeichneten Antrag ein, in dem es hieß:

„[...] Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die besetzten Gebiete Litauen und Kurland alsbald Zivilverwaltungen zu schaffen und dabei Vertretungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten, die vom Vertrauen aller Volksteile getragen sind.“²⁰⁹

Erzberger, der das gemeinsam erarbeitete Papier verlas, wies im Anschluss ergänzend daraufhin, dass bisher die Sympathien der Litauer wesentlich stärker den deutschen Besatzern als den Russen gegolten hätten, man nun aber Gefahr liefe, durch das rücksichtslose Vorgehen der militärischen Verwaltungsbehörden diese Zuneigung aufs Spiel zu setzen. Der Reichstag habe sich bis dato nicht in die Belange von Oberost eingemischt, aber nun gelte es auf der Basis des durch die russische Revolution bekräftigten Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, einen eigenen Staatsrat und eine eigene Verwaltung zu schaffen. Darüber hinaus stellte er nochmals fest, dass nicht der von der OHL geforderte Grenzstreifen im Baltikum dauerhaft die deutsche Grenze sichern könne, sondern vielmehr ein Gürtel selbständiger Staatswesen.²¹⁰

Nach kurzer Erwiderung des die Reichsleitung vertretenden Vizekanzlers, Karl Helfferich, der auf die nach wie vor schwierige militärische Lage im Osten hinwies, verfassten die Nationalliberalen einen Kompromissvorschlag, der zwar weiter die Einführung von Zivilverwaltungen forderte, allerdings nur sofern „es die militärischen Verhältnisse gestatten“.²¹¹ Dieser freilich sehr weit gesetzten Formulierung stimmte der Ausschuss, einschließlich der Stimmen von SPD und Zentrum, mit Mehrheit zu.

Es zeigt sich damit besonders an diesem Beispiel treffend, dass man innerhalb der Mehrheitsparteien grundsätzlich mit der Autonomiepolitik der Reichsleitung übereinstimmte und vielmehr die rückständige Besatzungspolitik und die Verzögerungsstrategie der OHL als Gefahr für die sichere deutsche Herrschaft über die Randstaaten ansah.²¹² Dies lässt sich an dieser Stelle im Übrigen ebenso klar für die Ausschussmitgliedern der SPD, Albert Südekum und Eduard David festhalten, die beide in ihren

209 Sitzung des HA vom 28. August 1917, HA III, S. 1711.

210 Ebd., S. 1711f. Strazhas: Ober Ost, S. 202.

211 Sitzung des HA vom 28. August 1917, HA III, S. 1714.

212 Wacker: Haltung, S. 71.

dem Antrag folgenden Statements, wie auch schon in der Vergangenheit,²¹³ zwar Kritik am Regiment des Prinzen Franz zu Isenburg und der zum Teil katastrophalen Nahrungs- und Lebensbedingungen im Bereich der baltischen Großstädte äußerten, aber keine grundlegenden Zweifel an der eingeschlagenen Richtung deutlich machten.²¹⁴ Prinzipiell hatte David bereits im Mai 1917 in einem später noch näher zu betrachtenden Gespräch mit einem Vertreter der OHL, Oberst Detlof von Winterfeldt,²¹⁵ seine Zustimmung zu den geplanten Gebietsabtrennungen der Reichsleitung gegeben, sofern diese durch die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes auch für seine Partei vertretbar seien.²¹⁶ Er machte damit nichts anderes deutlich, als dass die SPD-Führung gegenüber den eigenen Anhängern darauf angewiesen war, zumindest oberflächlich die Autonomiepläne nachvollziehbar umzusetzen.

Die Haltung der SPD-Führung wird jedoch auch an einem Wortwechsel in einer Sitzung der Reichstagsfraktion vom 7. Juli 1917, also auf dem Höhepunkt der im Sommer ablaufenden Regierungskrise und der Diskussion um die Friedensresolution, deutlich.²¹⁷ Der Abgeordnete Johannes Hoffmann beklagte in der Besprechung die nach wie vor unklare Ausdrucksweise Bethmann Hollwegs bei der Aufstellung der offiziellen Kriegsziele und kritisierte dessen neue Linie, nun eine Abtretung Kurlands nicht mehr über Annexionen sondern über eine Verständigung mit Russland zu erreichen. „Wo aber gibt es eine Möglichkeit“, fragte Hoffmann in der Sitzung, „daß auf dem Wege der Verständigung Rußland auf Kurland verzichtet?“²¹⁸ Es ginge doch für den Kanzler nur darum, möglichst freie Hand zu behalten, so der Abgeordnete weiter.²¹⁹ Hoffmann erkannte also in aller Deutlichkeit den Charakter der neuen Strategie und wies auf den generellen Widerspruch hin, dass Russland selbstverständlich nie im Sinne einer wirklichen Verständigung dazu bereit sein würde, seine westlichen Provinzen, allen voran das Baltikum, abzutreten. Die darauf folgende Antwort Scheidemanns ist symptomatisch für die Haltung des überwiegenden Teils der verantwortlichen Funktionäre. Im Protokoll heißt es:

213 Sitzung des HA vom 4. Mai 1917, HA III, S. 1422.

214 Sitzung des HA vom 28. August 1917. Ebd., S. 1712-1715.

215 Hans Karl Detlof von Winterfeldt (1862-1937), preußischer Generalmajor, Vertreter der OHL beim AA und beim Reichskanzler, 1918 Mitglied der Waffenstillstandskommission.

216 Ludendorff an Zimmermann, 20. Mai 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 219.

217 Bethmann Hollweg bat Wilhelm II. am 13. Juli 1917 um sein Demission, der stattgegeben wurde.

218 Fraktionssitzung vom 7. Juli 1917. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 285

219 Ebd., S. 285.

„Scheidemann: ,erwidert hierauf, daß der Kanzler selbstverständlich die Kriegsfrage nicht von sozialistischen Grundsätzen ausgehend beurteile. Aber im Gegensatz zu Hoffmann glaube er (Scheidemann), daß über den Begriff Annexionen Bethmann durchaus mit uns einig ist. Er verwirft gewaltsame Angliederungen und will ,auch nicht einen einzigen Tag' um gewaltsamer Angliederungen willen den Krieg verlängern.“²²⁰

Die hier angeführte Diskussion macht ersichtlich, dass man den neuen Kurs der Autonomienpolitik mitzutragen bereit war und nur die „gewaltsamen Angliederungen“, also den Kurs der OHL, strikt ablehnte.²²¹ Hier musste eigentlich, wenn man erkannte, dass der Reichskanzler eine Verschleierungspolitik betrieb, und man sich ernsthaft für eine Verständigung einsetzte, Widerstand angezeigt werden. Aber die Debatte war mit der Antwort Scheidemanns beendet. Friedhelm Boll schreibt zu diesem Themenkomplex zurecht, dass es sich bei der Unterstützung der Bethmann Hollwegschen Politik um die Durchsetzung eines Kriegszielprogramms handelte, das nur gegenüber den völlig unberechenbaren Annexionsprogrammen der politischen Rechten und der Wirtschaftsverbände als gemäßigt bezeichnet werden kann. Dies verschwieg man bei der deutschen Sozialdemokratie allerdings, so Boll, vor der eigenen Anhängerschaft.²²²

4.3 Aktive Fühlungnahme mit Russland

Neben der generellen ostpolitischen Positionierung der Parteien in der vorstehend dargestellten Art und Weise wurden darüber hinaus im Laufe des Krieges die Spitzenfunktionäre immer weiter in das konkrete politische Handeln eingebunden. Gefördert vor allem durch die sich in Russland abzeichnenden Umbrüche machte sich die Reichsleitung die Kontakte der Sozialdemokratie zu den sozialistischen Bruderparteien, aber auch die persönlichen Fähigkeiten von Matthias Erzberger, der schon in den ersten Kriegsjahren als „Amateurdiplomate“²²³ immer wieder in verschiedenster Weise für die Reichsleitung tätig war, für die offizielle deutsche Politik dienstbar. Es stieg damit einerseits der Informationsfluss zwischen der Regierung und den Parteispitzen,

220 Ebd., S. 285.

221 Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 165 und S. 226.

222 Boll: Frieden, S.204. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 220.

223 Eschenburg, Theodor: Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform. München 1973, S. 14.

andererseits wuchs aber auch bei den handelnden Akteuren das Bewusstsein oder die Überzeugung, im Sinne des Gesamtstaates handeln zu müssen. Ein nicht zu unterschätzender Integrationsfaktor.

4.3.1 *Die Revolutionierungspolitik*

„The connexions which Helphand has in Russia could now, in my opinion, be decisive to the development of the whole situation. Moreover, he is also in such a close contact with the Social Democrats in Germany, Austria, and Scandinavia that he could influence them at any time.”²²⁴

Ulrich von Brockdorff-Rantzau

Als die Nachricht vom Ausbruch der russischen Revolution Berlin erreichte, war den Verantwortlichen in der deutschen Staats- und Militärführung bewusst, dass dieses Ereignis für die Lage an der Ostfront von gravierender Bedeutung sein würde. Während sich für die OHL in erster Linie eine absehbare Schwächung der russischen Offensivkraft abzeichnete, und damit Truppenverlagerungen an die Westfront in den Bereich des Möglichen rückten, sah Bethmann Hollweg in den politischen und sozialen Wirren die wesentlich weitergehende Chance, unter diesen Umständen alsbald das gesamte Russische Reich als Akteur aus dem Krieg herauszunehmen.²²⁵ Auch wenn diese anfänglichen Hoffnungen – die Regierung Lwowo-Miljukow erklärte sich schon am 18. März zum Weiterkämpfen auf der Seite der Entente bereit – zunächst enttäuscht wurden,²²⁶ so zeigte sich doch anhand der Forderung des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates, dass besonders die Arbeiterschaft und die bäuerliche Landbevölkerung ausgezehrt und kriegsmüde waren. Sie strebten einen Frieden an, ganz gleich auf welcher Basis.²²⁷

Hier offenbarte sich laut Fritz Fischer zugleich der doppelschichtige Charakter der russischen Revolution, „der liberaldemokratischen einerseits, die wesentlichen Interessen des besitzenden Bürgertums repräsentierte, deshalb mit der Einführung

224 Brockdorff-Rantzau an Zimmermann, 2. April 1917. In: Zeman, Zybnek A.: *Germany and the Revolution in Russia 1915-1918*. London/New York/Toronto 1958, S. 32.

225 Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 305.

226 Ebd., S. 305. Vgl. Rede Davids im Reichstag am 30. März 1917, *Verhandlungen des Reichstages*. Bd. 309, S. 2900.

227 Lösche: *Bolschewismus*, S. 84.

einer parlamentarischen Regierungsform zufrieden war, [...] und mit Unterstützung der Alliierten den Krieg fortsetzen wollte, und der sozialistisch-proletarischen andererseits, die über die bürgerliche Demokratie hinausdrängte [...]“ und auf einen allgemeinen Frieden setzte.²²⁸ Aus der verbreiteten Kriegsmüdigkeit heraus sahen Reichsleitung und OHL die einmalige Chance, die Machterweiterung im Osten mit einem baldigen Sonderfrieden zu kombinieren. Zu diesem Zweck aber galt es dem radikalen Teil der russischen Sozialisten – den Bolschewiki um Wladimir Uljanow, alias Lenin – zur Macht zu verhelfen, die als einzige Fraktion im politischen Spektrum Russlands offen für einen sofortigen Frieden eintrat.²²⁹

Nach einer ersten Analyse des deutschen Botschafters in Kopenhagen, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, der als diplomatischer Beobachter die Lage in Russland genauestens verfolgte und im neutralen Dänemark über beste Kontakte in den Osten verfügte, eröffneten sich zwei mögliche Wege, um einen schnellen Sonderfrieden mit Russland zu erzielen:²³⁰ Wenn Deutschland nicht in der Lage sei, den Krieg bis zum Herbst erfolgreich weiter zu führen und zusätzliche links-revolutionäre Kräfte zu implementieren, müsse man zunächst den Versuch einer Annäherung an die bürgerliche Regierung unternehmen. Dafür sei notfalls ein bescheidener Frieden in Kauf zu nehmen, auch wenn man dazu die eigenen Kriegsziele radikal begrenzen müsse. Sollte es aber möglich sein, die Kampfhandlungen erfolgreich bis zum Herbst fortzusetzen, gelte es, „in Rußland größtmögliches Chaos zu schaffen“, und dann aus der komfortablen Situation des Siegers heraus einen Frieden zu schließen.²³¹ Um letztgenannten Weg zu gehen, dürfe sich laut Brockdorff-Rantzau die deutsche Seite so wenig wie möglich in den einmal von außen angestoßenen Prozess der Revolutionierung Russlands einmischen, in der Hoffnung, dass zuletzt das radikale Element siegen und im Anschluss eine absolute Auflösung des russischen Staatskörpers einsetzen werde.²³²

Es eröffnete sich mit diesem Plan die Perspektive einer geschickten Doppelstrategie: einerseits das russische Reich zu zersetzen, zugleich aber nach möglichen Friedensfühlern Ausschau zu halten, andererseits je nach militärischer Lage die aufgezeigten Methoden zu modifizieren und mehr in die eine oder andere Richtung zu optieren. Um für dieses Vorgehen in der Wilhelmstraße zu werben, sandte Brock-

228 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 306.

229 Lenin trat für einen, wie er es nannte, „revolutionären Defätismus“ ein. Koenen: Nexus, S. 28.

230 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 306.

231 Brockdorff-Rantzau an AA, 2. April 1917. In: Hahlweg, Werner: Lenins Rückkehr nach Rußland 1917. Leiden 1957, S. 47ff.

232 Brockdorff-Rantzau an AA, 2. April 1917. In: ebd., S. 48.

dorff-Rantzau seinen Vertrauten und Mitarbeiter für die Revolutionierung Russlands, Parvus Helphand,²³³ nach Berlin, der dem Reichskanzler persönlich die Rückkehr Lenins und der anderen russischen Emigranten aus der Schweiz nach Petrograd vorschlagen sollte.²³⁴ Die zwielichtige Persönlichkeit Helphand gehörte dabei sicherlich zu den undurchsichtigsten Figuren rund um die deutsche Revolutionierungspolitik vom Frühjahr bis Herbst 1917.²³⁵ Den russischen Exilanten und späteren deutschen Sozialdemokraten hatte es nach seiner Flucht zunächst über die Schweiz und die Türkei nach Deutschland verschlagen. Während seiner Odyssee war er, vor allem während seines Aufenthaltes in Konstantinopel, durch eine ganze Vielzahl von mitunter fragwürdigen Geschäften zu ansehnlichem Reichtum gelangt.²³⁶ Von Deutschland aus verfolgte er schließlich mit den ihm zur Verfügung stehenden umfangreichen finanziellen Mitteln, unter anderem über die Agitation der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Glocke“, die er 1915 mit Hilfe der Wilhelmstraße gegründet hatte,²³⁷ konsequent den Sturz des zaristischen Regimes.²³⁸

Helphand selbst vertrat die Auffassung, dass nur eine vollständige Niederlage des Russischen Reiches und dessen Transformation hin zu einem föderativen Staat der in ihm lebenden Völker, die *conditio sine qua non* für den Durchbruch des Sozialismus sei.²³⁹ Entsprechend versuchte er nach Kräften die deutsche Ostpolitik auf zwei mögliche Strategien auszurichten, die an die Vorstellungen Brockdorff-Rantzaus anschlossen: Entweder solle man versuchen, Russland weitgehend zu okkupieren und dauerhaft in seine nationalen Bestandteile zu zerschlagen oder mit der Provisorischen Regierung zu verhandeln und einen baldigen Frieden zu schließen.²⁴⁰ Helphand favorisierte dabei ohne Zweifel die erstere der beiden Varianten und konnte sich in diesem Punkt sogar mit Lenin gleicher Auffassung wissen, den er eigentlich auf Grund

233 Zur Biographie Helphands siehe auch Scharlau, Winfried B./Zeman, Zybnek A.: *Freibeuter der Revolution. Parvus Helphand. Eine politische Biographie*. Köln 1964. Vgl. Heresch, Elisabeth: *Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution*. München 2000.

234 Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 307.

235 Salewski: *Weltkrieg*, S. 272.

236 Insbesondere während seiner Zeit in Konstantinopel tätigte Helphand zahlreiche Waffengeschäfte. Koenen: *Nexus*, S. 28.

237 Lösche: *Bolschewismus*, S. 71.

238 Scharlau/Zeman: *Freibeuter*, S. 142, S. 171 und S. 194-222.

239 Ebd., S. 244.

240 Ebd., S. 246f.

seines „Dogmatismus“ und seines „organisatorische[n] Starrsinn[es]“ nicht sonderlich schätzte.²⁴¹

Um schließlich die Chancen der von ihm und Brockdorff-Rantzau ausgearbeiteten Entwürfe zur inneren Zersetzung Russlands bei der Reichsleitung zu verbessern, trat Helphand, der Anfang April 1917 in Berlin eintraf, unter anderem auch an Erzberger heran, den er seit einer Zusammenarbeit bei der Aufdeckung der Kolonialschandale von 1905/6 kannte.²⁴² Dieser erklärte sich sofort bereit, gemeinsam mit dem ebenfalls von der Revolutionierungsstrategie überzeugten Ostspezialisten des Auswärtigen Amtes, Ago von Maltzahn,²⁴³ bei Bethmann Hollweg im Sinne der Revolutionierungspolitik vorzusprechen. Man erreichte, dass die bereits zuvor vom deutschen Gesandten in Bern,²⁴⁴ Gisbert von Romberg²⁴⁵, gestellte Anfrage, ob, vorbehaltlich der Zustimmung der OHL, die russischen Exilanten über Deutschland zurückkehren könnten, auch von der Reichsleitung nachdrücklich unterstützt wurde.²⁴⁶ Da also zuletzt alle maßgeblichen deutschen Stellen dazu bereit waren auf die Karte der Bolschewiki zu setzen,²⁴⁷ lagen bereits kurz nach der Anfrage des Gesandten die geforderten positiven Erklärungen vor.²⁴⁸ Nach Gesprächen mit Helphand und dem Schweizer Sozialisten Fritz Platten,²⁴⁹ schloss Lenin mit den deutschen Behörden einen förmlichen Vertrag ab, mit der wichtigsten Bedingung, dass die Stellung zu den aktuellen Kriegs- und Friedensfragen bei der Durchreise keine Rolle spielen würde.²⁵⁰

241 Scharlau/Zeman: Freibeuter, S. 248. Heresch: Parvus, S. 263-267. Epstein: Erzberger, S. 168f.

242 Wie bereits zuvor die Sozialdemokraten klagte Erzberger öffentlich die Grausamkeit der Kolonialverwaltung gegenüber den Ureinwohnern und die verbreitete Unfähigkeit der Kolonialbeamten an und setzte sich erstens für eine bessere Ausbildung des Personals und zweitens für mehr Mitspracherecht des Reichstages in der Frage der Kolonialpolitik ein. Ebd., S. 70-78.

243 Adolf Georg von Maltzahn (1877-1927), ab 1917 als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberbefehlshaber Ost und später einer der Architekten der Rapalloverträge. Joeres, Nils: Der Architekt von Rapallo. Der deutsche Diplomat Ago von Maltzahn im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Diss. Phil. Heidelberg 2006.

244 Epstein: Erzberger, S. 190. Erzbergers Intervention ist vermerkt bei Hoffmann. Nowak, Karl F. (Hrsg.): Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Bd. II, Berlin 1929, S. 174.

245 Gisbert von Romberg III. (1888-1952), deutscher Gesandter in Bern.

246 Zimmermann an Lersner (Kurt von Lersner (1883-1954, Vertreter des AA im Großes Hauptquartier), 23. März 1917. In: Zeman: Revolution, S. 25f.

247 Interessanterweise trafen sich alle politischen Strömungen in der Causa Lenin, auch wenn unterschiedliche Zielsetzungen dabei verfolgt wurden. Lösche: Bolschewismus, S. 96.

248 Lersner an Zimmermann, 25. März 1917. In: Zeman: Revolution, S. 26.

249 Fritz Platten (1883-1942), Schweizer Kommunist.

250 Lösche: Bolschewismus, S. 97f. Salewski: Weltkrieg, S. 265 und S. 272.

Die SPD befand sich zur gleichen Zeit in einer verzwickten Lage, da sich aus der Petrograder Formel und der Gründung der USPD am 6. April in Gotha mehr und mehr Handlungsdruck für die Partei aufbaute und eine Stellungnahme zu den Ereignissen anstand.²⁵¹ Dies insbesondere, weil mit der bürgerlichen Revolution das Hauptkriegsziel der Sozialdemokraten, der Sturz der zaristischen Autokratie, faktisch erreicht war. Helphand hatte indessen Anfang April in Berlin erstmals den deutschen Genossen über das bevorstehende Revolutionierungsunternehmen berichtet. Zusammen mit dem deutsch-schwedischen Gewerkschafter Wilhelm Jansson,²⁵² der als Kontaktperson bei dem Transport der Bolschewiki anwesend sein sollte, informierte man die Parteiführer über die Entwicklung der Ereignisse und bat bei dieser Gelegenheit im Auftrag des Auswärtigen Amtes um die Entsendung einer Delegation nach Kopenhagen.²⁵³ Diese sollte sich dort mit dem dänischen Sozialisten Frederik Borgbjerg²⁵⁴ in Verbindung setzen, der kurz vor einer Vermittlungsmission nach Petrograd stand, um dort mit den Räten die Möglichkeit eines Sonderfriedens zu sondieren. Ziel war es, auf diesem Weg die Position der deutschen Seite zu übermitteln und damit die Grundlage für später aufzunehmende offizielle Verhandlungen zu schaffen.

Noch am selben Tag entschied man im SPD-Vorstand, Scheidemann, Friedrich Ebert und den Gewerkschaftssekretär Gustav Bauer nach Kopenhagen zu schicken. Nachdem diese Auswahl getroffen war, schaltete sich umgehend Außenstaatssekretär Arthur Zimmermann in die offiziellen Vorbereitungen der Mission ein und erreichte in kürzester Zeit die Ausstellung von Reisedokumenten für die gesamte Gruppe.²⁵⁵ Darüber hinaus gab er, wie verabredet, der Delegation die über Borgbjerg zu übermittelnde Botschaft an die Sowjets mit auf den Weg, wonach man von deutscher Seite bei kleinen „Grenzberichtigungen“ zu einer Verständigung mit Russland bereit sei.²⁵⁶ Am 6. April 1917 setzte sich die Abordnung der SPD zusammen mit Helphand in Richtung Dänemark in Bewegung und stellte wie geplant den Kontakt mit Borgbjerg her. Diesem teilte man ganz dem zuvor erteilten Auftrag entsprechend mit, dass Deutsch-

251 Lösche: Bolschewismus, S. 85 und S. 105.

252 Wilhelm Jansson, gebürtiger Schwede und Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften. Ab 1917 im Dienste des AA in Stockholm.

253 Scharlau/Zeman: Freibeuter, S. 252f.

254 Frederik Borgbjerg (1866-1936). Dänischer Sozialdemokrat.

255 Scheidemann: Memoiren I, S. 422. Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch. Berlin 1921, S. 149f.

256 Scheidemann: Memoiren I, S. 422.

land einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen anstrebe und man sich über die verbliebenen Grenzberichtigungen leicht verständigen könne.²⁵⁷

Den deutschen Sozialdemokraten musste spätestens nach den Gesprächen mit Zimmermann und Helphand klar gewesen sein, in welche Richtung die deutsche Ostpolitik durch die gleichzeitige Einleitung von Vermittlungs- und Revolutionierungsaktionen abzielte. Auch wenn Scheidemann in seinen Memoiren darauf hinwies, dass ihm die Durchsetzung eines Friedens wichtiger war als Grenzberichtigungen,²⁵⁸ so war durch die Tätigkeit Helphands und dem Einsatz Lenins doch zu erkennen, dass durch eine weitere Destabilisierung Russlands die deutsche Ausgangsposition bei Sonderfriedensverhandlungen in jedem Fall stetig steigen musste. Geht man aber davon aus, dass die SPD tatsächlich mehr nach staatspolitischen als nach internationalistischen Grundsätzen handelte, wie es Scharlau/Zeman in ihrer Helphand-Biographie unterstellen,²⁵⁹ dann lässt es sich schlüssig erklären, warum die SPD zu keinem Zeitpunkt ernsthaft versuchte, mit den russischen Genossen in Verhandlungen über einen wirklichen Verständigungsfrieden einzutreten.²⁶⁰

Dass sich die Chance zu direkten Gesprächen durchaus ergab, zeigte sich darin, dass Helphand am 9. April Ebert und Scheidemann darüber in Kenntnis setzte, dass zeitgleich das Lenin-Unternehmen in die entscheidende Phase eintrat und in Kürze mit der Durchreise der Emigranten in Stockholm zu rechnen sei. Er bat aus diesem Grund die in Abreise begriffenen Deutschen dringend um die Hinterlassung eines Unterhändlers, um mit Lenin in direkte Friedensgespräche einzutreten. Doch bezeichnender Weise lehnten Scheidemann und Ebert das Angebot ab und erteilten Helphand lediglich eine Vollmacht, im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu verhandeln.²⁶¹ Als Lenin tatsächlich in Stockholm eintraf, verweigerte dieser jegliche

257 „Folgendes gaben wir Borgbjerg mit: ‚Er könne in Rußland sagen, daß wir einen Frieden wünschen ohne jede Vergewaltigung; Polen wird kein Hindernis sein; darin wissen wir uns einig mit der Regierung; keine Annexion kurländischen oder litauischen Gebietes; wohl bestehen Wünsche, vielleicht auf beiden Seiten, kleine Grenzberichtigungen vorzunehmen, darüber wird man sich aber leicht verständigen können bei den Friedensverhandlungen; schwieriger liegen die Dinge auf dem Balkan: Mazedonien, Dobrudscha, Serbien, Bulgarien, Rumänien und dergleichen braucht man nur zu nennen, um sofort zu erkennen, daß, um mit Viktor Alder zu reden, die Formel ‚keine Annexionen‘ nicht alles erschöpft. Deshalb müssen alle diese Fragen der Verständigung vorbehalten bleiben, die gewiss zu erzielen sein wird.“ Ebd., S. 424.

258 Scheidemann: Memoiren, S. 422.

259 Scharlau/Zeman: Freibeuter, S. 254f.

260 Eine bei der Reichsleitung durchaus noch vorhandene Sorge, Zimmermann an Grünau, 27. April 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemange II, S. 158.

261 Lösche: Bolschewismus, S. 98.

Kontaktaufnahme oder gar Sondierung mit deutschen Sozialdemokraten oder deren Verbindungsmännern, da er aus taktischen Gründen zwar bereit war, unter der Hand von deutscher Seite Hilfe anzunehmen, nicht aber sich in irgendeiner Form auf offizielle Verhandlungen einzulassen. Lediglich Karl Radek²⁶² erklärte sich am 13. April zu einem Treffen bereit, von dem Helphand am 18. April im Auswärtigen Amt nach seiner Rückkehr nach Berlin Bericht erstattete.²⁶³

Noch am selben Abend konsultierte Helphand den Parteivorstand der SPD und setzte ihn ebenfalls über die neuesten Entwicklungen und das Gespräch mit Radek in Kenntnis, so dass davon auszugehen ist, dass zumindest die Spitzenfunktionäre über den Stand der Revolutionierungspolitik informiert gewesen sein dürften. Tags darauf wurde dann erstmals auch dem erweiterten Parteiausschuss über die Durchreise Lenins berichtet, ohne dabei jedoch die Ausmaße des Unternehmens in vollem Umfang darzulegen. Gleichwohl erforderten die nach der russischen Februarrevolution veränderten Voraussetzungen nun endlich eine Stellungnahme der Sozialdemokratie, die immer mehr in die öffentliche Bedrängnis geriet, sich zu positionieren.²⁶⁴ Ganz der Linie der neuen Entwicklungen folgend, erklärte sich Scheidemann bei dieser Sitzung erstmals unter gewissen Umständen zu einem Sonderfrieden mit Russland bereit, auch wenn er selbstverständlich bekräftigte, dass die SPD weiter für den allgemeinen Frieden kämpfen werde.²⁶⁵ Man einigte sich darüber hinaus auf einen desgleichen von Scheidemann eingebrachten Resolutionsentwurf, in dem man die Erklärung des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates begrüßte und die deutsche Regierung zu energischen Friedensschritten aufrief.²⁶⁶

Theoretisch hatte man sich damit genau wie die USPD auf die Grundlage eines Verständigungsfriedens gestellt.²⁶⁷ Mit einer sich an die Resolution anschließenden,

262 Karl Radek (1885-1939), dt.-poln. Sozialist, 1918-1919 in der russ. Botschaft in Berlin.

263 Der Inhalt des Gesprächs kann auf Grund des Fehlens jeglicher Protokolle oder schriftlicher Notizen bisher nicht nachvollzogen werden. Scharlau/Zeman: Freibeuter, S. 258.

264 Der zentrale Beweggrund für die Unterstützung der deutschen Kriegführung war ja nunmehr entfallen. Zarusky: Despotismus, S. 109

265 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, S. 45 [476]. Bei aller Freude mischte sich aus Skepsis in die Beurteilung der russischen Revolution, da man, wie Scheidemann, Teilen der Provisorischen Regierung unterstellte, allein die Interessen der bürgerlichen Schichten zu vertreten. Ebd., S. 43f [473f]. Vgl. die Rede Davids im Reichstag am 30. März 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 309, S. 2900. Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 51ff [61ff].

266 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, S. 75 [504].

267 Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 257. Vgl. dazu den Tagebucheintrag Davids vom 19. April 1917. David: KTB, S. 225, und die Rede Eberts auf dem Parteitag im Oktober 1917. Protokolle des Parteitages, S. 240.

im Reichstag am 15. Mai eingebrachten Kriegszielinterpellation, mit der man den Reichskanzler zur Preisgabe seines Programms auffordern wollte, wurde erneut der Eindruck erzeugt, die sozialdemokratische Führung fortan klar für eine rein defensive Ausrichtung der deutschen Politik festzulegen.²⁶⁸ Praktisch wandelte man allerdings bereits in der eigenen Resolution vom 19. April die zweite Passage der Petrograder Formel so um, dass sie für die ethnischen Minderheiten im Deutschen Reich keine Anwendung finden konnte.²⁶⁹ Es sollte sich dementsprechend auch nur kurze Zeit später auf den Vorkonferenzen zum geplanten Stockholmer Sozialistenkongress zeigen, in welchem Maß die theoretische Formel vom Selbstbestimmungsrecht auch von der deutschen Sozialdemokratie praktisch ausgedehnt und ausgelegt werden konnte.

Festzuhalten bleibt bis zu dieser Stelle, dass die SPD durch ihre immer stärkere Involvierung in die offizielle Reichsaußenpolitik an Einfluss gewann²⁷⁰ und sich in ihrer bisherigen politischen Linie durch den Sturz des Zarismus bestätigt sah, wie es David später auf dem Würzburger Parteitag im Oktober 1917 noch einmal öffentlich bestätigte.²⁷¹ Insgesamt legen die Vermittlungsbemühungen der Parteispitze und die Kenntnisse über den Fall Lenin nahe, dass die SPD 1917 die Doppelstrategie der Reichsleitung akzeptierte und im Interesse Deutschlands und des Friedens bereit war, die Zersetzungspolitik in Russland zu unterstützen.²⁷²

268 Scheidemann lehnte in seiner Rede zwar Eroberungen klar ab, zog sich aber bei seiner Definition des Begriffs „Verständigungsfrieden“ auf die Forderungen nach der Unversehrtheit des deutschen Territoriums, der politischen Selbständigkeit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit zurück. Zusammen mit der Anmerkung, dass man weiter auf dem Standpunkt stehe, dass Grenzsteine verrückt werden müssten, nur eben im gegenseitigen Einvernehmen, bildete gerade die Forderung nach der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit durchaus die Möglichkeit eine Vielzahl von Kriegszielen trotzdem umzusetzen, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 309, S. 3391-3395. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 285.

269 Matthias sieht es nicht als Zufall an, dass aus der Formulierung „auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ „auf Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker“ wurde, Matthias, Sozialdemokratie, S. 16, Anm.61. Scheidemann bezeichnete später am 7. Juli im Hauptausschuss diese Ausdrucksweise ebenso wie das spätere Memorandum auf dem Stockholmer Kongress als „Schutzform“ für die territoriale Integrität des Deutschen Reiches, HA III, S. 1549. Miller: Burgfrieden, S. 288. Zarusky: Despotismus, S. 109.

270 Lösche: Bolschewismus, S. 85.

271 Protokolle des Parteitages, S. 322-24.

272 Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 55 [66]. Lösche: Bolschewismus, S. 87. Die SPD war laut Boll 1917 bereit, für machtpolitische Zielsetzungen den Krieg um ein weiteres Jahr zu verlängern. Boll: Frieden, S. 225.

4.3.2 Die Erzbergermission

„Zu Gunsten Erzbergers sprach der Umstand, dass er Gegner der sozialistischen Bestrebungen ist und das K. [Kolyschko, Anm. d. Verf.], der selber Katholik ist, dem Zentrumsabgeordneten besonderes Vertrauen entgegen bringt. Erzberger hat seinen Auftrag in dem Wunsche überschritten, Kaiser und Reich zu dienen.“²⁷³

Arthur Zimmermann

Neben der Revolutionierungsstrategie setzte die Reichsleitung im Frühjahr 1917 im Rahmen der beschriebenen Doppelstrategie – wie schon durch die Kopenhagen-Reise der Sozialdemokraten deutlich wurde – zusätzlich auf direkte Verhandlungen mit der neuen bürgerlichen Regierung. Hierfür benötigte sie jedoch, wie ebenfalls an dem bereits geschilderten Beispiel deutlich geworden ist, inoffizielle Kanäle, die sie bei einer veränderten politischen Gesamtkonstellation kurzfristig leugnen konnte. Unter diesen Prämissen ist die Erzbergermission zu sehen, die in etwa zeitgleich mit den Bemühungen Helphands Ende März 1917 einsetzte. Auch hier stand die entscheidende Frage der Gebietsveränderungen im Mittelpunkt der ersten abtastenden Beratungen über einen deutsch-russischen Sonderfrieden, die Ende März zwischen dem russischen Staatsrat Joseph von Kolyschko, vormals Unterstaatssekretär unter Finanzminister Sergei Graf Witte,²⁷⁴ und dem Zentrumspolitiker stattfanden.²⁷⁵ Kolyschko, der mit einer Deutschen verheiratet war und sich seit langem um eine deutsch-russische Zusammenarbeit bemühte, hatte noch vor der an ihn ergangenen Einladung, als Staatssekretär in die Provisorische Regierung einzutreten, den Zentrumspolitiker um ein Gespräch gebeten.²⁷⁶ Ziel war es, die Möglichkeiten für einen Frieden zwischen dem Deutschen Reich und Russland auszuloten.²⁷⁷

Für Erzberger, der nach Absprache mit Bethmann Hollweg dem Ansinnen folgte und sich vom 26. bis 28 März in der Stockholmer Wohnung des polnischen Großindustriellen Gurewicz zu ersten Sondierungen traf, hatte eine geschickte Positionierung der Wilhelmstraße gegenüber dem fast besiegten Russland strategisch eine ähnliche Bedeutung wie die mäßigende Haltung Bismarcks 1866 und 1871 gegenüber

273 Zimmermann an Grüнау, 27. April 1917. In: Scherer/Grunewald: *L'Allemagne II*, S. 158.

274 Sergei Juljewitsch Witte (1849-1915), außerdem nach dem russ.-jap. Krieg Chef der Friedensdelegation.

275 Epstein: Erzberger, S. 186f.

276 Brockdorff-Rantzau an AA, 16. März 1917: In: Scherer/Grunewald: *L'Allemagne II*, S. 31f.

277 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 311.

Frankreich.²⁷⁸ Er berichtete daraufhin am 27. März dem Reichskanzler über den respektablen Verlauf des ersten Treffens, der die erhaltenen Informationen in seinen Vorbereitungen für die Reichstagsrede am 29. des Monats verarbeitete.²⁷⁹

Kolyschko seinerseits wusste, wie auch Lenin, dass die Friedensfrage für die innere Entwicklung Russlands von maßgeblicher Bedeutung war. Er erkannte zumindest die Gefahren, die sich aus einer möglichen Zusammenarbeit der Deutschen mit den Bolschewiki für den Bestand des Russischen Reiches ergeben konnten. Deswegen versuchte er, so Fischer, den Wert eines Friedens mit der liberalen Regierung zu erhöhen, indem er immer wieder darauf hinwies, dass es keineswegs sicher sei, ob sich eine sozialistische Regierung im ganzen Land würde halten können.²⁸⁰ Vielmehr würde der Krieg in einer allgemeinen Anarchie enden, so dass die Deutschen überhaupt keinen Ansprechpartner mehr hätten. Kolyschko übertrieb dabei in seinen Schilderungen die tatsächliche Friedensbereitschaft der bürgerlichen Kräfte und drängte darauf, die moderaten Teile durch die Ansprache des Reichskanzlers an das russische Volk zu gewinnen.²⁸¹

Drei Mindestforderungen, die Kolyschko über Erzberger an die deutsche Seite übermittelt hatte, tauchten dann tatsächlich in Bethmann Hollwegs Rede vom 29. März auf: Erstens, Deutschland mische sich nicht in die inneren Verhältnisse Russlands ein, das heißt, wie Bethmann Hollweg es präzierte, Deutschland werde keinen Versuch zur Restaurierung des zaristischen Regimes unternehmen. Zweitens, die deutsche Regierung führe keinen Krieg gegen das russische Volk als solches und drittens, Deutschland werde Russland keinen unehrenhaften Frieden zumuten.²⁸²

Bethmann Hollweg nahm diese Formel auf, sprach aber sehr weitgehend von einem für beide Parteien „ehrenhaften“ Frieden, unter dem die deutsche Seite durchaus etwas anderes verstand als die russische.²⁸³ Schon bei den weiteren Verhandlungen zwischen Erzberger und Kolyschko, die sich bald darauf anschlossen, wurde deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen sich in den konkreten Friedensbedingungen widerspiegelten und die den Ansatz der deutschen Doppelstrategie noch einmal trefflich veranschaulichten. Während der Russe als Voraussetzung für eine Annäherung grundsätzlich größere Annexionen ablehnen wollte und nur für kleinere Grenzbe-

278 Epstein: Erzberger, S. 187f

279 Erzberger an Zimmermann, 31. März 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 70.

280 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 312; Epstein: Erzberger, S. 188ff.

281 Ebd., S. 187f. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 312.

282 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 309, S. 2865.

283 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 312.

richtigungen einzutreten bereit war, stellte Erzberger fest, dass man solche Grenzberichtigungen unbedingt vom „russischen Maßstab“ aus betrachten müsse, die dann eben auch ganz erhebliche Gebiete einschließen könnten. Kolyschko wehrte sich auf diesen Punkt bezogen gegen eine Loslösung von ganz Wilna, Litauen, Kurland und Polen, womit zumindest eine Teilannexion offenbar nicht ausgeschlossen zu sein schien. Man verabredete sich auf dieser Basis für weitere Gespräche erneut in Stockholm, wenn Kolyschko aus Petrograd zurückkehren würde.²⁸⁴

Die russische Antwort auf die besprochene Kanzlerrede erfolgte am 9. April. Obwohl sehr zurückhaltend und mit dem Ziel ausgesendet, den nationalen Verteidigungswillen aufzurichten,²⁸⁵ erhöhte sie die Hoffnung in Berlin, den aufgenommenen Faden weiter zu spinnen. Nach einer Konferenz zwischen Erzberger, Bethmann Holweg, Helfferich und Wilhelm von Stumm²⁸⁶ überlegte man, über einen offenen Brief des Kaisers an die Provisorische Regierung die friedenswilligen Kreise in Petrograd zu ermutigen.²⁸⁷ Wilhelm II. verwarf dieses Ansinnen jedoch mit einer für die militärisch ausgerichtete Kriegszielpolitik typischen Begründung, indem er darauf hinwies, dass, gegeben den Fall die russische Seite würde einen gegenseitigen Annexionsverzicht aussprechen, die deutsche Führung diesen mit schlechten Auswirkungen für die Öffentlichkeit ablehnen müsste.²⁸⁸

Auf der inoffiziellen Ebene wurden die Verhandlungen jedoch durch Erzberger fortgesetzt, der am 19. und 20. April erneut mit Kolyschko zusammentraf.²⁸⁹ Die Gespräche waren vom Optimismus beider Unterhändler geprägt, trotz der Schwierigkeiten im eigenen Lager zu einer Übereinkunft zu gelangen. Man verabredete, auf der Basis eines gemeinsam verfassten Memorandums bei der jeweiligen Regierung für einen Frieden einzutreten. Formell enthielt der grundlegende erste Paragraph die Anerkennung des annexionslosen Friedens: „Die am 1. August 1914 vorhandene Grenze Russlands wird wiederhergestellt; dabei sind Grenzberichtigungen ausdrücklich vorbehalten.“²⁹⁰ Erzberger ergänzte dazu allerdings ganz im Sinne der deutschen Politik:

284 Epstein: Erzberger, S. 187. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 313.

285 Abgedruckt bei Chamberlin, Wilhelm H.: Die russische Revolution 1917-1921. Bd. I, FraM 1958, S. 407f.

286 Wilhelm von Stumm (1869-1935), Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt 1916-1918.

287 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 313. Epstein: Erzberger, S. 189.

288 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 313.

289 Epstein: Erzberger, S. 191.

290 Erzberger an Langwerth (Ernst Freiherr von Langwerth-Simmern, Unterstaatssekretär) 21. April 1917. Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 141.

„Unter dem Punkt ‚Grenzberichtigungen‘ ist schon nach der letzten Besprechung im März zu verstehen, daß solche im russischen Maßstabe zu geben sind. Man solle ja nicht von Annexionen sprechen, selbst wenn eine Grenzberichtigung auf eine Annexion hinausläuft. Deutschlands Wünsche können bei guten Verhandlungen in weitgehendstem Umfange erfüllt werden. J. v. K. [Joseph von Kolyschko, Anm. d. Verf.] forderte, daß festgestellt werde, daß auch Rußland eine Grenzberichtigung erhalte. Ich erklärte ihm, daß das nicht notwendig sei, ausdrücklich festzustellen, denn es sei von Grenzberichtigungen, also der Mehrzahl die Rede.“²⁹¹

Beim zweiten Punkt ging man von der Tatsache aus, dass Polen zukünftig als selbständiger Staat bestehen sollte, wobei dessen Grenzen gemeinsam von Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn zu bestimmen seien. In einer Volksabstimmung gelte es festzustellen, unter welcher Oberhoheit und Staatsform die Polen zu leben wünschten. Mit Hilfe des polnischen Klerus glaubte Erzberger, sei „ein [für, Anm. d. Verf.] Deutschland günstiges Resultat absolut“ sicher.²⁹² Darüber hinaus wurde in den folgenden Punkten die für Russland wichtige Dardanellen- und Armenier-Frage thematisiert, bei der Deutschland seine guten Dienste zusagen würde. Weiterhin legte man sich darauf fest, auf die Entschädigung gegenseitiger Kriegskosten zu verzichten. Der Weg zum Sonderfrieden sollte der Provisorischen Regierung dadurch erleichtert werden, dass man sich von deutscher Seite jederzeit dazu bereit erklärte, mit den anderen Entente-Staaten sofort in Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluss eines allgemeinen Friedens einzutreten. Innerhalb von vier Wochen, spätestens am 18. Mai 1917, sollten die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.²⁹³

Als Erzberger mit diesen Ergebnissen am 21. April nach Berlin zurückkehrte, war man im Auswärtigen Amt zunächst vollauf zufrieden, und auch der Reichskanzler begrüßte die getroffenen Vereinbarungen, wollte aber eine nähere Bestimmung zum Passus der „Grenzberichtigungen“ abwarten.²⁹⁴ Passender Weise lässt sich am Abend desselben Tages laut Fischer relativ genau der Kurswechsel Bethmann Hollwegs in der Frage der Annexionen nachweisen. In einer geheimen Besprechung mit dem preußischen Staatsministerium kamen alle Beteiligten darin überein, dass die russische Revolution eine Lage geschaffen habe, die einfache Annexionsforderungen unmöglich

291 Erzberger an Langwerth, 21. April 1917. Ebd., S. 139.

292 Ebd., S. 141.

293 Epstein: Erzberger, S. 192f.

294 Ebd., S. 193. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 315.

machten.²⁹⁵ Jedoch würden auch die in dem Erzbergerpapier ausgehandelten Grenzberichtigungen in ihrem Umfang niemals den Ansprüchen der OHL genügen. Somit sah man den besten Ausweg in der Schaffung halbautonomer Randstaaten und verlängerte damit die schon in Polen begonnene Randstaatenpolitik nach Norden in Richtung Baltikum.²⁹⁶ Die kurze Zeit später in Kreuznach zwischen Bethmann Hollweg und der OHL so heftig ausgeführten Differenzen reduzierten sich damit laut Fischer auf einen reinen Methodenstreit über die Form der Herrschaftsausübung, nicht aber auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Beherrschung selbst.²⁹⁷

Nachdem man sich auf dieser Grundlage auf ein weitreichendes Programm geeinigt hatte (unabhängig von der Umsetzungsform), mussten die am folgenden Tag der OHL durch Werner von Grünau²⁹⁸ zugeleiteten Erzbergerschen Punkte Hindenburg und Ludendorff wie eine Bestätigung der Schwäche Bethmann Hollwegs erscheinen.²⁹⁹ Im Hauptquartier herrschte wegen der Vermittlungsmission „auf der ganzen Linie schwerste Gewitterstimmung mit zeitweisen Entladungen“,³⁰⁰ wie Grünau plastisch an das Auswärtige Amt berichtete. Entrüstet informierten die Militärs den Kaiser über das ausgehandelte Papier, ohne diesen freilich darüber aufzuklären, dass die genannten Grenzberichtigungen auch großräumige Annexionen umfassen konnten.³⁰¹ Der Monarch war außer sich und nur mit Mühe gelang es Grünau, ihn über die Wirkung des Begriffes „nach russischem Maßstab“ aufzuklären.³⁰² Obwohl die Reichsleitung direkt die Desavouierung Erzberges einleitete und sich umgehend von der Tätigkeit des Zentrumsmanne distanzierte, schwelte der Zorn bei OHL und Kaiser weiter. Wilhelm II. wünschte ab sofort und für die Zukunft jegliche geheimen Verhandlungen persönlich zu genehmigen.³⁰³

295 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 316.

296 Ebd., S. 316. Kritisch hingegen Steglich, Wolfgang: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18. Wiesbaden 1964, S. 114.

297 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 317.

298 Werner von Grünau (1875-1957), war von Oktober 1916 - November 1918 Vertreter des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier bzw. beim Kaiser.

299 Grünau an AA, 25. April 1917. Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 151f.

300 Grünau an AA, 27. April 1917. Ebd., S. 156.

301 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 318. Ludendorff entsandte daraufhin des Großindustriellen Hugo Stinnes nach Stockholm. Dieser sollte Kolyschko die Absichten der OHL übermitteln und damit Erzberger desavouieren. Ruge, Matthias: Matthias Erzberger. Eine politische Biographie. Berlin 1976, S. 65.

302 Epstein: Erzberger, S. 195f.

303 Zimmermann an Grünau, 27. April 1917. Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 157f.

Dieser Vorgang zeigt, ebenso wie die oben erwähnte gemeinsame Vorsprache mit Helphand bei Bethmann Hollweg, wie weit Matthias Erzberger in das Geflecht der Geheimdiplomatie und der Außenpolitik der Reichsleitung im Frühjahr 1917 einbezogen war, und dass auch ihm in jeder Hinsicht die neue Strategie der Reichsleitung bewusst sein musste.³⁰⁴ Damit offenbart sich ein hoher Grad an Vernetzung der maßgeblichen Parteiakteure, die deutlich auf einen Aufstieg in die inoffizielle Führungsebene des Reiches hinweisen. Die spätere Formulierung der Friedensresolution im Sommer 1917 und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker müssen immer unter diesen Gesichtspunkten gesehen werden.

4.3.3 *Der Sozialistenkongress in Stockholm*

„Jede Erleichterung, daß wir nach Stockholm kommen konnten, suchte uns der Reichskanzler zu verschaffen [...]. Unsere Verhandlungen in Stockholm brachten leider nicht das erwartete Resultat. Aber wir hinterließen dort ein von unserer Delegation einstimmig beschlossenes, von Dr. David und mir ausgearbeitetes Memorandum, das später von der deutschen Reichsregierung als Arbeit Ia bezeichnet wurde, und auch der deutsche Kaiser konnte sich gelegentlich einer Begegnung [...] nicht enthalten zu sagen: ‚À la Bonheur, in Stockholm haben Sie sich brillant gepaukt.‘“³⁰⁵

Philipp Scheidemann

304 Erzberger schrieb in diesem Sinne an Hoffmann: „Votiert heute das litauische Volk in einer für uns günstigen Weise, wenn es zur Entscheidung aufgerufen wird? Ich möchte die Frage dahin präzisieren: Haben wir alle Vorbereitungen, Organisationen usw. getroffen, um die Entscheidung zu beeinflussen? Bei der niederen Kulturstufe des litauischen Volkes ist damit zu rechnen, daß wenige geschickte Agitatoren die Entscheidung in den Händen haben. Ich sehe es darum als unsere Hauptaufgabe an, unter Heranziehung aller Mittel (auch Geldmittel) und mit größter Beschleunigung für uns eine günstige Entscheidung zu gewinnen.“ Erzberger an Hoffmann, 25. Mai 1917. In: BAK, NL Erzberger 23, zitiert nach: Kaiser: Realpolitik, S. 50.

305 Zitiert nach: Die Auswirkungen der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. IV Bände, hrsg. von Leo Stern. Berlin (Ost) 1959, S. 120f.

„Es bleibt also dabei [...]: Nicht die von ihm [David, Anm. d. Verf.] dauernd berufenen Alldeutschen sondern die linken Parteien mit ihrer Russophobie haben verhindert, daß Deutschland den Weg einschlug, der zum Frieden, zum Ausbau seiner Zukunft führte.“³⁰⁶

Ludwig Quessel

Das Scheitern der Erzbergerschen Sondierungen war zwar für die Befürworter eines raschen Sonderfriedens mit Russland zunächst ein deutlicher Rückschlag, bedeutete jedoch keineswegs den Abbruch der indirekten Fühlungnahme zwischen beiden Seiten. Noch vor der nächsten großen Friedensoffensive der holländischen und skandinavischen Sozialisten in Stockholm ergab sich zunächst Ende April 1917, über den direkten Kontakt zwischen Deputierten der russischen Armee und deutschen Offizieren an der Front, erneut die Möglichkeit zu inoffiziellen Gesprächen.

Die Russen baten zu diesem Zweck um die Entsendung zweier Unterhändler, wobei ausdrücklich die Teilnahme eines deutschen Sozialdemokraten erwünscht wurde, um gegebenenfalls auch den direkten Austausch auf der Ebene der sozialistischen Parteien herzustellen. Ludendorff griff dieses überraschende Angebot trotz einiger Vorbehalte über dessen unkonventionelle Form auf und bat umgehend das Auswärtige Amt um die Auswahl eines „zuverlässigen“ Sozialdemokraten³⁰⁷ und eines Vertreters der nationalen Parteien.³⁰⁸ Als Leiter der Delegation empfahl er den früheren Militärattaché in Paris und damaligen Oberquartiermeister in Mitau, Oberst von Winterfeldt.³⁰⁹ Die Reichsleitung nahm diese viel versprechende Botschaft gleichfalls positiv auf und Reichskanzler Bethmann Hollweg befürwortete umgehend die Nominierung des Abgeordneten David mit der aufschlussreichen Begründung, dass dieser „für die Frage ‚Grenzberichtigungen gegenüber Rußland‘ Verständnis“ zeige.³¹⁰

Obwohl binnen kurzer Zeit klar war, dass die geplanten Verhandlungen nicht zustande kommen würden, bot die von den beiden Abgeordneten dennoch angetretene Reise eine gute Gelegenheit für die Reichsleitung und die OHL, die Stimmungslage besonders bei der Sozialdemokratie zu überprüfen. In seinem zusammenfassenden Bericht über die geführten Unterredungen, die Oberst Winterfeldt Ende Mai an das

306 Quessel, Ludwig: Eduard David und der bolschewistische Separatismus. In: SM 51 (1918), S. 832.

307 Lersner an AA. Scherer/Grunewald: L'Allemange II, S. 176-178.

308 Der Konservative Reichstagsabgeordnete Joachim von Winterfeldt-Menkin, der Cousin von oben genanntem Oberst von Winterfeldt. Schwieger: David, S. 209.

309 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 321.

310 Bethmann Hollweg an Grünau, 7. Mai 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemange II, S. 179.

Auswärtige Amt schickte, berichtete er davon, dass zumindest David Gebietserweiterungen im Osten insoweit nicht als Problem betrachte,

„vorausgesetzt, dass dadurch bei Russland kein verhängnisvoller Stachel zurückbliebe, der unsere ferneren Beziehungen verhängnisvoll beeinflussen müsste und dass ferner den von Russland abzutrennenden Gebieten die Möglichkeit geboten würde in irgendeiner Form, die an das Selbstbestimmungsrecht der Völker erinnerte, ihre Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge zu bekunden.“³¹¹

Darüber hinaus habe dieser die Hoffnung ausgesprochen, mit einem demokratischen Russland einen Modus Vivendi zu finden und sich gemeinsam gegen England auszurichten.³¹² Gegenüber Generalmajor Hoffmann,³¹³ mit dem David ebenfalls zusammentraf, verdeutlichte der SPD-Politiker erneut, dass nur über die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die unendlichen Ressourcen des gesamten Russischen Reiches nutzbar zu machen seien.³¹⁴

Die auf diese Weise bisher vor allem David nachzuweisende, sehr ambivalente und zum Teil taktische Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur deutschen Autonomieverpolitik sollte sich im weiteren Verlauf des Jahres auch bei weiteren führenden Vertretern der Partei ausmachen lassen und dies in ganz besonderer Weise auf den Vorbesprechungen zum geplanten Stockholmer Sozialistenkongress.³¹⁵ Laut Huber war demnach die „im Frühjahr 1917 von den sozialistischen Parteien Hollands und der skandinavischen Länder vorbereitete Stockholmer Konferenz [...] ein Versuch, die seit dem Kriegsausbruch stillgelegte sozialistische Internationale zu reaktivieren“ und einen Frieden jenseits der offiziellen Diplomatie vorzubereiten.

311 Ludendorff an Zimmermann, 30. Mai 1917. In: ebd., S. 219.

312 Ebd., S. 219.

313 Hoffmann, der von den Ausführungen seines Gegenübers angetan war, schrieb wenige Monate später in sein Tagebuch: „Ich hatte Besuch von zwei Reichstagsabgeordneten, dem Konservativen v. Winterfeldt und dem Sozialdemokraten David, von denen der letztere der bei weitem klügere und interessantere war. Wir haben uns alle sehr gern mit ihm unterhalten [...]“. Hoffmann: Aufzeichnungen I, S. 165.

314 Boll stellt heraus, dass gerade der von David immer wieder angeführte Hinweis auf die zu erzielende „wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit“ die Formel für „verschleierte Annexionen“ in der SPD darstellte. Boll: Frieden, S. 20. Ganz auf dieser Linie verteidigte auch Zimmermann später gegenüber Hindenburg das Eintreten des Abgeordneten für das Selbstbestimmungsrecht, da dieser nicht aus Dogmatismus sondern aus rein praktischen Erwägungen für diese Vorgehensweise plädierte, die sowohl gegenüber den deutschen Nachbarn als auch nach innen besser zu verkaufen sei. Zimmermann an Hindenburg, 7. Juni 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne II, S. 225.

315 Schwieger: David, S. 129.

Doch sei „die Vollkonferenz, an der außer den sozialistischen Parteien der Neutralen auch die der kriegführenden Mächte teilnehmen sollten“, nicht zustande gekommen, „weil die westlichen Regierungen den sozialistischen Parteiführern [im Gegensatz zur Reichsleitung, Anm. d. Verf.³¹⁶] die Ausreise nicht“ gestattet habe.³¹⁷

Auf die Kritik Ludendorffs,³¹⁸ der eine Vermittlungstätigkeit einzelner politischer Richtungen, und hier natürlich besonders der politischen Linken, als gefährlich betrachtete, entgegnete Zimmermann wiederum mit der Anmerkung, dass er bezweifle, dass die (mehrheits-) sozialdemokratischen Führer selbst mit dem Anspruch nach Stockholm reisen würden, um dort ernsthaft einen Frieden anzubahnen. Es ginge ihnen vielmehr darum, propagandistisch tätig zu werden, um gegenüber den eigenen Wählern als „Förderer des Friedensgedankens“ aufzutreten.³¹⁹ Anhand dieser Verteidigungslinie zeigte sich einmal mehr, dass der von Kriegsbeginn an von Bethmann Hollweg angestrebte Kurs, die Sozialdemokratie in den Staat zu integrieren und mit ihm zu versöhnen, nun soweit Früchte trug, dass, wenn man die gemeinsam geplanten Vermittlungstätigkeiten betrachtet, eine regelrechte Vertrauensbasis zwischen der Reichsleitung und den sozialdemokratischen Parteiführern bestand.

Am 2. Juni trafen schließlich die deutschen Delegationen von SPD und USPD in Stockholm ein, die es während der Sondierungen bei ihrem eigenständigen Vorgehen gegenüber den anderen Konferenzteilnehmern beließen, was bei der mittlerweile vorherrschenden inhaltlichen Diskrepanz und den Angriffen der Unabhängigen auf die Kriegspolitik der Mehrheit nur wenig verwunderte. Um dagegen vor der Weltöffentlichkeit den Friedenswillen und den persönlichen Einsatz der SPD zu demonstrieren, war nahezu die gesamte prominente Führungselite der Partei nach Schweden gereist. So gehörten der Abordnung neben den Mitgliedern des Parteivorstandes Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Hermann Müller die drei führenden Vertreter der Fraktion, Eduard David, Richard Fischer und Hermann Molkenbuhr, sowie die maß-

316 Die Mehrheit hatte die Reichsleitung darum gebeten, auch die USPD Vertreter reisen zu lassen, um nicht als Agent der Wilhelmstraße gebrandmarkt zu werden. Zimmermann an Lersner, 28. April 1917. In: Scherer/Grunewald: *L'Allemagne II*, S. 159. Ritter sieht beim Eifer der deutschen Diplomatie, mit der die Vorbereitungen der SPD unterstützt wurden, sogar eine „Mitbeteiligung“ der Reichsleitung am Zustandekommen der Konferenz. Ritter: *Staatskunst III*, S. 500.

317 Huber, *Verfassungsgeschichte V*, S. 287.

318 Wobei Ludendorff die Reise von David oder Südekum für „einwandfrei“ hielt, Lersner an AA, 29. April 1917. In: Scherer/Grunewald: *L'Allemagne II*, S. 163.

319 Die SPD war nach Boll dazu gezwungen, gegenüber ihren Mitgliedern in der Friedensfrage aktiver vorzugehen. Boll: *Frieden*, S. 206. Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 328f.

geblichen Gewerkschaftsführer Gustav Bauer, Carl Legien und Johannes Sassenbach an.³²⁰

Den Auftakt der Vorverhandlungen bildete eine Aussprache der Mehrheits-SPD mit den Mitgliedern des holländisch-skandinavischen Komitees am 4. Juni 1917. In dieser Eröffnungssitzung übte der Schwede Hjalmar Branting³²¹ umfassende Kritik an der Kriegspolitik der deutschen Genossen und ihrer Haltung in der Juli-Krise von 1914 und konfrontierte die Delegation mit einer Reihe von Materialien, welche die deutsche Kriegsschuld eindeutig belegen sollten. In der am 6. Juni folgenden Fortsetzung der Gespräche fiel David die Aufgabe zu, die Positionen sowohl der deutschen Staatsführung als auch die Reaktion der Partei darzulegen und zu verteidigen. Der SPD-Abgeordnete gab bei dieser Gelegenheit eine ausführliche und umfassende Antwort zu Protokoll, in der er jegliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges für Deutschland kategorisch zurückwies und die Hauptschuld an der Eskalation des Jahres 1914 in erster Linie der Entente zuwies.³²²

Über das Negieren der Kriegsschuld hinaus legte man zur Rechtfertigung der aktuellen Parteipolitik ein Memorandum vor, das eine klare Zusammenfassung des kriegspolitischen Programms bedeutete und für die Positionierung und Wahrnehmung der deutschen Sozialdemokraten in Stockholm, aber auch für die Ausrichtung der Partei gegenüber der Reichsleitung und der OHL von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Es sollte sich in seiner Tendenz als richtungsweisend für das ostpolitische Vorgehen der SPD in den kommenden Monaten erweisen.³²³

In der ausschlaggebenden Frage der territorialen Verschiebungen bei einem Friedensschluss wies man zwar in dem verfassten Text „gewaltsame“ Annexionen klar zurück, legte aber den neuerdings für die deutsche Ostpolitik so entscheidenden Begriff des Selbstbestimmungsrechtes, der nach der russischen Revolution zu einem

320 Die USPD entsandte ebenfalls mit Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Georg Ledebour Mitglieder der Parteispitze.

321 Hjalmar Branting (1860-1925), schwedischer Politiker und späterer Premierminister.

322 David, Eduard: Wer trägt die Schuld am Kriege? Rede, gehalten vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juni 1917. Berlin 1917. Scheidemann fasste die Kernaussagen zusammen: „Er [David, Anm. d. Verf.] wies nach, daß das „Weltverteilungssyndikat“ den Krieg vorbereitet und unvermeidlich gemacht habe. Das Deutsche Reich sei doch als imperialistische Macht ein Waisenknabe gewesen im Vergleich zu England usw. Dann die diplomatische Schuldfrage: auf [sic!] Grund der bisher bekannt gewordenen Dokumente stehe Deutschland glänzend da.“ Scheidemann: Zusammenbruch, S. 132.

323 Abgedruckt unter anderem in: Protokolle des Parteitages, S.39f. Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Bd. I. Dresden 1926, S. 365ff.

einseitigen „Machtinstrument der Entente“ gegen Preußisch-Polen und die nationalen Minderheiten des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarns zu werden schien, auf eine für das Deutsche Reich unzweifelhaft äußerst vorteilhaften Weise aus.³²⁴ Man fand dabei eine Lösung, die es einerseits ermöglichte, die Forderung nach Unabhängigkeit für die nationalen Minderheiten der deutschen Gegner aufrecht zu halten, zugleich aber eine Anwendung auf die Mittelmächte zu umgehen. Dazu wurde der Geltungsbereich des Selbstbestimmungsrechtes in drei unterschiedliche Kategorien von Staaten bzw. Völkern unterteilt. Es sollte zur Anwendung kommen erstens für jene Staaten, die während des Krieges ihre Unabhängigkeit eingebüßt hatten wie Belgien und Serbien, zweitens für jene Staaten, die ihre ehemalige Selbständigkeit durch den gegenwärtigen Krieg wieder gewonnen hätten wie Polen und Finnland, sowie drittens für jene Völker, die ehemals selbständig, aber früher die „Opfer imperialistischer Unterwerfung“ geworden seien, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber während des Krieges keine Änderung erfahren habe: Irland, Ägypten, Indien, Tibet, Korea, Tripolis und Marokko.³²⁵ Entweder sollte die ganze Welt aufgeteilt werden oder nur über die Gebiete gesprochen werden, die während des Krieges den Besitzer gewechselt hatten, befand auch Scheidemann in seinen Aufzeichnungen.³²⁶

Die äußerst flexible Interpretation der Petrograder Formel, die Scheidemann in einer Unterredung mit Brockdorff-Rantzau „in erster Linie [als, Anm. d. Verf.] einen Schutz für Deutschland“ bezeichnet hatte, machte den Unterschied zwischen den neuen Methoden der Reichsleitung und der sozialdemokratischen Linie immer schwerer fassbar.³²⁷ Signifikant dafür ist der im Memorandum deutlich nachzuvollziehende „Gedankensprung“ vom bisher für die Sozialdemokraten so zentralen Begriff der „Völker“ auf die Eingrenzung fest umrissener staatlicher Territorien wie „Kongresspolen“ und „Finnland“, wodurch der Wechsel aus dem Bereich der sozialistisch-demokratischen Ideologie in das an Fakten orientierte, machtsstaatliche Denken dokumentiert wird.³²⁸ Unter diesen Bedingungen war eine Einbeziehung preußisch-

324 Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 63 [73].

325 Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 63[73f], Scheidemann: Memoiren II, S. 13. Matthias: Sozialdemokratie, S. 18.

326 Scheidemann: Memoiren II, S. 10. Müller, Hermann: Stockholm. In: NZ 36/1 (1917/18), S. 8-13. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 330f.

327 Scheidemann: Memoiren II, S. 7.

328 Matthias: Sozialdemokratie, S. 17. Lensch lobt die eigenen Genossen darüber hinaus für die Positionierung in der Kolonialpolitik, die endlich nicht mehr auf theoretischen, sondern der aktuellen Politik entsprechend praktischen Erwägungen fuße. Lensch, Paul: Stockholm. In: Die Glocke 3.1. Heft 12 (1917/18), S. 442.

polnischen Gebietes in einen neuen polnischen Staat für die SPD selbstverständlich genauso indiskutabel wie eine Loslösung der Randstaaten Russlands im Sinne Bethmann Hollwegs im Bereich des Möglichen blieb.

Es verwundert daher kaum, dass die Regierung dem Vorgehen der SPD Respekt und Anerkennung zollte, da das Memorandum strategisch die ideale Grundlage dafür bot, alle an das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie gerichteten Forderungen klar abzuweisen, ohne zugleich die eigenen Ambitionen im Osten aufzugeben, und das mit dem Hinweis auf die Urheberschaft einer per Definition staatskritischen Partei.³²⁹ Ganz in diesem Sinne konstatiert Meenzen in der Bewertung des Stockholmer Memorandums völlig zurecht, dass die von der SPD darin vertretene Politik, auch wenn sie sich natürlich rechtfertigen ließ, doch einerseits eine offensichtliche „Vergewaltigung“ des Grundsatzes der Selbstbestimmung und andererseits eine so gut wie hoffnungslose Ausweitung des Konfliktstoffes (auf Indien, Irland, usw.) mit Russland und der Entente bedeutet hätte. In diesen Positionen liegt die Basis für die enge Zusammenarbeit zwischen Auswärtigen Amt und Teilen der SPD, und dafür, dass gegen das Memorandum von offizieller deutscher Seite schlechterdings nichts einzuwenden war.³³⁰

Nachdem keine Vertreter der Entente-Sozialisten erschienen waren und der aus Petrograd via Stockholm nach Paris reisende, linke französische Munitionsminister Albert Thomas festgestellt hatte: „Der Krieg geht weiter, wir können nicht anders“,³³¹ kehrten David und Scheidemann am 19. Juni wieder nach Deutschland zurück und ließen nur Müller vor Ort, der allerdings vergeblich auf das Zustandekommen der Konferenz wartete.³³²

Die SPD konnte aus den erfolglosen Gesprächen indessen zwei Ergebnisse mitnehmen: Zum einen hatte sie in Stockholm die Ausgrenzung durch die Sozialisten der

329 Scheidemann: *Memoiren II*, S. 24. Scheidemann: *Zusammenbruch*, S. 159. Laut der Analyse Meenzens ein klares Zeugnis für die nationale Politik, die die SPD zu diesem Zeitpunkt vertrat. Meenzen: *Weltfriedensforschung*, S. 51 [61]. Vgl. Herzfeld, Hans: *Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg*. Leipzig 1928, S. 59f. Schmersal, Helmut: *Philipp Scheidemann 1865-1939. Ein vergessener Sozialdemokrat*. FraM 1999, S. 110.

330 Meenzen: *Weltfriedensforschung*, S. 63 [73].

331 Zitiert nach: Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 331.

332 Müller sondierte später mit Panin und Axelrod, berichtete aber enttäuscht an Ebert: „Von Rußland kommt das Heil nicht sobald. [...] Die heutige Lage enttäuscht alle und treibt die, die den Frieden von der Revolution erhoffen, z.T. aus Enttäuschung in das Lager der Konterrevolution, z.T. in das Lager der Bolschewiken und Anarchisten.“ Zitiert nach: Blänsdorf, Agnes: *Friedrich Ebert und die Internationale*. In: *AfS* 9 (1969), S. 400.

neutralen Staaten gespürt und einmal mehr erfahren, wie sehr sie mit dem kaiserlichen Deutschland verbunden war, zum anderen hatte sie hier erlebt, wie schwierig es sein würde, einen allgemeinen Frieden zu schließen und zugleich nationale Interessen zu verteidigen. Insofern dokumentierte das Stockholmer Memorandum den Zwiespalt zwischen den Resten der sozialistischen Tradition und dem neuen nationalstaatlichen Denken,³³³ wobei die Tendenz klar zu einer Akzeptanz des Staates zeigte.

333 Matthias, Erich: Die Rückwirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung. In: Neubauer, Helmut (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. Stuttgart u.a. 1968, S. 81. Vgl. die Rede Georg Gradnauers am 9. Oktober 1917 im Reichstag, in der dieser die Rückkehr zum Status quo nach dem Krieg ausschließt, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 310, S. 3819.

5. Die Mehrheitspolitik am Beispiel Eduard Davids und Matthias Erzbergers

„Mitteleuropa ohne diese wirtschaftlich-politische Ausweitung nach dem Osten, ohne diese Wegöffnung an den Stillen und indischen Ozean, ist ein Binnenstaat, und man kann weltwirtschaftlich gedacht sagen: ein [sic!] Binnenkleinstaat, wenn man ihn vergleicht mit den ungeheuren an den Weltmeeren hingelagerten Imperien Englands, Amerikas, Ostasiens. Nirgendwo berührt „Mitteleuropa“ die Ozeane unmittelbar. Die Herren, die in Brest-Litowsk glaubten, in ihrer Art verfahren zu müssen und mit militärischem Machtgebot ihre im Vergleich zu jenem großen Ziel, kleinen Ziele durchzusetzen, haben meines Erachtens vom Horizont ostelbischer Binnenpolitik gehandelt und damit eine zukünftige Weltpolitik Deutschlands ungeheuer erschwert.“³³⁴

Eduard David

„Die Ereignisse haben auch bewiesen, daß die feindselige Stellungnahme der Linken gegen den Osten, die angeblich nur dem Zarismus gelten sollte, keiner Änderung erfuhr, als die Autokratie beseitigt und Rußland im März 1917 Republik geworden war.

334 18. März 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4433. Vgl. die im Protokoll des Ostmarkvereins für Scheidemann angenommene Haltung: „Ich weiß das auch aus dem Munde des Reichskanzlers während des Krieges, des Herrn Michaelis, der mir sagte: Ich habe Scheidemann gesagt, nun Herr Scheidemann, wenn es mir gelänge, im Osten und Westen einen gewissen Einfluß des Deutschen Reiches aufrechtzuerhalten, würden Sie etwas dagegen haben? Nein, hat Scheidemann gesagt, gewiß nicht, das wäre ja ein Verständigungsfriede. Also auch die denken an einen Frieden, der das Deutsche Reich in Zukunft sichern soll. [...] Das ist eben, daß man keinen Eroberungskrieg will. Aber zur Sicherung der Zukunft des Deutschen Reiches gehört, daß wir über die Grenzen hinaus einen gewissen Einfluß behalten.“ Aus dem Protokoll einer Sitzung des Ostmarkvereins Oktober 1918. Stern: Auswirkungen, S. 1688.

Die Länder zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen, die Bethmann am 5. April 1916 dem ‚reaktionären Rußland‘ nicht zurückgeben wollte, wollte die Linke des Reichstags auch der russischen Republik nicht zurückerstatten, wofür dann David die schöne Begründung fand, daß man die Länder, die sich der Zarismus zusammengeraubt habe, der russischen Demokratie nicht zurückgeben dürfe, weil diese ja mit der Politik des Zarismus gebrochen haben.“³³⁵

Ludwig Quessel

Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, gehörten Eduard David und Matthias Erzberger, spätestens seit ihren offiziellen Missionen im Auftrag der Regierung, im Parlament zu den versiertesten Ansprechpartnern in Fragen der Außenpolitik. Sie genossen daher das Privileg, über die besten Zugänge zur Reichsleitung zu verfügen.³³⁶ Da die Außen- und Ostpolitik sowohl bei den Sozialdemokraten als auch beim Zentrum hauptsächlich von der Parteispitze und dort wiederum von einem kleinen Personenkreis programmatisch geleitet wurde,³³⁷ soll hier ein Vergleich der konzeptionellen Vorstellungen der beiden außenpolitischen Protagonisten, stellvertretend für die Linie ihrer Parteien, erfolgen. Darüber hinaus soll ein erstes Zwischenfazit zur Entwicklung der Ostpolitik von SPD und Zentrum nach dem Sturz des Zarismus und den Umbrüchen durch die Februarrevolution gezogen werden.

Betrachtet man zunächst die bisher untersuchten ostpolitischen Konzeptionen Davids, zeigt sich, dass der Sozialdemokrat anfangs gegenüber dem zaristischen Russland eindeutig einen harten Frieden verfocht, um später, unter den durch die Februarrevolution geschaffenen Bedingungen, für einen Verständigungsfrieden mit der neuen bürgerlichen Regierung einzutreten. Beide Ziel einte, dass ihnen durchgängig sowohl praktische (Burgfrieden und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches) als auch emotionale Motive („Russophobie“) zu Grunde lagen. Diese auf den ersten Blick so unterschiedlichen Antriebe führten in der Summe allerdings zu einer stringenten, an handfesten wirtschaftlichen und realpolitischen Interessen orientierten Handlungsweise Davids.³³⁸ Denn sowohl die grundsätzlich kritische Sicht auf Russland als auch die Forderung nach Osten gerichteter wirtschaftlicher Entwick-

335 Quessel: David, S. 823. Dagegen David in der „Neuen Zeit“: David, Eduard: Sozialdemokratie und Ostpolitik. In: NZ 36/2 (1918), S. 483-485.

336 Morsey: Zentrumsparlei, S.54

337 Laut Boll wäre es völlig verfehlt, Davids Auffassungen als die eines nicht-repräsentativen Einzelgängers hinstellen. Boll: Frieden, S. 213.

338 Schwieger: David, S. 215f.

lungsziele führten im Ergebnis zur Machterweiterung Deutschlands auf Kosten seines östlichen Nachbars.

Dies hing vor allem damit zusammen, dass die Verständigungsversuche mit Russland von Beginn an auch dem machtpolitischen Ziel galten, einen gegen England gerichteten Kontinentalblock zu schaffen und damit eine möglicherweise dauerhafte, über den Krieg hinaus bestehende Handelsblockade zu umgehen.³³⁹ Im Gegensatz zu den klassischen Kontinentaleuropäern³⁴⁰ der „Sozialistischen Monatshefte“ um Quessel und Cohen³⁴¹ war David dabei jedoch nicht bereit, die Randstaatenpolitik als eigenständiges Instrument fallen zu lassen.³⁴² Obwohl ihm bei der vorausschauenden Kritik an dieser Politik, nicht nur aus den Reihen der „SM“, klar gewesen sein musste, dass selbst eine völlige Unabhängigkeit Finnlands, des Baltikums, Polens und der Ukraine, Russland nicht nur von der Ostsee abschnitt, sondern es, zurückgeworfen auf seine vorpetrinischen Grenzen,³⁴³ eines Großteils seiner lebenswichtigen Industrien und Rohstoffgebiete beraubte.³⁴⁴ Somit wäre die Randstaatenpolitik, selbst bei reziproker Akzeptanz des Selbstbestimmungsrechtes von Deutschen und Russen, für jede russische Regierung faktisch unannehmbar gewesen.³⁴⁵

339 Schwieger: David, S. 218f. Boll: Frieden, S. 122.

340 Die Kontinentaleuropäer traten schon vor, erst recht aber nach den Revolutionen in Russland für eine pro-russische Politik ein. Sie waren klar gegen England ausgerichtet und sahen in der Verständigung eines französisch-deutsch-russischen Kontinentalblocks die beste Chance, sich in Zukunft gegen die Seemächte USA und England durchzusetzen. Daher kritisierten sie die Schwächung Russlands durch die Randstaatenpolitik.

341 Schippel, Max: Deutsch-Russische Wirtschaftsbeziehungen in Vergangenheit und Zukunft. In: SM 48 (1917), S. 568-574. Cohen, Max: Klare Entscheidungen. In: SM 49 (1917), S. 1251-1255. Quessel, Ludwig: Die Realitäten der kontinentaleuropäischen Politik. In: SM 50 (1918), S. 65-73. Quessel, Ludwig: Die industriellen Kräfte Russlands. In: SM 50 (1918), S. 183-191. Quessel, Ludwig: Russland und der angelsächsische Wirtschaftskrieg. In: SM 50 (1918), S. 225-235.

342 Die Randstaatenpolitik konnte vom theoretischen Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes aus natürlich kein Hindernis zwischen Deutschland und Russland sein. Schwieger: David, S. 213. Eintragung vom 21. Mai und 12. Juli 1917. David: KTB, S. 229ff und S. 243. Vgl. Koester, Adolf: Oestliche Zukunftsfragen. In: Die Glocke 3.2. Heft 30 (1917/18), S. 131f.

343 Salewski: Weltkrieg, S. 278.

344 Ebd., S. 285f. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 426f. Zarusky: Modell, S. 45.

345 Dass Lenin den Frieden nicht nur aus rein pazifistischen Gründen wollte, sondern vor allem auch vor den Nicht-Kommunisten sein Gesicht bewahren musste, darf nicht außer Acht gelassen werden. Salewski: Weltkrieg, S. 275. Vgl. auch den Hinweis Kühlmanns gegenüber Hertling, der während der Brester Verhandlungen genau auf diesen Umstand abzielte, Friedensvorschlag der russische Arbeiter- und Bauernregierung, 8. November 1918. In: Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages bearbeitet von Werner

Gerd Schwieger erkennt in seiner Arbeit zur Kriegspolitik Davids den Zielkonflikt, der sich zwischen der Verständigungspolitik einerseits und der Randstaatenpolitik andererseits auftat. Er findet jedoch keine Lösung und belässt es daher dabei, diesen Widerspruch als grundsätzliches Dilemma der ostpolitischen Konzeption Davids und der SPD stehen zu lassen.³⁴⁶ Tatsächlich handelte es sich aber um eine durchaus schlüssige Konzeption: Geht man davon aus, dass die angestrebte Verständigung gerade darin bestand, die Randstaaten von Russland abzutrennen,³⁴⁷ ihnen weitgehende Selbständigkeit unter gleichzeitigem Abschluss von Militär- und Wirtschaftskonventionen zu gewähren und mit dem so geschwächten Russland einen annehmbaren Frieden ohne zu harte Konditionen und mit einigermaßen fairen Wirtschaftsklauseln abzuschließen,³⁴⁸ dann konnte auf diesem Wege ein „moderierter deutscher Sieg“ erzielt werden.³⁴⁹ Dieser hätte allerdings mit einer Verständigung im Sinne des Wortes nur wenig zu tun.

Die Ursache für diese zunächst anscheinend evidente Interpretation liegt also in der Missdeutung des Begriffs „Verständigungsfrieden“.³⁵⁰ Es ist in dieser Hinsicht genauso fraglich, wo der immer wieder angeführte Unterschied zwischen den Vorstellungen der SPD und den von ihr abgelehnten „verschleierte Annexionen“ lag, wenn man auch bei der Sozialdemokratie für Wirtschafts- und Militärkonventionen eintrat, die eine wirklich eigenständige außenpolitische Ausrichtung der neuen Randstaaten fast unmöglich machten.³⁵¹ Scheidemann beklagte sich unter anderem in seinen Memoiren über den „sanften Druck“, den manche bürgerlichen Abgeordneten auf die Randstaaten ausüben wollten, unterschlug jedoch damit den Umstand, dass dies auch

Hahlweg, Düsseldorf 1971, S. 223. Ritter wies daraufhin, dass natürlich auch die Russen nicht für eine freie Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes eintraten, sondern für die Herrschaft der linksradikalen Kräfte in den neuen Randstaaten. Ritter: Staatskunst IV, S. 148.

346 Schwieger: David, S. 222. Ribhegge, Wilhelm: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917-1918. Essen 1988, S. 106.

347 Salewski: Weltkrieg, S. 223f.

348 Sympathien hierfür sieht Matthias durchaus auch jenseits des ultrarechten Flügels. Matthias: Sozialdemokratie, S. 24.

349 David: Ostpolitik, S. 482. Vgl. Boll: Frieden, S. 229.

350 Potthoff/Miller bewerten den von der SPD propagierten „Scheidemann-Frieden“, als *den* defensiven Gegenentwurf zur offiziellen deutschen Politik. Potthoff/Miller: Kleine Geschichte, S.80f. Dagegen hat bereits Maehl das Verständigungskonzept der Sozialdemokraten als mit dem deutschen Sieg im Osten nicht im Widerspruch stehend gesehen. Maehl: Role of Russia, S. 188. Ritter: Staatskunst IV, S. 91. Boll: Frieden, S. 212 und S. 219.

351 Nach Boll ließ die SPD-Führung, im Gegensatz zur USPD, den Weg zu verschleierten Annexionen offen. Boll: Frieden, S. 177. Schwieger: David, S. 207.

von den Führern der SPD gewünscht wurde.³⁵² Auch der häufig zu findende Hinweis, es handele sich beim Konzept des Verständigungsfriedens um einen rein defensiven Gegenentwurf³⁵³ und der Großteil der Partei hätte auch eine Rückkehr der baltischen Staaten und Polens in den russischen Staatsverband zugestimmt, ignoriert die Real-faktoren unter denen das Selbstbestimmungsrecht zum Einsatz gekommen wäre, so-wie das praktische Handeln der Parteiführung.³⁵⁴

Nach der Untersuchung der Davidschen Ostpolitik ist der Vergleich mit Matthias Erzberger, der in weiten Teilen auf der gleichen Grundlage und aus denselben Moti-ven wie sein Kollege aus der SPD urteilte,³⁵⁵ gut zu vollziehen. Bereits oben ist wieder-holt angedeutet worden, dass der Zentrumsolitiker ebenso, weniger aus moralischen als aus machtpolitischen Gründen, den von Bethmann Hollweg eingeleiteten Metho-denwechsel zur Randstaatenpolitik nachvollzogen hatte.³⁵⁶ Nachdem Erzberger zu Beginn des Krieges klar für weiträumige Annexionen und wie David für einen harten Frieden gegenüber Russland eintrat,³⁵⁷ erkannte auch er durch die ideologischen Ver-änderungen, die mit der bürgerlichen Revolution Einzug hielten, dass nur über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein vor der Weltöffentlichkeit zu legitimierender, für Deutschland günstiger Frieden erzielt werden konnte, der auch mit Blick auf Großbritannien dauerhaft bestand haben würde. Er kämpfte daher sowohl in der ei-genen Partei als auch in der offiziellen Politik gegen die Annexionisten, deren Pläne er für kontraproduktiv, rückständig und letztlich für den Ausgang des Krieges fatal hielt.³⁵⁸ Durch seine Propagandatätigkeit in den ersten Kriegsjahren war Erzberger die

352 Scheidemann: Memoiren II, S. 118. Matthias: Sozialdemokratie, S. 24. Vgl. Das Werk des Unter-suchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deut-schen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. VII/I: Verhandlungsbericht, Der innere Zusammenbruch. Berlin 1928, S. 152f.

353 Schwieger: David, S. 223. Vgl. Angermüller, Hans H.: Die Haltung der deutschen Arbeiterparteien zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, IV/6 (1957), S. 975f.

354 Vgl. Rosenberg, der deutlich macht, dass die SPD im Osten zu keinem Zeitpunkt für den Status quo eintrat. Auch die geforderte, konsequente Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes sei für die Machtausweitung Deutschlands kein Hindernis gewesen. Die (Arbeiter-) Massen seien nie ernsthaft gegen eine Machterweiterung gen Osten gewesen, sondern nur gegen Annexionen, sofern sie den Krieg verlängerten. Rosenberg: Entstehung, S. 99f. Vgl. Boll: Frieden, S. 227.

355 Zu den Überschneidungen von SPD und Zentrum vgl. Rosenberg: Entstehung, S. 100.

356 Epstein: Erzberger, S. 226.

357 Tirpitz: Dokumente, S. 69-73

358 So auf der Frankfurter Versammlung der Zentrumsparlei Ende Juli 1917. Epstein: Erzberger, S. 229.

Relevanz der Stimmungen in den besetzten Ländern als mögliche pro- oder antideutschen Faktoren bewusst und nicht zuletzt aus diesem Grund setzte er alles daran, die politische und ökonomische Lage dort zu verbessern.³⁵⁹

Auf dieser Basis war die Zusammenarbeit mit den linken parlamentarischen Kräften von SPD und FVP ab dem Sommer 1917 eine logische Konsequenz, um das Zentrum auf dem von ihm eingeleiteten Kurs zu halten. Entsprechend ihrer ähnlichen Lageeinschätzung funktionierte so auch die Zusammenarbeit zwischen David und Erzberger im Interfraktionellen Ausschuss und Hauptausschuss außerordentlich gut.³⁶⁰ Weder die SPD noch das Zentrum traten vor der Oktoberrevolution unter diesen Prämissen³⁶¹ für den von Kranold und Cohen in den „Sozialistischen Monatsheften“ geforderten Standpunkt eines Status quo-Friedens gegenüber Russland ein, sondern blieben auf dem Prinzip der Loslösung der Randstaaten bestehen.³⁶² Welchen Einfluss die innen- und außenpolitischen Ziele der zweiten Jahreshälfte 1917 auf die ostpolitischen Kriegsziele von SPD und Zentrum hatten und ob sich dabei wiederum eine Kontinuität zu dem bisher genannten ergab, wird im zweiten Abschnitt des Hauptteils zu untersuchen sein.

359 Epstein: Erzberger, S. 116ff.

360 Auf dem rechten Flügel der SPD ging die Gruppe um Lensch, Heinrich Cunow und Konrad Haenisch mit ihren Forderungen über die Ziele des rechten Parteizentrums hinaus und plädierte für die feste Angliederung des Baltikums, für einen zwar selbständigen, aber doch von Deutschland abhängigen polnischen Staat und auf dem Balkan für ein abhängiges Großbulgarien. Da die offizielle Linie der Partei von diesen Zielen nicht allzu weit entfernt war, zeigte sich die Gruppe flexibel genug, von Fall zu Fall von ihren Maximalforderungen abzuweichen, ohne diese prinzipiell aufzugeben. Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg. Berlin 1976, S. 149f. Vgl. auch Ascher, Abraham: Imperialists within German Social Democracy prior to 1914, in: Journal of Central European Affairs. XX/4 (1961), S. 397-422.

361 So schreibt Kaiser, dass auch Erzberger die Hegemonie in Osteuropa auf „friedfertigem“ und „freiwilligem“ Wege erreichen wollte. Kaiser: Realpolitik, S. 48f.

362 Quessel fasste dies wie folgt zusammen: „Die Ereignisse haben auch bewiesen, daß die feindselige Stellungnahme der Linken gegen den Osten, die angeblich nur dem Zarismus gelten sollte, keine Änderung erfuhr, als die Autokratie beseitigt und Rußland im März 1917 Republik geworden war. Die Länder zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen, die Bethmann am 5. April 1916 dem ‚reaktionären Rußland‘ nicht zurückgeben wollte, wollte die Linke des Reichstags auch der russischen Republik nicht zurückerstatten, wofür dann David die schöne Begründung fand, daß man die Länder, die sich der Zarismus zusammengeraubt habe, der russischen Demokratie nicht zurückgeben dürfe, weil diese ja mit der Politik des Zarismus gebrochen habe.“ Quessel: David, S. 832.

6. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum bis zum Zusammenbruch 1918

6.1 Die Oktoberrevolution: Auswirkungen und Bewertungen in den Parteien

SPD und Zentrum traten folglich vor der Oktoberrevolution für einen Frieden ein, dessen materielle Ausgestaltung zwar nicht auf die Beibehaltung des Status quo hinauslief, aber sich methodisch von Vorstellungen der politischen Rechten und der OHL klar abgrenzte. Diese ostpolitische Konzeption lässt sich bis in den Sommer 1917 hinein bei beiden Parteien deutlich nachweisen. Zu diesem Zeitpunkt erfassten das Deutsche Reich die bis dato schwersten politischen Unruhen, die in relativ kurzer Folge die Demission Bethmann Hollwegs und die Nachfolge durch Michaelis und Hertling,³⁶³ sowie gleichzeitig die Vorlage der Friedensresolution im Reichstag mit sich brachten und zur Bildung der linken Mehrheit aus SPD, Zentrum und FVP führten.³⁶⁴ Wenige Monate später gelang es am 7. November 1917 den mit deutscher Hilfe eingeschleusten Bolschewiki, die politische und militärische Macht in Russland an sich zu reißen und die gemäßigte bürgerlich-liberale Regierung Kerenski zu stürzen. Die Folgen dieser neuen Konstellation auf beiden Seiten der Ostfront und ihr Einfluss auf die ostpolitischen Konzeptionen der Akteure werden im Folgenden zu klären sein. Zunächst soll dazu die Bewertung der Oktoberrevolution in den Parteien und ihre Konsequenzen für die jeweilige Positionierung näher betrachtet werden.

363 Während Erzberger und andere führende Mitglieder der linken Reichstagsfraktionen in Bethmann Hollweg auf Grund seiner harten Linie ein Hindernis für Friedensverhandlungen mit den Westalliierten sahen, war dieser für die OHL zu nachgiebig und zu sehr kompromissbereit. Ritter: Staatskunst III, S. 572 und S. 577f.

364 Aus der umfangreichen Literatur zur Julikrise: Epstein: Erzberger, S. 206-228. Bermbach: Vorformen, S. 62ff. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 291ff. Wacker: Haltung, S. 31.

6.1.1 SPD – Der fortgesetzte Despotismus

„Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätiger Putschismus und Anarchie. Deshalb müssen wir zwischen die Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen.“³⁶⁵

Otto Braun

Um die Bewertung der Oktoberrevolution und der Bolschewiki in der SPD zu untersuchen, ist erneut ein Blick auf das Verhältnis zwischen der deutschen und der russischen Arbeiterbewegung vor Ausbruch des Krieges zu werfen. Bereits bei der Untersuchung des Russlandbildes hat sich gezeigt, dass man von Seiten der deutschen Genossen eine sehr ambivalente Haltung gegenüber den Entwicklungen der sozialistischen Partei in Russland eingenommen hatte.³⁶⁶ Dieser Mix aus Unterstützung und Interesse auf der einen und einer gewissen Zurückhaltung auf der anderen Seite wurde dabei bestärkt durch die internen Richtungskämpfe in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Diese hatten im Juli/August 1903 auf Parteitag in London und Brüssel zur Spaltung in einen revolutionären Mehrheitsflügel, die bekannten Bolschewiki, und einen reformistischen Minderheitsflügel, die Menschewiki geführt.³⁶⁷

Das beiderseitige Verhältnis zwischen deutschen und russischen Genossen wurde danach von dem Versuch der Russen bestimmt, die internen Differenzen mit Hilfe einer Schlichtung durch angesehene deutsche Sozialdemokraten wie unter anderem Karl Kautsky, Clara Zetkin und Franz Mehring beizulegen. Diese übernahmen in der Folge tatsächlich Vermittlungstätigkeiten und verwalteten treuhänderisch bis zum Ersten Weltkrieg das hart umkämpfte Parteivermögen der SDAPR.³⁶⁸ Trotz der Hilfe der Deutschen näherten sich beide Flügel nie wieder in einem ausreichenden Maße an, so dass zuletzt jede Fraktion gegen die andere zu polemisieren versuchte, um sich jeweils in den sozialistischen Bruderparteien Europas Sympathien und Verbündete zu verschaffen. Aus dieser Situation heraus erhielten die in die „Schiedsrichterrolle“ gedrängten deutschen Sozialisten bereits in den ersten beiden Jahren der Spaltung der russischen Sozialdemokratie Argumente und Parolen des Anti-Bolschewismus von

365 Braun, Otto: Die Bolschewiki und wir. In: „Vorwärts“ vom 15. Februar 1918. Zitiert nach: Zarusky: Modell, S. 43.

366 Matthias: Rückwirkungen, S. 82.

367 Lösche: Bolschewismus, S. 23.

368 Ebd., S. 62.

den Menschewiki geliefert, die später von der SPD in der Periode nach 1917 gebraucht wurden.³⁶⁹ Selbst der später zur USPD gewechselte Kautsky benutzte in dem der deutschen Novemberrevolution folgenden Bolschewismus-Streit Begriffe und Gedanken, die schon in seiner Korrespondenz mit menschewistischen Freunden aus den Jahren 1903-1905 vorformuliert waren. So schrieb beispielsweise der führende Menschewik Pawel Axelrod³⁷⁰ an die deutschen Genossen, dass Lenin „Methoden bonapartistischer Natur neben einer guten Dosis [...] Rücksichtslosigkeit“ anwende.³⁷¹

„Die Haltung der Menschewiki“, so Peter Lösche in seiner Analyse zum Bolschewismusurteil der SPD, fand bei diesen Auseinandersetzungen schon aus grundsätzlichen Erwägungen eher das Verständnis der deutschen Sozialdemokraten, „da ihre Taktik – Beteiligung an den Wahlen zur Duma, Ausnutzung des Parlaments als eine Plattform der Agitation, Ausbau der Organisation zu einer Massenpartei mit Unterstützung der Gewerkschaften, ohne dabei in der Ideologie das sozialistische Fernziel aufzugeben – sich von der deutschen Arbeiterbewegung prinzipiell nicht unterschied.“³⁷² „Die Bolschewiki dagegen gerieten durch ihren ideologischen Ausschließlichkeitsanspruch und den zentralistischen und undemokratischen Organisationsaufbau schnell in den Verdacht, den Boden des Marxismus zu verlassen und in der Tradition der russischen Geschichte, dem Bakunismus, Blanquismus³⁷³ und Terrorismus zu verfallen“, so Lösche weiter.³⁷⁴

Nachdem die Herrschaft des Zaren beendet war, stellte sich im Anschluss an die Februarrevolution innenpolitisch erneut die im Streit zwischen den ehemaligen Flügeln behandelte Frage, welche Form der zukünftige staatspolitische Aufbau Russlands haben sollte. Auf Grund der beschriebenen programmatischen Ausrichtung traten die Menschewiki zu großen Teilen der Provisorischen Regierung bei und unterstützten den Aufbau eines parlamentarischen Systems nach westeuropäischem Vorbild, während Lenin und die Bolschewiki, die im April 1917 über Schweden und die Finnland nach Petrograd zurückgekehrt waren, die vollständige sozialistische Revolution an-

369 Lösche: Bolschewismus, S. 33 u. S. 62.

370 Pawel Axelrod (1850-1928), russischer Sozialist (Menschewiki).

371 Zitiert nach: Lösche: Bolschewismus, S. 33f.

372 Lösche: Bolschewismus, S. 54.

373 Bakunismus: nach Michail A. Bakunin benannte, anarchische Form der Revolution; Blanquismus: nach Louis A. Blanqui (1805-1881) benannte Form der Revolution von oben, durch einen kleinen, elitären Zirkel.

374 Lösche: Bolschewismus, S. 54 u. S. 66.

strebten. Letztere stürzten sich deswegen sogleich in die Propagandatätigkeit gegen die Provisorische Regierung und versuchten, die Massen zum Frieden zu mobilisieren.

Ferner schlug im Juli die letzte russische Offensive fehl, wodurch sich die unter Druck geratenen liberalen Kräfte gezwungen sahen, noch einmal mit umfangreichen Polizeimaßnahmen gegen die Bolschewiki vorzugehen und mit der Diskreditierung Lenins als deutschen Agenten wieder innenpolitischen Boden gut zu machen. Solche Aktionen erzielten jedoch zuletzt keine nennenswerten Erfolge mehr.³⁷⁵ Dies zeigte sich an der immer stärkeren Friedenssehnsucht der Arbeiter- und Bauernmassen, die scharenweise desertierten. Ab Sommer liefen diese massiv zu den linksradikalen Kräften über, bis am 7. November 1917 die Regierung Kerenski³⁷⁶ von den Bolschewiki gestürzt wurde.³⁷⁷

Die SPD hatte den ganzen Sommer hindurch, trotz ihrer grundsätzlich skeptischen Haltung gegenüber den radikalen Kräften, auf Grund der für Deutschland schweren Kriegslage auf einen raschen Machtwechsel in Petrograd gehofft. Entsprechend froh nahm man die Nachricht vom Sieg der Bolschewiki auf, interessierte sich dabei allerdings zunächst weniger theoretisch für den russischen Weg zum Sozialismus wie die USPD, sondern mehr praktisch für die nun erheblich gestiegenen realpolitischen Möglichkeiten, einen Sonderfrieden zu erreichen.³⁷⁸

Diese Aussicht ergab sich erstmals, nachdem am 17. November die Auslandsstelle der Bolschewiki in Stockholm an Helphand telegraphierte, er möge nach Schweden kommen, um den Kontakt zwischen ihnen und den sozialistischen Parteien der Mittelmächte herzustellen, womit die Möglichkeit für direkte Gespräche gegeben schien. In Berlin verhandelte Helphand zu diesem Zweck mit Kühlmann, Ebert und Scheidemann, wobei die beiden Parteiführer ganz im Sinne der Staatsräson die von den Bolschewiki gewünschten Großdemonstrationen und Streiks ablehnten.³⁷⁹ Zur Begründung führten sie an, dass sie der neuen Regierung Hertling, „an deren Zustandekommen sie mitgewirkt hatten, schlecht durch Demonstrationen in den Rücken fallen könnten“.³⁸⁰ Dagegen erklärten sie sich bereit, auf anstehenden Wahlkreisreisen für

375 Stevenson: 1914-1918, S. 455. Koenen: Nexus, S. 29.

376 Alexander Kerenski (1881-1970), russischer Sozialdemokrat.

377 Koenen: Nexus, S. 29f. Zarusky: Modell, S. 32.

378 Ebert: Schriften II, S. 48. Zarusky: Modell, S. 33.

379 Scheidemann: Memoiren II, S. 122. Steglich: Friedenspolitik, S. 241f.

380 Lösche: Bolschewismus, S. 105. Mit Einsetzung des früheren Fraktionsführers des Zentrums Georg von Hertling als Reichskanzler und des Fortschrittlers Friedrich von Payer als Vizekanzler

den Verständigungsfrieden mit Russland zu werben und verabredeten weiter mit Helphand, dass er eine Sympathieadresse für die Auslandsvertretung der Bolschewiki mit nach Schweden nehmen sollte.³⁸¹

Helphand hingegen riet zur sofortigen Annahme des Friedensangebotes, weil die „Sprengung der Entente“ für Deutschland „wichtiger sei als alles andere“ und der Sonderfrieden die Beteiligung an der wirtschaftlichen und industriellen Durchdringung Russlands möglich machen würde, die für die Fortsetzung des Krieges gegen England und die Vereinigten Staaten so dringend notwendig schien.³⁸² Nachdem er die Botschaft der SPD übermittelt hatte, versuchte Helphand daher in Stockholm erneut eine Konferenz vorzubereiten, diesmal mit dem Ziel, separate Friedensverhandlungen zwischen den sozialistischen Parteien der Mittelmächte und Russlands einzuleiten und damit der offiziellen deutschen Politik zuvorzukommen.³⁸³ Aber diesmal verkalkulierte sich der Organisator und unterschätzte die Staatstreue der eigenen Genossen. Am 10. Dezember reiste Scheidemann über Kopenhagen nach Stockholm und traf sich dort mit Waclaw Worowski,³⁸⁴ dem Vertreter der bolschewistischen Auslandsstelle. Er vereinbarte aber lediglich die Schaffung einer gemeinsamen Stelle zum Austausch von Depeschen³⁸⁵ und versicherte hingegen in Gesprächen mit Brockdorff-Rantzau und Kurt Riezler,³⁸⁶ Legationsrat des AA in Stockholm, dass er keinen Schritt tun werde, der die offiziellen Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung stören könnte.³⁸⁷ Damit war der Plan einer rein sozialistischen Frie-

am 8. November 1917, glaubte die SPD die erste parlamentarische Regierung Deutschlands im Amte und sich damit auf dem Weg zum Sozialismus über die sukzessive Inbesitznahme der vorhandenen Institutionen ein gutes Stück vorangekommen. Ebd., S. 117.

381 Zarusky: Modell, S. 33.

382 AA, W2g, Denkschrift vom 18. November 1917. Zitiert nach: Hahlweg, Werner: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution. Münster 1960, S. 18.

383 Lösche: Bolschewismus, S. 106.

384 Waclaw Waclawowitsch Worowski (1871-1923), Bolschewik, nach der Oktoberrevolution Vertreter Russlands in Stockholm.

385 Lösche: Bolschewismus, S. 106.

386 Kurt Riezler (1882-1955). Zu Beginn des Krieges Privatsekretär Bethmann Hollwegs, später Legationsrat in Stockholm.

387 Scheidemann habe es bei seinen Vermittlungsversuchen verstanden, „seine speziell sozialdemokratischen Interessen den allgemeinen Staatsinteressen unterzuordnen“, Bericht des öst.-ungar. Gesandten Egon von Fürstenberg an das Außenministerium in Wien, HHStA, Wien, PA 26, Schweden XXVI/33. Zitiert nach: Miller: Burgfrieden, S. 256. Vgl. Schmearsal: Scheidemann, S. 130f.

deniskonferenz gescheitert und Helphand verlor in kürzester Zeit seine bisherige Mittlerfunktion.³⁸⁸

Trotz des regierungstreuen Handelns Scheidemanns und Eberts löste sich das Dilemma zwischen Staats- und Parteiräson der SPD im Winter 1917/18 zunächst nur zögerlich auf.³⁸⁹ Einerseits begrüßte man zwar grundsätzlich den Sieg des Sozialismus und versuchte, wie David am 22. November im „Vorwärts“, Perspektiven für eine Zusammenarbeit mit Lenin und Genossen zu eröffnen,³⁹⁰ andererseits überwog doch die alte Skepsis erstens, ob nicht der Bolschewismus selbst nur eine abgewandelte Form des russischen Despotismus in dem oben beschriebenen Sinne darstellte (sozialistisch-theoretische Debatte)³⁹¹ und zweitens, inwiefern Deutschland unabhängig von diesen Faktoren dauerhaft von einem Sonderfrieden profitieren konnte (machtpolitisch-praktische Debatte). Von der Fortsetzung der Revolution in Deutschland zur Unterstützung der Bolschewiki war indes zu keinem Zeitpunkt auch nur im Ansatz die Rede.³⁹²

Als schließlich am 19. Januar das „Exekutivkomitee der Räte“ ein Dekret erließ, das die eben erst zusammengetretene russische Konstituante mit der Begründung auflöste, sie diene nur als Deckmantel für den konterrevolutionären Kampf der Bourgeoisie und die Zusammenkunft beendete, war an eine Zusammenarbeit zwischen deutschen Sozialdemokraten und russischen Revolutionären nicht mehr zu denken. Zwei Tage nach diesem Ereignis erreichte die Nachricht auch die deutschen Genossen und der „Vorwärts“ zog erstmals auch in aller Öffentlichkeit einen Vergleich zwischen dem Handeln des „Zar[en] an der Duma“ und dem der Bolschewiki gegenüber der Nationalversammlung.³⁹³ Innerhalb weniger Tage schlug so die zunächst abwartende Haltung in scharfe Ablehnung um. Die SPD erblickte in der Vertreibung der Konstituante einen Bruch mit den demokratischen Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung und griff die Regierung in Petrograd zeitweilig sogar direkt an.³⁹⁴ Da jedoch die Geltung des zur gleichen Zeit ausgehandelten Friedens ganz von der

388 Scheidemann: Memoiren II, S. 126ff. Scharlau/Zeman: Freibeuter, S. 291ff.

389 Zarusky: Despotismus, S. 115.

390 Lösche: Bolschewismus, S. 120.

391 Ebd., S. 118.

392 Zarusky: Modell, S. 34.

393 „Vorwärts“ vom 21. Januar 1918. Zitiert nach: Zarusky: Modell, S. 39. Dazu Ebert in der Sitzung des IFA vom 23. Januar 1918, IFA II, S. 133.

394 Vgl. die Rede Davids im Reichstag am 19. Februar 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4007.

Herrschaft der Bolschewiki abhing, verstummte für ein halbes Jahr die einsetzende Polemik.³⁹⁵

Die hier skizzierten Umstände lassen den Schluss zu, dass der Bolschewismus in der SPD bereits zu diesem frühen Zeitpunkt als die historische Fortsetzung des Zarismus gesehen wurde. Beiden konnte das gleiche politische Interesse und Handeln unterstellt werden. Wenn aber „gefühlsmäßig“, wie es Friedrich Stampfer ausdrückte,³⁹⁶ die Bolschewiki den Imperialismus fortsetzten, dann konnte in der politischen Praxis gegenüber einem solchen Russland nur die selbe Forderung bestehen bleiben wie sie vorher für die Autokraten galt, nämlich Sicherungen und Garantien vor dessen Expansion.

6.1.2 *Zentrum – Annexionen oder Autonomie?*

„Das Selbstbestimmungsrecht muß klar und offen durchgeführt werden [...]. Jedes andere Prinzip – das ist meine felsenfeste Überzeugung – sei es Annexionsprinzip, sei es Vergewaltigungsprinzip, wird uns im Osten zum Schiffbruch führen und würde uns das, was wir jetzt errungen haben nicht dauernd in die deutsche Scheune bringen.“³⁹⁷

Matthias Erzberger

Wie bereits im Kapitel zum Russlandbild des Zentrums deutlich geworden ist, gab es innerhalb der Partei vor dem 1. August 1914 kein spezifisches Eigeninteresse an der innenpolitischen Entwicklung Russlands und erst recht nicht an der Tätigkeit der russischen Arbeiterparteien. Diese Gegebenheit änderte sich auch in den ersten Kriegsjahren zunächst nicht und die russische Innenpolitik gewann erst an Relevanz, als die Gefahr eines Übergreifens der Revolution und des Bolschewismus auch in Richtung Deutschland gegen Ende des Krieges wahrscheinlicher wurden. Leider ist in der bisherigen Forschung eine detaillierte Analyse der frühen Bolschewismus-Betrachtung des Zentrums und seiner Anhänger nicht vorhanden und an dieser Stelle dergleichen nicht zu leisten. Auch die ansonsten sehr umfangreiche Arbeit Ulrich Kaisers zum Zusammenhang von Russlandbild und Russlandpolitik der Zentrums-partei von 1917 bis 1933 löst diese Aufgabe für den hier zu untersuchenden Zeitraum

395 Zarusky: Despotismus, S. 117. Vgl. Lösche: Bolschewismus, S. 136.

396 Stampfer im „Vorwärts“ vom 18. Februar 1918. Zitiert nach ebd., S. 141.

397 27. Februar 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4218.

nur im Ansatz.³⁹⁸ Nachweisen lassen sich hingegen eindeutig die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Parteiflügel über die zukünftige methodische Vorgehensweise der deutschen Politik gegenüber einem besiegten Russland, die daher an dieser Stelle einer näheren Untersuchung unterzogen werden sollen.

Beim Zentrum, das von seiner Anhängerschaft her betrachtet zweifellos als die heterogenste der drei Mehrheitsparteien zu bezeichnen ist, verlief die Scheidelinie zwischen Verständigungspolitikern und Annexionisten mitten durch die eigenen Reihen.³⁹⁹ Auf der einen Seite stand dabei die gemeinsame Front adliger Parteigängern mit dem rheinisch-westfälischen Industrieflügel, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen für eine koloniale Okkupation der russischen Randstaaten eintrat und somit gegen eine Verständigung mit Russland ausgerichtet war. Auf der anderen Seite formierte sich der reformistische Flügel, der für eine demokratische Organisation dieser Gebiete als die einzig mögliche Grundlage für eine langfristig ausgerichtete deutsche Mitteleuropapolitik plädierte.

Dieser eigentlich eindeutige Spannungsfaktor war nach dem offiziellen Linksschwenk des Zentrums im Verlauf des Jahres 1917 zunächst noch vergleichsweise unsichtbar geblieben, da es sich bei den Überlegungen, ob entweder offene Angliederungen oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker die bestimmenden Komponenten bei zukünftigen Friedensverhandlungen mit den Russen sein sollten, noch um rein theoretische Gedankenspiele gehandelt hatte und die militärische Lage Deutschlands bei beiden Strömungen noch allgemein als negativ beurteilt worden war. Unter diesen Umständen gelang es Erzberger seine im Vergleich zu den Parteikollegen überlegene außenpolitische Expertise in die Waagschale zu werfen und den Kurs der Gesamtpartei in dem von ihm gewünschten, gemäßigten Sinne zu lenken. Spätestens jedoch nachdem am 1. November 1917 der konservative Zentrumsmann, frühere Reichstagsfraktionsführer und zu diesem Zeitpunkt noch bayrische Ministerpräsident, Georg von Hertling, den glücklos und ungeschickt agierenden Michaelis ablöste, das Amt des Reichskanzlers vom Kaiser übertragen bekam und sich analog die Situa-

398 Vgl. Oberloskamp, Eva: Ulrich Kaiser. [Realpolitik oder antibolschewistischer Kreuzzug? Zum Zusammenhang von Rußlandbild und Rußlandpolitik der deutschen Zentrumspartei 1917-1933.](#) Bern / FraM. [u.a.] 2005. In: Sehepunkte 5 (2005), Nr. 12. Ein grundsätzlich kritisches Sozialismusbild ist jedoch zweifellos vorauszusetzen. Ullrich: Großmacht, S. 171.

399 Zeender: The German Center Party, S. 467.

tion im Osten immer deutlicher zu Gunsten des Deutschen Reiches entwickelte, ließ sich dieser Kurs nur noch schwer aufrecht erhalten.⁴⁰⁰

Hertling sah sich nämlich selbst, anders als es sich die Mehrheitsparteien erhofft hatten, nicht als deren Kandidat, oder gar als erster dem Parlament verantwortlicher Reichskanzler, sondern machte im Gegenteil kein Hehl daraus, dass er für die angestrebten Staatsreformen, vor allem der Einführung des parlamentarischen Systems, keine Sympathien hegte.⁴⁰¹ Auch wenn Hertling vor seiner Amtsübernahme in diversen Gesprächen der linken Mehrheit zugesagt hatte, die Friedensresolution als Basis seines Handelns zu berücksichtigen und besonders die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes in Angriff zu nehmen,⁴⁰² so ließen ihn doch seine Treue zur alten Ordnung und den bisher herrschenden, monarchisch gesinnten Eliten,⁴⁰³ innen- wie außenpolitisch insgeheim mit der Linie der OHL und des rechten politischen Spektrums sympathisieren.⁴⁰⁴

Die durch die gleiche Parteizugehörigkeit vor allem Erzberger zur selben Zeit auferlegte außenpolitische Zurückhaltung und die inhaltlichen Differenzen, die zwischen ihm und dem neuen Reichskanzler insbesondere in Fragen der Ostpolitik bestanden,⁴⁰⁵ schränkten die bisher so effektive Bewegungsfreiheit des linken Parteiführers im Kräftedreieck zwischen ziviler Reichsleitung, Reichstag und OHL erheblich ein.⁴⁰⁶ Der somit nur noch oberflächlich durch die Friedensresolution zugedeckte Riss zwischen Konservativen und Annexionisten auf der einen und Reformern und Parteimitgliedern, die auf eine Verständigung setzten, auf der anderen Seite, brach schließ-

400 Hoop, Edward: Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling. Diss. Phil. Kiel 1951 [maschinenschriftlich], S. 80-132. Ribhegge: Frieden, S. 129.

401 Bezeichnend ist die, wenn auch wohl im Scherz, getätigte Aussage: „Am liebsten wäre mir beinahe ein gemäßigter Absolutismus, vorausgesetzt natürlich ein homo integer als Monarchen und ebenso gewissenhafte und tüchtige Minister! Das Parlament ist eine Einrichtung, um die einfachsten Dinge im Leben des Staates auf die schwierigste Weise zu regeln.“ Hertling, Karl von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg u.a. 1919, S. 48. Hoop: Innenpolitik, S. 177. Gies: Hertling, S. 476f.

402 Ebd., S. 481. Ribhegge: Frieden, S. 202.

403 Im Gegensatz zu dem bereits im Sommer 1917 auf Zimmermann gefolgten neuen Außenstaatssekretär Kühlmann. Haussmann, Conrad/Zeller, Ulrich (Hrsg.): Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. FraM 1924, S. 169. Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 344f und S. 365.

404 Zeender: The German Center Party, S. 463-468. Epstein: Erzberger, S. 259. Hoop: Innenpolitik, S. 159f. Ritter: Staatskunst IV, S. 113.

405 Hertling beschnitt kurz nach seinem Antritt Erzbergers Befugnisse erheblich. Rosenberg: Entstehung, S. 187.

406 Zeender: The German Center Party, S. 462. Epstein: Erzberger, S. 253f und S. 256-263. Rosenberg: Entstehung, S. 156 und S. 187. Morsey: Zentrumsparlei, S. 63. Ribhegge: Frieden, S. 224.

lich anlässlich der nun an handfesten Ergebnissen orientierten Debatte über die anstehende Verhandlungsführung der deutschen Diplomatie mit Russland wieder voll auf.

Dieser Vorgang lässt sich gut an der ostpolitischen Positionierung der beiden maßgeblichen Zentrumspresseorgane, der „Germania“ und der „Kölnischen Volkszeitung“, nachweisen. Während die progressive, in Berlin erscheinende „Germania“ in erster Linie den Kurs Erzbergers unterstützte und für das subtile Konzept des Verständigungsfriedens eintrat, war die Kölner „KV“ das Sprachrohr der annexionistischen Kreise in der Partei. Dies lässt sich exemplarisch an der Bewertung der Ereignisse rund um die Ende November, Anfang Dezember 1917 zwischen den deutschen Militärs und russischen Abgesandten in Brest-Litowsk eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen aufzeigen.

Direkt im Anschluss an die Machtübernahme der Bolschewiki hatte sich die neue Arbeiter und Bauernregierung in Petrograd mit ihrem Funkspruch „An alle“ an die kriegführenden Staaten der Welt gewandt, in der Hoffnung zwischen den Bündnisblöcken zunächst einen allgemeinen Waffenstillstand auszuhandeln, um daran anschließend in umfassende Friedensgespräche zur Beendigung des gesamten Konfliktes einzutreten.⁴⁰⁷ Nachdem sich allerdings die Vertreter der Westalliierten geweigert hatten, die neue Sowjetregierung anzuerkennen und eine eigene Delegation zu entsenden, bot Leo Trotzki in seiner Funktion als Volkskommissar des Äußeren dem deutschen Oberkommando direkt den Abschluss eines separaten Waffenstillstandes an. Er hoffte, auf diesem Umweg vor allem England und Frankreich derart unter Druck setzen zu können, dass diese sich schließlich doch auf die von den Bolschewiki proklamierte Forderung eines „demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“ stellen würden,⁴⁰⁸ um nicht in der eigenen Bevölkerung als friedensunwillig gebrandmarkt zu werden.

Die deutsche Seite hingegen begrüßte natürlich im Sinne ihrer gesamten bisher betriebenen Revolutionspolitik das russische Angebot und erklärte sich in Absprache mit dem österreichisch-ungarischen Außenminister Ottokar Czernin unmittelbar bereit,⁴⁰⁹ den ergangenen Appell zu unterstützen und die Verhandlungen aufzuneh-

407 Friedensvorschlag der russische Arbeiter- und Bauernregierung, 8. November 1918. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 13-15.

408 Der Aufruf Trotzki vom 28. November 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 31.

409 Zur Außenpolitik Czernins: Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin. München 1969. Czernin drängte auf Grund der desolaten Lage in der Monarchie auf eine Annahme der russischen Formel, K. und k. Botschafter in Berlin, 23. November 1917. In: Scherer/Grunewald:

men.⁴¹⁰ Auf dieser gemeinsamen Interessenbasis gelangte man zu einer raschen Übereinkunft, so dass schon am 3. Dezember 1917 Generalmajor Hoffmann in Stellvertretung des Oberbefehlshabers Ost, Prinz Leopold von Bayern, die Gespräche zwischen den Unterhändlern der Mittelmächte und Russlands eröffnete.⁴¹¹

Breits zuvor hatte sich die „Germania“ am 29. November zu diesen Ereignissen und der für denselben Tag geplanten Rede Hertlings im Reichstag,⁴¹² in der dieser zur Perspektive eine Sonderfriedens mit Russland Stellung nehmen wollte, geäußert:

„[...] Die deutschen Auffassungen vom Frieden sind ebenso bekannt wie die der russischen Revolution. Eine Formel, sie auf eine praktisch für beide Teile gangbare Linie zu bringen, dürfte nicht allzu schwer zu finden sein. Der Grundgedanke eines selbständigen und unabhängigen Polens, Litauens und Kurland [sic!] findet hüben und drüben seine Anerkennung.“⁴¹³

Tags darauf, im Anschluss an die Rede Hertlings im Reichstag bemerkte sie zufrieden weiter:

„[...] Und dann kam der Kanzler [...] auf die Kriegspolitik zu sprechen und machte dem Hause Mitteilung vom Eingang eines offiziellen Waffenstillstandsangebotes der neuen russischen Regierung, das vom Hause mit der aufrichtigen Freude aufgenommen wurde, die sich aus unserer grundsätzlichen Kriegspolitik ergab. Ihm entsprach es auch nun, wenn Graf Hertling die russischen Vorschläge als eine diskutabile Grundlage für den Beginn von Friedensverhandlungen bezeichnete und hinzufügte, [...] man dürfe den Polen, Litauern und Letten vertrauensvoll das Selbstbestimmungsrecht über ihre Zukunft überlassen.“⁴¹⁴

L'Allemange III, S. 26. Linke, Horst-Günther: Deutschland und die Sowjetunion von Brest-Litowsk bis Rapallo. In: APuZ 16 (1972), S. 24. Steglich: Friedenspolitik, S. 241. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 416. Ritter: Staatskunst IV, S. 111.

410 Nach heftigen Auseinandersetzung zwischen Kühlmann und der OHL über das Selbstbestimmungsrecht, 6./7. Dezember 1917. In: Scherer/Grunewald: L'Allemange III, S. 80-89. Volkmann: Baltikumpolitik, S. 3. Milatz: Parteien, S. 12-14.

411 Auf russischer Seite leitete Adolf Joffe die Verhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen, 3. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 40ff. John, Volkwart: Brest-Litowsk. Verhandlungen und Friedensverträge 1917-1918. Stuttgart 1937, S. 9. Bihl: Friedensschlüsse, S. 32.

412 Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 3944-3947. Vgl. die Rede Trimborns. Ebd., S. 3948.

413 „Germania“ vom 29. November 1917. Zitiert nach: Heinen: Zentrumsprese, S. 174f.

414 „Germania“ vom 30. November 1917. Zitiert nach: ebd., S. 175.

Dagegen ging der Ton der „KV“ doch erkennbar in eine andere Richtung, wenn sie am 30. November den Redebeitrag Trimborns im Reichstag wie folgt deutete:

„[...] Im Namen des Zentrums erklärt Abgeordneter Geheimrat Trimborn, daß das Zentrum einen Verzichtfrieden ablehnt. Er spricht dem neuen Reichskanzler das volle Vertrauen aus, daß er dem deutschen Volke ein kraftvoller Führer zum Siege und ehrenvollem Friede werde. Abgeordneter Scheidemann will nach wie vor das deutsche Volk um jeden Preis des Sieges bringen.“⁴¹⁵

Am 28. Dezember 1917 kommentierte sie den Beginn der Friedensverhandlungen in Brest:

„Eine einfache Rückgabe der von uns besetzten Gebiete an Rußland kommt ja nicht in Frage. Das bedeutet die Formel „Ohne Annexionen“ nicht. Das Schicksal der Grenzvölker, die in diesen Gebieten wohnen, wird in Zukunft ein anderes sein, als es in der Vergangenheit war.“⁴¹⁶

Die unterschiedlich nuancierten Aussagen der beiden Blätter verdeutlichen, dass in- zwischen einerseits, wie in der „KV“ beschrieben, ein erheblicher Teil des rechten Zentrumsflügels unter den Berücksichtigung der neuen Lage im Osten nicht mehr bereit war, dem Verständigungskurs der Mehrheit zu folgen, sondern im Gegenteil wieder offen für die härtere Gangart der OHL optierte, während andererseits die „Germania“, stellvertretend für die gemäßigten Kräfte, versuchte, aus den Reden Hertlings die Kontinuität der Zentrums politik seit Einbringung der Friedensresolution heraus- zustellen. Daraus ergab sich, dass Erzberger und seine Mitstreiter in der Fraktion un- ter diesen Umständen stärker als je zuvor gezwungen waren,⁴¹⁷ einen Spagat zwischen der von ihnen nach wie vor für sinnvoll und richtig erachteten Mehrheits politik auf der einen und den Forderungen ihrer innerparteilichen Gegner auf der anderen Seite auszuhalten. Dies schlug sich in der Folge vor allem in einer flexibleren Haltung ge- genüber der Regierung, aber auch den Partner innerhalb der Mehrheit während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nieder.

415 „KV“ vom 30. November 1917. Zitiert nach: ebd., S. 176.

416 „KV“ vom 28. Dezember 1917. Zitiert nach: Heinen: Zentrums presse, S. 177.

417 Vgl. den Artikel Rechenbergs in der „Germania“ vom 17. Januar 1918. Zitiert nach: ebd., S. 178f.

6.2 Die Verhandlungen von Brest-Litowsk

Unter der Prämisse, dass beide Teile, die Bolschewiki und die Regierungen der Mittelmächte, auf den raschen Abschluss eines Waffenstillstandes setzten, verliefen die Gespräche verhältnismäßig reibungslos. Bereits am 15. Dezember 1917 traten die dort abgemachten Vereinbarungen in Kraft, so dass nur wenige Tage später, am 22. Dezember, die offiziellen Delegationsleiter Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens, sowie die Gesandten Russlands in Brest-Litowsk zu den eigentlichen Friedensverhandlungen eintrafen.⁴¹⁸ Auf deutscher Seite führte formal Staatssekretär Kühlmann die Gespräche im Namen der politisch verantwortlichen Reichsleitung, dem als Vertreter der OHL Generalmajor Hoffmann zu Seite gestellt worden war.⁴¹⁹ Hoffmann, theoretisch nur in beratender Funktion anwesend, übte praktisch, entsprechend des tatsächlichen politischen Gewichts der militärischen Führung,⁴²⁰ von Beginn an entscheidenden Einfluss auf die Positionierung der deutschen Unterhändler aus.

Mit der am vierten Tag der Verhandlungen vollzogenen Übergabe eines Sechspunkte-Katalogs durch die russischen Parlamentäre, der sich an der Petrograder Friedensformel orientierte, begannen die Beratungen. Die Russen forderten den Verzicht auf gewaltsame Annexionen und den Rückzug der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten. Weiterhin forderten sie die völlige Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit der Völker, die diese während des Krieges verloren hatten, freie Entscheidung nationaler Gruppen innerhalb eines Staates über den eigenen Status, Minderheitenschutz, die Ablehnung von Kontributionen und zuletzt die Anwendung der Punkte eins bis fünf auf die Kolonien. Diese Bedingungen wurden von den Mittelmächten zunächst akzeptiert.⁴²¹

418 Amtliche Mitteilung über die Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 16. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 112f. Ribhegge: Frieden, S. 206.

419 Österreich-Ungarn war vertreten durch Außenminister Czernin, die Türkei entsandte den Minister des Äußeren Ahmed Nessim Bey und für die Bulgaren leiteten Justizminister Popoff und Oberst Gantchev die Verhandlungen. Bihl: Friedensschlüsse, S. 32f und S. 40f. Auf russischer Seite war die Gruppe der Unterhändler größer und für die bisher auf dem diplomatischen Parkett üblichen Verhältnisse bunt gemischt: Neben den beiden Delegationsleitern Joffe und Leo Kamenew, dem Generalsekretär der Gruppe, begleiteten Grigori Sokolnikow, Anastasia Bitsenko und Vertreter der Soldaten, Seeleute, Arbeiter und Bauern die Verhandlungen, Wheeler-Bennett, John W.: Brest-Litovsk. The forgotten peace March 1918. London 1956, S. 85 und S. 89.

420 Ritter: Staatskunst IV, S. 118.

421 Die Antwort der Mittelmächte vom 25. Dezember 1917 ist abgedruckt u.a. bei Bihl: Friedensschlüsse, S. 43-S. 45. Die Vertreter des Vierbundes gaben den übrigen Entente-Staaten bis zum 4.

6.2.1 Die Einflussnahme auf die deutsche Verhandlungsposition

„Rußland gegenüber ist die außerordentlich schwierige Aufgabe zu lösen, ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Rußland herzustellen, uns den Rücken militärisch vollständig frei zu machen, gleichzeitig aber von dem bisherigen Rußland gewaltige Gebietsteile loszulösen und diese Gebietsteile zu wirkungsvollen Bollwerken an unserer Grenze auszugestalten.“⁴²²

Georg von Hertling

„Die Russen haben ja selbst die Formel aufgestellt: ohne [sic!] Annexionen und Kontribution, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wenn also russische Westvölker sich dafür erklären, von Rußland loszukommen, dann müßten deren Wünsche ja wohl erfüllt werden, selbst wenn sie eine Anlehnung in dieser oder jener Form an uns verlangen. Er [Kühlmann, Anm. d. Verf.] glaubte übrigens nicht, dass den Russen sehr viel an den ja gar nicht russischen Gebieten gelegen sei.“⁴²³

Richard von Kühlmann

Gemäß der gesamten bisherigen Ausrichtung der deutschen Ostpolitik seit Kriegsbeginn galt unabhängig der präferierten machtpolitischen Methoden als das gemeinsame Ziel der Kühlmann-Hoffmann'schen Verhandlungsführung in Brest-Litowsk die Loslösung der Westprovinzen aus dem russischen Staatsverband. Taktische Basis dafür waren die Autonomie- und Unabhängigkeitserklärungen der neu gebildeten Landesräte von Kurland, Litauen, Polen und von Teilen Estlands und Livlands.⁴²⁴ Diese waren in den vorangegangenen Wochen unter mehr oder minder starkem Druck der örtlichen Militärverwaltung zustande gekommen und sollten die demokratische Legitimation für die Abtrennung der Gebiete bieten.⁴²⁵ Obwohl die Russen natürlich nicht wissen konnten, dass die Erklärungen in ihrer Substanz bereits im Frühjahr auf der

Januar Zeit, sich ebenfalls auf der formulierten Grundlage an den Friedensverhandlungen zu beteiligen. Sollten sie jedoch nicht erscheinen war die ausgehandelte Basis, die nur für einen allgemeinen Frieden beschlossen würde, ungültig und man trat dann unter anderen Voraussetzungen in Sonderfriedensverhandlungen ein. Hertling an Lersner, 29. Dezember 1917. In: Scherrer/Grunewald, *L'Allemange III*, S. 181. Bihl: *Friedensschlüsse*, S. 47f. Ritter: *Staatskunst*, S. 112.

422 Zitiert nach: Hahlweg: *Diktatfrieden*, S. 56.

423 Sitzung des IFA vom 27. November 1917, IFA I, S. 619.

424 Der Stadt Riga und den Inseln Oesel, Moon und Dagö, Fraktionsführerbesprechung vom 1. Januar 1918, IFA II, S. 17.

425 Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 419f.

Kriegszielkonferenz in Bingen vorformuliert worden waren, weigerten sie sich umgehend die Zusammensetzung der Körperschaften anzuerkennen, weil diese ganz offensichtlich nicht den Willen der Bevölkerung repräsentierten. Sie beharrten auf einer Wiederholung der Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes. Die deutsche Seite hingegen – und hier in aller erster Linie die OHL – musste solche Abstimmungen freilich ablehnen, da die überwiegende Mehrheit in den Provinzen sich unter wirklich freien und gleichen Bedingungen aller Voraussicht nach „für völlige Unabhängigkeit – auch gegenüber Deutschland – und für eine demokratische Republik als Staatsform entschieden hätte“, so Fischer deutlich.⁴²⁶

Bereits auf Besprechungen Anfang/Mitte Dezember 1917,⁴²⁷ die im Vorfeld der Friedensverhandlungen stattgefunden hatten, war auch die Methodik der Verhandlungsführung festgelegt worden: Während Kühlmann in Fortsetzung der Politik Bethmann Hollwegs und aus Rücksicht auf die weiterhin desolaten innenpolitischen Lage in Österreich-Ungarn konsequent für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes eintrat, um die Randvölker aus dem russischen Staatsverband herauszulösen,⁴²⁸ verlangten Hindenburg und Ludendorff nach wie vor die Annexion weiterer Teile Polens und des Baltikums, zumindest aber eine Personalunion Kurlands und Litauens mit Preußen und eine Ausweitung der deutschen Interessenssphäre auf Estland und Livland.⁴²⁹ Vor die Entscheidung gestellt, folgte Kaiser Wilhelm II. einmal

426 Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 419f. Ritter: Staatskunst IV, S. 100.

427 Ergebnis der Besprechung im Großen Hauptquartier vom 18. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 129f. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 417f.

428 Protokoll der Besprechung vom 6. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 73f. So auch auf der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 8. Dezember 1917. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages. Dokumentensammlung Band I, hrsg. von Venjamin M. Chrostov und Stefan Dornberg. Berlin 1967, S. 77-85, und des Kronrates vom 18. Dezember 1917. In: Scherrer/Grunewald, L'Allemange III, S. 138f. Kühlmann, Richard von: Erinnerungen, S. 717 und S. 524. Epstein: Erzberger, S. 260. Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 345 und S. 367. Steglich: Friedenspolitik, S. 287f, hier besonders Anm. 289.

429 Der gesamte Komplex der methodischen Differenzen zwischen Reichsleitung und OHL lässt sich an einem Depeschenwechsel von Anfang Dezember 1917 nachvollziehen. Hindenburg schrieb zu der vom litauischen Landesrat am 1. Dezember verabschiedeten Erklärung (abgedruckt bei Klimas, Petras, Der Werdegang des litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Dargestellt auf Grund amtlicher Dokumente. Berlin 1919, S. 102f.), dass er mit dieser nicht einverstanden sein könne, da völlige Unabhängigkeit nicht die Gewähr biete, dass die Staaten nachher fest an Deutschland „gekettet“ werden könnten, Hindenburg an Hertling zur litauischen Frage, 4. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 57f. Darauf antwortete die Reichsleitung, dass sich die OHL in dem Irrtum befände, dass man noch die Wahl

mehr den Angliederungswünschen der Militärs und setzte sich über die Bedenken der Reichsleitung hinweg,⁴³⁰ so dass das Ziel, halbwegs eigenständige Staatswesen zu schaffen schon hier durch die Anweisung des Monarchen faktisch konterkariert wurde.

Die Parteien der linken Reichstagsmehrheit waren zum Auftakt der Verhandlungen in Brest-Litowsk in einer äußerst schwierigen und unkomfortablen Lage: Natürlich unterstützen sie auf Grund ihrer bisherigen ostpolitischen Positionierung nach wie vor das Prinzip des Verständigungsfriedens, das auch Kühlmann ihnen gegenüber zum wiederholten Male als seine ureigene Handlungsmaxime bestätigte.⁴³¹ Sie erkannten allerdings zugleich, auf welchen massiven Widerstand von Seiten der Militärs und der politischen Rechten der Staatssekretär letztlich bei der praktischen Anwendung dieses Prinzips in Brest traf. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten bat Kühlmann beispielsweise in einer Fraktionsführerbesprechung am 1. Januar 1918 nach der abermaligen Kritik Erzbergers und Scheidemanns an der schleppenden Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes und an der mangelnden demokratischen Legitimation der Landesräte im Baltikum, in dieser Frage um besondere Vertraulichkeit,⁴³² „denn es würde unseren Standpunkt natürlich außerordentlich erschweren, wenn von maßgeblicher parlamentarischer Seite die vorhandenen Lücken in unserer Rüstung in grelles Licht gestellt würden“.⁴³³ Eine solche Aussage mussten von den Parteivertretern als ein Offenbarungseid der zivilen Führung und als eine Gefahr für die eigene politische Glaubwürdigkeit gewertet werden. Denn die reine Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes allein galt natürlich wenig, solange eindeutig ersichtlich war, dass die in den Ländern eingesetzten parlamentarischen Organe Marionet-

hätte, ob annektiert werde oder nicht. Dagegen sei aber von den verfassungsmäßig maßgebenden deutschen Stellen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes festgelegt worden. Alles Weitere müsse man selbstverständlich über die spätere bündnispolitische Bindung der Staaten an das Reich klären, Reichsleitung zur Auffassung der OHL in der litauischen Frage, Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 60f. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 420. Baumgart, Ostpolitik, S. 61f. Petzold, Joachim: Ludendorff oder Kühlmann? In: ZfG 12/5 (1964), S. 817-832. Zu den Motiven Kühlmanns: Ritter: Staatskunst IV, S. 107.

430 Protokoll der Besprechung vom 7. Dezember 1917. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 75-83. Zur Position der Reichsleitung bietet einen guten Überblick die Grundsatzerklärung des Vierbundes über den allgemeinen Frieden vom 27. Dezember 1917. In: ebd., S. 154-156. Ribhegge: Frieden, S. 206f.

431 Sitzung des IFA vom 27. November 1917, IFA I, S. 619. Milatz: Parteien, S. 17f.

432 Fraktionsführerbesprechung vom 1. Januar 1918, IFA II, S. 18-21 und S. 35. Vgl. Hoffmann: Aufzeichnungen II, S. 210f. Wacker: Haltung, S. 71f.

433 Fraktionsführerbesprechung vom 1. Januar 1918, IFA II, S. 20. Ribhegge: Frieden, S. 214-222.

ten der militärischen Besatzungsbehörden waren oder deren Entscheidungen, wie unter anderem die Erklärung der Litauer über ihr künftiges Verhältnis zum Deutschen Reich, einfach ignoriert wurden.⁴³⁴

In dem sich hier eröffnenden Zwiespalt zwischen politischem Anspruch und militärischer Wirklichkeit zeigte sich ganz deutlich das Dilemma der während des Krieges entstandenen doppelten Staatsführung von Reichsleitung und OHL. Zwar klärte Reichskanzler Hertling im Januar 1918 formaljuristisch, nach andauernden Auseinandersetzungen über das Vorgehen im Osten, dass die Verantwortung beim Abschluss der Friedensverhandlungen allein und unteilbar bei der politischen Reichsleitung lag, faktisch aber blieb natürlich der Einfluss Hindenburgs und Ludendorffs gewahrt, die über das Mittel der Rücktrittsdrohung jederzeit beim Kaiser eine Entscheidung in ihrem Sinne erzwingen konnten.⁴³⁵

Andererseits darf trotz dieser offensichtlichen Rückschläge nicht verkannt werden, dass die methodischen Grenzen in denen sich auch die Militärs bewegen mussten, nach der öffentlichen Festlegung auf einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ und der erklärten Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes doch wesentlich enger gezogen waren als es manchmal den Anschein hatte. Dazu trugen wiederum in besonderem Maße die Mehrheitsparteien des Reichstages bei, indem sie wiederholt im Hauptausschuss und bei Fraktionsführerbesprechungen die Reichsleitung mit Nachdruck dazu aufforderten, den von ihr bevorzugten Weg über die demokratische Ausgestaltung der Randstaaten einzuschlagen.⁴³⁶ Somit konnte sich Kühlmann in der Diskussion mit seinen Gegnern in der Staatsführung beständig auf

434 Erzberger erklärte im Hauptausschuss, dass man von den Litauern wisse, dass sie entschlossen seien ein festes Bündnis mit Deutschland einzugehen und dauernde Abmachungen auf den Gebieten Verkehr, Militär, Zoll, Münzen und Recht anstrebten. Dies würde Deutschland vollkommen genügen, denn im Gegensatz zu den Annexionisten wollte Erzberger, dass man Nationalstaat bleibe und nicht fremde Volkssplitter aufnehme; Sitzung des HA vom 3. Januar 1918, HA IV, S. 1832.

435 Ludendorff: Kriegserinnerungen, S. 150. Hoop: Innenpolitik, S. 146-154. Direnberger, Erwin: Die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung von 1914-1918. Berlin 1939, S. 82f. Gies: Hertling, S. 484. Ribhegge: Frieden, S. 249.

436 Scharfe Kritik kam vom „Vorwärts“, der relativ deutlich die Strategie der Reichsleitung und die gegenüber den Randstaaten vollzogene Politik beanstandete, „Vorwärts“ vom 3. Januar 1918. Zitiert nach: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 198-200. Doch bereits am folgenden Tag wurde die Tonlage nach der Sitzung des HA wesentlich moderater und man wies nur noch daraufhin, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und den Randstaaten nach wie vor ungeklärt sei, „Vorwärts“ vom 4. Januar 1918. Zitiert nach: ebd., S. 204.

das Votum des Parlamentes berufen und mit einer gefährlichen Eskalation der innenpolitischen Verhältnisse drohen.⁴³⁷

Es wäre daher verfehlt, den Wert der sich stetig wiederholenden Einwürfe Davids, Scheidemanns, Erzbergers, Fehrenbachs und anderer Mitglieder der Ausschüsse zu niedrig zu bemessen.⁴³⁸ Wenn aus Sicht der Parteien bei den Brester Verhandlungen ein Vertrag entstehen sollte, in dessen Rahmen sich in Zukunft – sofern möglich auch bei einer besseren innenpolitischen Ausgangslage in Deutschland – eine demokratische Ausgestaltung der Randstaaten realisieren ließe, dann musste der Druck bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge aufrechterhalten werden, um ein Höchstmaß an Klauseln unterzubringen, die später im Sinne der Mehrheitspolitik und damit auch im Sinne dieser Staaten ausgelegt werden konnten. Deshalb erinnerten Vertreter von SPD und Zentrum immer wieder an die Vorteile eines schnellen und möglichst dauerhaften Friedens mit Russland und seinen Randvölkern. Sie gaben damit Kühlmann zugleich Munition für die regierungsinterne Auseinandersetzung mit dem nach wie vor oft unbeweglichen Hertling und darüber hinaus natürlich mit den Mitgliedern der OHL.⁴³⁹

Sachlich wurde dabei aus beiden Parteien heraus versucht deutlich zu machen, dass die auf dem Weg der Verständigung geschaffenen Verhältnisse in der machtpolitischen Perspektive – Sicherung des Außenhandels und neuer Absatzmärkte, Schaffung eines Kontinentalblocks gegen England und die Lösung der Ressourcenfrage – den Vorstellungen der Annexionisten weit überlegen waren. Diese böten die einzige Chance in einem sich wandelnden weltpolitisch-ideologischen Umfeld zwischen ame-

437 Exemplarisch bei der Besprechung zwischen Reichsleitung, OHL und Kaiser am 13. Februar 1918 in Homburg. Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S.406.

438 Kaiser: Realpolitik, S. 49. Dagegen sieht Koch die Parteien als ohne gemeinsames Konzept agieren. Seiner Auffassung nach verlieren sich die Parteien in Detailfragen. Koch: Zentrumsfraktion, S. 336. Volkmann: Baltikumpolitik, S. 20.

439 „David: [...] Wir dürfen uns nicht in die Lage bringen lassen, daß es wieder zum Krieg mit Rußland kommt. Es wäre eine Verschüttung der Möglichkeit, nach dem Osten eine neue weltpolitische Situation zu schaffen. Wenn wir mit Rußland zu Rande kommen ist die Entente gesprengt. [...] Da müssen wir auch verlangen, daß der Reichstag bei der Sache beteiligt ist. Scheidemann: [...] Deshalb ist es notwendig, daß wir die Herren nicht alleine arbeiten lassen, sondern dass wir die Forderung nach Mitwirkung des Parlamentes stützen. Wenn die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, muß der Reichstag ja sagen! Wir können nicht nachträglich nein sagen. Deshalb müssen wir vorher mitwirken. [...] Erzberger: Über die meisten Punkte vollständige Zustimmung. Nur das Programm ist noch zweifelhaft. Wir kommen mit ein paar allgemeinen Redensarten nicht weiter.“ Sitzung des IFA vom 20. Dezember 1917, IFA I, S. 632f. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 410.

rikanischem Liberalismus und russischen Sozialismus zu bestehen.⁴⁴⁰ In diesem Sinne bemerkte David:

„Ein freundnachbarliches Verhältnis zu Rußland und den anderen Völkern im Osten bedeute die Auflösung der feindlichen Koalition; das bedeute für uns einen Ausgang des Krieges, wie wir ihn glücklicher gar nicht wünschen können und eröffne für unsere Weltpolitik eine Perspektive von großer Fruchtbarkeit. Die Verständigung zwischen Mittel- und Osteuropa schaffe ein Gegengewicht gegen die großen angelsächsischen Weltimperien. Wenn die alldutsche Presse gegen derartige Grundsätze wüte, so gehe sie dabei von den Gedankengängen vergangener Jahrhunderte aus. [...] Grenzsicherungen seien übrigens beim heutigen Stand der Technik hinfällig!“⁴⁴¹

Die Aussagen der Parteiakteure richteten sich somit nicht gegen die ostpolitischen Konzeptionen der Reichsleitung, sondern sie ergänzten diese in Richtung ihrer praktischen Umsetzung und ihrer möglichst dauerhaften Haltbarkeit gegenüber den Westalliierten sowie den neutralen Staaten. Der Auftrag, den Kühlmann mit nach Brest nehmen konnte, war also, bei Rückendeckung des Parlamentes,⁴⁴² gegenüber den Militärs das Konzept der indirekten Beherrschung durchzusetzen, das nach Ansicht der Parteien auch bei allgemeinen und freien Wahlen funktionieren würde.

6.2.2 Die ukrainische Frage

„Im allgemeinen [sic!] wird die bisherige Haltung der Fraktion bezüglich der Ostfragen gebilligt.“⁴⁴³

Protokoll der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD vom 3. Januar 1918

„Wenn wir uns jetzt auf die Ukraine stürzen, dann heißt es, daß wir Annexionen wollen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gewähren wollen. Wie soll

440 Scheidemann und Ebert wiesen beide auf die Handelsvorteile hin, die ein abgeschlossener Frieden mit Russland mit sich bringen würde, Fraktionsführerbesprechung vom 1. Januar 1918, IFA II, S. 33 und Fraktionsführerbesprechung vom 1. Januar 1918. Ebd., S. 47. Boll: Frieden, S. 241.

441 Sitzung des HA vom 3. Januar 1918, HA IV, S. 1833.

442 Man müsse der Regierung gegen die OHL zur Seite stehen, David in der Sitzung des IFA vom 8. Januar 1918, IFA II, S. 84.

443 Fraktionssitzung vom 3. Januar 1918, Matthias, Reichstagsfraktion II, S. 350.

denn sich überhaupt ein solcher Frieden gestalten? Ein solcher Friede hätte keine Haltbarkeit.“⁴⁴⁴

Matthias Erzberger

Am 1. Januar 1918 erschienen bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zusätzlich zu den bereits anwesenden russischen Unterhändlern auch Vertreter der schon im Sommer 1917 noch unter Kerenski gebildeten, autonomen ukrainischen Regierung (Zentralrada). Die sich mit der staatsrechtlichen Einordnung dieser weiteren Delegation zugleich stellende Frage nach den Realisierungschancen eines selbständigen ukrainischen Nationalstaates gestaltete sich, im Gegensatz zur bisher praktizierten Randstaatenpolitik im Baltikum und in Polen, als deutlich komplexer, da die ethnischen und historischen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland immerhin eine deutlich stärkere Qualität hatten als zwischen Russland und den übrigen Völkern der Westprovinzen. Aus diesem Grund soll hier zunächst ein kurzer historischer Exkurs die Ausgangssituation für die deutsch-ukrainischen Verhandlungen verdeutlichen.

Den ursprünglichen Ausgangspunkt und die Wurzel der ukrainischen Nation bildeten die ostslawischen Völker und Stämme die in der Region um Kiew und Weliki Nowgorod lebten und im 9. Jahrhundert n. Chr. ein Staatsgebilde mit der Bezeichnung „Kiewer Rus“ gründeten. Aus diesem entwickelte sich – nach zwischenzeitlicher Fremdherrschaft mongolischer Reiternomaden über die russischen Fürstentümer – im 12. Jahrhundert zum einen im Nordosten das Großfürstentum Moskau, während zum anderen die im Westen liegenden Gebiete dem Großfürstentum Litauen⁴⁴⁵ eingegliedert wurden. Der Begriff „Ukraine“ bürgerte sich in der Folge, in Abgrenzung zu dem vom Großfürstentum Moskau übernommen Begriff „Russland“, für das umkämpfte und von Kosakenstämmen durchstreifte „Grenzland“ zwischen diesen Fürstentümern ein, das heute in etwa den geographischen Landschaftsbezeichnungen Galizien und Wolhynien entspricht. Nachdem im 17. Jahrhundert kurzfristig ein Kosakenstaat unter dem Hetmanat Bohdan Chmelnyzkyj bestanden hatte, wurden die ukrainischen Gebiete zunächst zwischen Polen und Russland und später, nach den polnischen Teilungen, zwischen Russland und Österreich-Ungarn aufgeteilt.⁴⁴⁶ Bereits

444 Sitzung des IFA vom 4. Januar 1918, IFA II, S. 66.

445 Welches später wiederum durch Personal- und später Realunion mit der polnischen Adelsrepublik ein Teil der gemeinsamen Rzeczpospolita (1569-1795) wurde.

446 Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine. 2. Aufl. München 2000, S. 17. Zum ersten ukrainischen Hetmanat und seiner Bedeutung in der nationalen Identität: Kappeler, Andreas, Ein

vor dem Ersten Weltkrieg hatte es daher eine ukrainische Unabhängigkeitsbewegung gegeben, die speziell in akademischen Kreisen in Deutschland mit Interesse verfolgt wurde.⁴⁴⁷

Indes führte erst der Ausbruch des Weltkrieges zu einer weiterreichenden Anteilnahme an der Situation der Ukrainer und zu einer Internationalisierung der ukrainischen Frage. Während einerseits die Österreicher die Einigungsbestrebungen der ukrainischen Galizier nur als eine Variante des aggressiven russischen Panslawismus sahen, vermuteten andererseits die Russen hinter den Unabhängigkeitsbestrebungen in dem unter ihrer Herrschaft stehenden Landesteil ein Machwerk der deutschen Revolutionstätigkeit, so dass die Bevölkerung beiderseits der Front massiven Repressionen ausgesetzt war.⁴⁴⁸ Erst der Zusammenbruch der russischen Autokratie, so Andreas Kappeler, brachte wieder „eine allgemeine Liberalisierung des politischen und kulturellen Lebens“. Allerdings erhielten die Ukrainer zunächst nicht wie Polen und Finnen das Recht auf nationale Autonomie, da man sie weiterhin als einen festen Bestandteil der russischen Nation betrachtete.⁴⁴⁹

Gleichwohl bildeten sich für die Verantwortlichen in Petrograd recht überraschend bereits kurze Zeit nach der bürgerlichen Revolution in Kiew verschiedene eigene politische Organisationen der Ukrainer. Aus deren Mitte heraus konstituierte sich wiederum die Ukrainische Zentralrada unter der Leitung des Führers der Nationalbewegung, Mychajlo Hruschewskyj,⁴⁵⁰ die nur wenige Wochen später von einem Nationalkongress legitimiert wurde. Die anfängliche Loyalität dieses Gremiums gegenüber Russland verschwand jedoch schon bald im weiteren Verlauf des Jahres 1917 und nach der Machtübernahme der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – die im sozialistischen Spektrum den Menschewiki zuzuordnen war – wurde am 19. Juni 1917 die Autonomie erklärt.⁴⁵¹ Der sich damit abzeichnende Konflikt konnte allerdings im Sommer noch einmal beigelegt werden, indem Petrograd die Kiewer Entscheidung anerkannte und weitreichende staatliche Funktionen abtrat.

„kleines Volk“ von 25 Millionen. Die Ukrainer um 1900. In: Manfred Alexander/ Frank Kämpfer/Andreas Kappeler (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stöckl zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1991, S. 36f.

447 Borowsky: Ukrainepolitik, S. 38f. Zur Kontinuität deutscher Ukrainepolitik vgl. Remer: Ukraine, S. 237.

448 Kappeler: Kleine Geschichte, S. 165f.

449 Ebd., S. 167.

450 Mychajlo Hruschewskyj (1866-1934), Politiker und Aktivist in der ukrainischen Nationalbewegung.

451 Kappeler: Kleine Geschichte, S. 168.

Trotz dieses Kompromisses rissen die Spannungen im weiteren Lauf des Jahres nicht ab und wie überall im Land häuften sich auch in der Ukraine die Agrarrevolten der unzufriedenen bäuerlichen Landbevölkerung. Dieser Umstand zwang die eigentlich gemäßigte Rada immer stärker zu einer Zusammenarbeit mit den örtlichen Bolschewiki, mit denen sie gemeinsam im Verlauf der Oktoberrevolution die Truppen der Provisorischen Regierung vertrieb und am 7. November die Ukrainische Volksrepublik als Teil einer russischen Föderation ausrief.⁴⁵² Die Gefahr einer Abspaltung dieses für jede russische Regierung so wichtigen Kernlandes des ehemaligen Gesamtreiches konnten jedoch auch die ansonsten so konsequent an das Selbstbestimmungsrecht appellierenden Petrograder Sowjets nicht akzeptieren, so dass am 12. Dezember in Charkow eine bolschewistische Gegenregierung zur Rada ausgerufen wurde. Die gemäßigten Kräfte wandten sich daher in der Folge direkt an die Mittelmächte und baten um deren Unterstützung.⁴⁵³

Auf deutscher Seite hatte Wilhelm II. schon im Mai 1917 in seinem persönlichen Kriegszielprogramm eine autonome Ukraine gefordert und diese Forderung mit dem Anliegen verknüpft, das Land später in irgendeiner Form fest an das Deutsche Reich „anzuschließen“. ⁴⁵⁴ Im Juli schlug er dementsprechend vor, die Ukraine „möglichst bald und rasch anzuerkennen“ und ein Bündnis mit ihm zu realisieren.⁴⁵⁵ Als Resultat dieser Bemühungen erhoffte sich der Monarch, wie im Übrigen auch die Reichsleitung und die OHL, die enorme Wirtschaftskraft und die nahezu unerschöpflichen Ressourcen des Landes für die deutsch-österreichisch-ungarische Kriegsführung effektiv abzuschöpfen.⁴⁵⁶ Aus diesen Motiven heraus luden die Mittelmächte bereits am 26. Dezember auch Stellvertreter der Rada zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk ein. Diese entsandten eine Delegation unter der Leitung des Staatssekretärs für Handel und Industrie, Wsewolod Holubowytsch,⁴⁵⁷ die zunächst auch von Trotzki, der in

452 Kappeler: Kleine Geschichte, S. 170f.

453 Ebd., S. 171f.

454 Wilhelm II. an Zimmermann, 13. Mai 1917, AA Bonn, Gr. Hqu. 12, Bd.1. Zitiert nach Borowsky: Ukrainepolitik, S. 44.

455 Schlussbemerkung Wilhelms II. zum Lagebericht Lucius' (Hellmuth Lucius von Stöedten (1869-1935), 1915 Gesandter in Stockholm) an Reichskanzler, 13. Juli 1917, AA Bonn Wk 11a, Bd. 14. Zitiert nach: ebd., S. 44.

456 Über die Dimensionen die dabei zur Disposition standen Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 424f.

457 Wsewolod Holubowytsch (1885-1939), 18. Januar 1918 - 29. April 1918 Premier der Rada-Regierung.

der Zwischenzeit die Verhandlungsleitung übernommen hatte, offiziell als Repräsentant der Ukraine anerkannt wurde.⁴⁵⁸

Das Hauptproblem der zügig aufgenommenen, separaten Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine ergab sich in der Folge aus der irrtümlichen Annahme, dass man auf Seiten der deutschen Diplomaten in Bezug auf die ukrainische Delegation mit der Abordnung eines fertigen Staatswesens rechnete, wie es im 19. Jahrhundert bestanden hatte. Man verkannte allerdings, dass es sich in dem aktuellen Stadium der Staatsbildung noch um eine sich gerade erst konstituierende Volksgruppe handelte. Darüber hinaus unterschätzte man die machtpolitische Schwäche der Rada-Regierung,⁴⁵⁹ die im Land kaum noch über den nötigen Rückhalt verfügte, um zu gegebener Zeit einen Frieden auch wirklich durchzusetzen. Die zunehmende Instabilität der Habsburgermonarchie, die sich in der immer schlechteren Lebensmittelversorgung zeigte, zwang jedoch die Verhandlungsführung der Mittelmächte zu schnellen Ergebnissen, um einerseits die Verhandlungsposition gegenüber den Bolschewiki zu stärken, andererseits aber die Agrarressourcen der Ukraine für Österreich-Ungarn zugänglich zu machen.⁴⁶⁰

Mit zunehmendem Interesse beobachteten unter diesen Umständen auch SPD und Zentrum die Intensivierung der deutsch-ukrainischen Gespräche: Schon ein gutes halbes Jahr zuvor, Anfang Juni 1917, hatte Scheidemann kurz vor dem Anlaufen des Sozialistenkongresses in Stockholm gegenüber dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Hilmar von dem Bussche-Haddenhausen,⁴⁶¹ die bisherigen Ereignisse im Land bewertet und war zu dem Schluss gekommen, „daß es nützlich wäre, wenn wir schon jetzt keinen Zweifel darüber ließen, daß wir Unabhängigkeiten, die sich auf dem russischem Boden staatlich constituieren [*sic!*], unsererseits anerkennen werden.“⁴⁶² In der sozialdemokratischen Führung zeigte sich demzufolge eine grundsätzliche Bereitschaft, die Ukraine ebenfalls in Randstaatenpolitik mit einzubinden.⁴⁶³

Dennoch erfasste man in der Mehrheit durchaus auch die Gefahren einer unüberlegten Expansion über die bisherigen territorialen Ziele hinaus. Karl Trimborn gab im

458 Ritter: Staatskunst, S. 133f. Bihl: Friedensschlüsse, S. 54.

459 Ebd., S. 76f.

460 Ebd., S. 83f. Stevenson: 1914-1918, S. 460.

461 Hilmar von dem Bussche-Haddenhausen (1867-1939). Deutscher Diplomat, von 1916-1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

462 Scheidemann an Bussche, 1. Juni 1917, AA Bonn, Wk 11a, Bd. 13. Zitiert nach: Borowsky: Ukrainepolitik, S. 44.

463 David traf sich bereits am 18. November 1917 mit einer Delegation der neu gegründeten Regierung, Eintragung vom 18. November 1917, David, KTB, S. 258.

Dezember 1917 im Interfraktionellen Ausschuss zu Protokoll, dass eine positive Stellungnahme zur Selbständigkeit der Ukraine einen möglicherweise unüberwindbaren Gegensatz zu „Großrußland“ ergeben könnte.⁴⁶⁴ Ebenso stellte Erzberger heraus, dass, wenn die Russen schon entgegen den Äußerungen der deutschen Regierung die bisher erfolgten, präsumtiven Erklärungen der litauischen, kurländischen und polnischen Landesräte nicht anerkennen würden,⁴⁶⁵ eine darüber hinaus gehende, einseitige deutsche Anerkennung der Ukraine verheerende Auswirkungen haben müsste.⁴⁶⁶

Abseits dieser theoretischen Auseinandersetzung wurde die reale Lage im Land Ende Januar 1918 immer instabiler: Am 29. Januar 1918 besetzten Einheiten der bolschewistischen Charkower Gegenregierung Kiew und standen damit kurz vor der endgültigen Ausschaltung der gemäßigten Rada. Die Mittelmächte, denen natürlich nicht daran gelegen war, den bolschewistischen Verhandlungsblock zu stärken, dachten von hier ab über handfeste militärische „Hilfsmaßnahmen“ nach, um die in Bedrängnis geratene Rada zu stützen. Im Rahmen der sich somit abzeichnenden militärischen Intervention machte Südekum im Interfraktionellen Ausschuss deutlich, dass vor einer Truppenentsendung der deutschen Bevölkerung der Wert der Ukraine durch gut organisierte Pressepropaganda unbedingt klar gemacht werden müsste, um eine Missstimmung durch die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Osten zu verhindern. Der SPD-Abgeordnete zeigte damit, dass man auf Seiten der Mehrheitsparteien bereit war, die Notwendigkeit kriegesischer Maßnahmen in der Ukraine zu

464 Sitzung des IFA vom 20. Dezember 1917, IFA I, S. 639. „Großrußland“ war seit den Sonderverhandlungen der gebräuchliche Begriff für die nicht unter das Selbstbestimmungsrecht fallenden Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches.

465 Grundlagen dieser Probleme waren die zwei aufeinander folgenden Positionspapiere der Mittelmächte vom 25. und 28. Dezember 1917. Letzteres ging davon aus, dass man als Verhandlungsgrundlage die Erklärungen der Randstaaten, die bereits vorlägen, anerkennen würde. Auf die Kritik der Russen hin einigte man sich eine Kommission einzurichten, die diese Frage klären und die Willensbekundungen der Randstaaten auf eine breite Grundlage stellen sollte. Dieses Vorgehen sah Hertling als Sicherheitsventil, um die deutschen Ansprüche durchzusetzen (Hertling an Lersner, 29. Dezember 1917. In: Scherer/Grunewald: *L'Allemange III*, S. 181). In Berlin entstand der Eindruck, als habe die Regierung zur Anerkennung der Erklärungen die Unwahrheit gesagt. Die Versionen vom 25. und 28. Dezember. Ebd., S. 159 und S. 175. Dazu Ebert in der Sitzung der Fraktion am 3. Januar 1918. Matthias: Reichstagsfraktion, S. 349. Ribhegge: Frieden, S. 230.

466 Sitzung des IFA vom 4. Januar 1918, IFA II, S. 66. So später auch Scheidemann, Fraktionsführerbesprechung vom 23. Januar 1918, ebd., S. 151.

akzeptieren, sofern den negativen Auswirkungen in der Öffentlichkeit in ausreichendem Maße entgegengesteuert werden würde.⁴⁶⁷

Neben der ukrainischen Frage standen Mitte Januar 1918 allerdings auch wieder die allgemeinen Fragen des Ostfriedens zur Debatte und hier vor allem die Sorge, dass die zögerliche Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes und der Aufbau der Volksvertretungen in den besetzten Gebieten letztlich zum Nachteil Deutschlands werden könnten. Auf Vorschlag Erzbergers einigte man sich daher auf sieben Leitsätze,⁴⁶⁸ die in erster Linie die Legitimation der Landesräte prüfen, die Übergabe der Militärverwaltung an zivile Stellen vorantreiben und eine enge Bindung der Länder in Zukunft sichern sollten.⁴⁶⁹ Unterstaatssekretär von dem Bussche-Haddenhausen schrieb bei der Übermittlung der gemachten Vorschläge begeistert an Kühlmann:

„Deutschland hätte also [nach dem Plan Erzbergers, Anm. d. Verf.] für eine geraume Zeit nach dem allgemeinen Frieden vollständige Garantien in diesen Gebieten. Durch eine solche Regelung würde völkerrechtlich Deutschland die Gebiete alsbald nach der russischen Demobilisierung räumen können. Es würde aber dann dort bleiben, kraft des deutsch-litauischen, deutsch-kurländischen Militärabkommens. Die Fragen würden also aus dem deutsch-russischen Gegensatz völkerrechtlich vollkommen ausscheiden und würden überführt werden in das deutsch-litauische Ver-

467 Fraktionsführerbesprechung vom 31. Januar 1918, IFA II, S. 181. Südekum und Gustav Stresemann waren später beide Mitglieder der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft, der unter anderem die Großindustriellen Robert Bosch und Carl Duisberg und der spätere Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht angehörten. Bartel, Walter: Die Linke in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin (Ost) 1958, S. 525. Zur deutschen Ukrainepolitik nach 1918 Golczewski, Frank: Zur deutschen Ukraine-Politik 1918-1926. In: Alexander, Manfred/Kämpfer, Frank/Kappeler, Andreas (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stöckl zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1991, S. 119-129. Vgl. Ullrich: Großmacht, S. 590.

468 Die Leitsätze bei Erzberger: Erlebnisse, S. 242f. Ritter: Staatskunst IV, S. 96.

469 Sitzung des IFA vom 18. Januar 1918, IFA II, S. 117f. Dies vor allem, um nun endlich auch den erwarteten Vorteil aus einem zügigen Friedensschluss im Osten ziehen zu können, wie Erzberger festhielt: „Er [Erzberger, Anm. d. Verf.] empfehle, besonders nachdem er von den Vorschlägen der Ukrainer Kenntnis erhalten habe, bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk jetzt in den Vordergrund das Getreideausfuhrmonopol zu stellen, und zwar in der Weise, daß Deutschland bereit sei, alles überschüssige Getreide aus Rußland aufzukaufen und zwar zu einem guten Preis. Damit gewinne Deutschland nicht nur die Bauern in Rußland, welche 75 % der Bevölkerung darstellen, sondern erhalte auch Lebensmittel in Hülle und Fülle, ja, es könne sogar solche an andere Staaten abgeben. Die Freundschaft mit Rußland sei gesichert und der politische Einfluß Deutschlands wachse ungemein.“ IFA II, S. 120. Dieser Analyse stimmte auch Ebert ohne Abstriche zu. Ebd., S. 120.

hältnis. Rußland hätte durch eine solche Lösung erreicht, daß die Okkupation des Landes aufhört, daß die militärische Verwaltung als solche ganz verschwindet. Deutschland seinerseits erzielt den notwendigen Schutz für seine Grenzen und erhält Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den neu sich bildenden Staaten. Alle berechtigten Wünsche sind hierdurch erfüllt.’ Die Abgeordneten baten, dies Ew. Exzellenz mitzuteilen.“⁴⁷⁰

Es boten folglich gerade die von den Mehrheitsparteien beschlossenen Vorschläge die besten Möglichkeiten, das Bethmann Hollwegsche Konzept der indirekten Beherrschung über Wirtschafts- und Militärkonventionen endlich in die Tat umzusetzen. Dies galt auch für eine vollständige Integration der Ukraine in das bekannte Randstaatenkonzept. Auch hier setzte man auf die Realisierung demokratischer Standards, um dann über Verträge das ungeheure ökonomische Potential des Landes für die deutsche Sache nutzbar zu machen. Insbesondere die SPD bekämpfte zwar nach außen den Regierungskurs durch obligatorische Reden, stützte jedoch intern, in den maßgeblichen Ausschüssen, die Ostpolitik des Reichskabinetts.⁴⁷¹

6.2.3 *Der Friedensschluss in der Diskussion*⁴⁷²

„Auch die Sozialdemokraten stellten sich bei aller Kritik der bei den Brester Verhandlungen angewandten Methoden und der im Brester Friedensvertrag vereinbarten Abmachungen über die Randstaaten nicht auf den Standpunkt, daß Deutschland sich an der künftigen Gestaltung der Randstaaten völlig hätte desinteressieren [sic!] können.“⁴⁷³

Karl Helfferich

Nach einer Unterbrechung der Friedensverhandlungen Anfang 1918 kehrten die verschiedenen Delegationen am 8. Januar nach Brest-Litowsk zurück. Die leidenschaftlichsten Debatten entbrannten wie erwartet zur Definition des Selbstbestimmungs-

470 Sitzung des IFA vom 18. Januar 1918, IFA II, S. 121.

471 Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 432.

472 Dass die Parteien entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung den gesamten Vertrag abstimmen durften, sieht Huber als eine der größten Errungenschaften des politischen Drucks der Legislativorgane, die sich eine Mitwirkungskompetenz am Ostfrieden erarbeitet hatten, Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 457.

473 Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Karlsruhe 1919, S. 573.

rechtes. Während die russische Regierung einerseits zwar dringend den Frieden brauchte, um ihre innenpolitisch nach wie vor äußerst fragile Position zu konsolidieren, wollte sie andererseits doch nicht ohne Weiteres vor allem die baltischen Provinzen an das Deutsche Reich abtreten, bzw. ihnen eine fragwürdige Unabhängigkeit gewähren. Für die deutsche Seite hingegen stand fest, dass man zwar bereit war, die Konzession zu machen, in den Ländern die Zusammensetzung der Landesräte erneut abstimmen zu lassen, um die vorliegenden Erklärungen durch die Bevölkerung zu bestätigen, dies allerdings unter der Voraussetzung, dass deutsche Truppen im Land verbleiben würden.⁴⁷⁴ Ein solches Prozedere wiederum konnten die Russen nicht zulassen, da für sie unter den genannten Umständen eine Kontrolle der Wahlergebnisse nur schwer oder gar nicht möglich war.⁴⁷⁵

Somit waren die Verhandlungen an ihrem toten Punkt angelangt. Um den gordischen Knoten zu durchtrennen, führte Generalmajor Hoffmann am 12. Januar im Einvernehmen mit Kühlmann den symbolischen „Faustschlag“ von Brest-Litowsk durch.⁴⁷⁶ Er legte der russischen Delegation eine Karte vor, auf der die Gebiete eingezeichnet waren, die in jedem Fall abzutreten seien, wenn Russland nicht eine Wiederaufnahme des Krieges mit Deutschland provozieren wolle.⁴⁷⁷ Dieser diplomatische Affront führte zur Krise des gesamten Friedensprozesses, der den zukünftigen Weg der Entwicklung sowohl in Russland als auch bei den Mittelmächten prägen sollte. Bei den Bolschewiki stellte sich mit den nun vorgelegten ultimativen Forderungen unmittelbar die Frage, ob die Fortsetzung der Weltrevolution oder die Verteidigung des erreichten Status in Russland nun Vorrang haben sollten. Vorneweg trat Lenin pragmatisch mit einer klaren Akzentsetzung auf die Erhaltung der innenpolitischen Errungenschaften hervor, weil er die Gefahr sah, bei einer erneuten Fortsetzung des Krieges in Kürze die Macht im eigenen Lande an die sich mit Hilfe der Entente reorganisierende Reaktion zu verlieren. Gleichwohl gelang es Trotzki, nach zähem Ringen noch einmal im Zentralkomitee eine Kompromissformel durchzusetzen, die ihn damit beauftragte, gegenüber den Mittelmächten gegebenenfalls einseitig den Kriegszu-

474 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 435.

475 Daneben führten auch die Bolschewiki, zumindest dort, wo sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten, keine Volksabstimmungen durch, weil sie ebenso fürchteten, dass die Ergebnisse nicht in ihrem Sinne sein würden. Stevenson: 1914-1918, S. 457.

476 Wheeler-Bennet: Brest-Litovsk, S. 173. Hoffmann: Aufzeichnungen II, S. 209. Rosenberg: Entstehung, S.192. Hoop: Innenpolitik, S. 168f. Ribhegge: Frieden, S. 234.

477 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 435f.

stand für beendet zu erklären, zugleich aber keinen offiziellen Frieden abzuschließen.⁴⁷⁸

In Deutschland und Österreich-Ungarn waren die Folgen des „Faustschlages“ währenddessen nicht minder folgenreich. Die in Erwartung eines „Brotfriedens“ mit der Ukraine bisher zurückgehaltene, aggressive Stimmung der Arbeitermassen explodierte zunächst im von Nahrungsmittelengpässen schwer geplagten Wien, wo direkt nach Bekanntwerden des Verhandlungsabbruchs erste Hungerstreiks ausbrachen.⁴⁷⁹ Diese griffen schnell auf die gesamte Habsburgermonarchie und schließlich ab Ende Januar auch auf Deutschland über.⁴⁸⁰ In Berlin hatte Kühlmann am 23. Januar 1918 auf einer großen Besprechung mit den Fraktionsführern im Reichskanzlerpalais noch einmal versucht, die auch in den Parteien mittlerweile angespannte Stimmung zu beruhigen, sein Verhalten zu rechtfertigen und auf den eingengten Spielraum seiner Politik durch die Forderungen der OHL hinzuweisen.⁴⁸¹ Ungeachtet dessen war er aber von Erzberger und Scheidemann erneut scharf für seine nachgiebige Haltung gegenüber den Militärs und der Dominanz der OHL in Brest-Litowsk angegriffen worden.⁴⁸² Dies geschah allerdings nach wie vor ohne Androhung nennenswerter Konsequenzen.

Nach der Zwangspause in Folge des Eklats kehrten somit Anfang Februar der Staatssekretär und die übrigen Delegationsteilnehmer nach Brest-Litowsk zurück und nahmen die zwischenzeitlich unterbrochenen Friedensgespräche wieder auf. Die Bolschewiki kündigten zur allgemeinen Überraschung der Konferenzteilnehmer sofort

478 Stevenson: 1914-1918, S. 467. Ribhegge: Frieden, S. 228.

479 Man hoffte auf die Lieferung größerer Mengen Getreide, um die Nahrungsmittelknappheit zu lindern. Der Begriff „Brotfrieden“ stammte unter anderem vom öst.-ungar. Außenminister. Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919, S. 338-340.

480 Der Ausstand hatte insgesamt keinen Einfluss auf die Verhandlungen ins Brest, dies auch weil die in die Streikleitung eingetretenen Sozialdemokraten (Ebert, Scheidemann und Otto Braun) eine baldige Beilegung erreichten, Zarusky, Despotismus, S. 116; charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Aussage Scheidemanns im IFA: „Der Streik selbst sei ihm auch leid. Er hoffe, daß man in Ruhe zusammenstehen könne“. Sitzung des IFA vom 5. Februar 1918, IFA II, S. 197. Eine gute Gesamtanalyse zu den Januarstreiks bietet Rosenfeld, Günther: Sowjetrußland und Deutschland 1917-1922. Köln 1984, S. 209-213. Boll: Frieden, S. 245. Hoop: Innenpolitik, S. 179f. Rosenberg: Ent- stehung, S. 196f. Ritter: Staatskunst IV, S. 157ff. Stevenson: 1914-1918, S. 461.

481 Kühlmann lehnte bei dieser Gelegenheit die Annexionswünsche der OHL als „unverantwortbar“ ab, Fraktionsführerbesprechung vom 23. Januar 1918, IFA II, S. 134-137 und S. 147.

482 Ebd., S. 151 und S. 155. Trotzdem sprach die Mehrheit, inklusive der Nationalliberalen, Kühlmann über eine Botschaft Fehrenbachs de facto das Vertrauen aus; Sitzungen des IFA vom 26. Januar 1918, ebd., S. 171-175. Huber: Verfassungsgeschichte, S. 432.

zu Beginn der Unterredungen an, dass sie augenblicklich – bedingt durch die zeitgleichen Erfolge der Roten Armee in der Ukraine und der Einnahme Kiews Ende Januar 1918 – nicht mehr bereit seien, die bisher akzeptierte Rada-Regierung weiterhin als legitime Vertretung des Landes bei den Gesprächen anzuerkennen.⁴⁸³

Die Mittelmächte setzten daraufhin umgehend ihren schon lange gehegten Plan in die Tat um, die Gewährung militärischer Unterstützung für die bedrängte Rada vom raschen Abschluss eines für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn günstigen ukrainischen Friedens abhängig zu machen. Da sich die Unterhändler der Rada nach den eindringlichen Berichten Trotzki nun faktisch in aussichtloser Lage befanden und nur noch um das Überleben der eigenen Regierung kämpfen konnten, ging diese Rechnung auf und man erreichte somit verhältnismäßig schnell, schon am 9. Februar 1918, die Unterzeichnung des Friedensvertrages.⁴⁸⁴ Nahezu zeitgleich forderte schließlich Generalmajor Hoffmann Trotzki unmissverständlich auf, die vollständige Räumung Livlands und Estlands einzuleiten, wodurch in der Summe innerhalb kürzester Zeit für die Russen der Verlust ihrer gesamten bisherigen Ost- und Schwarzmeerküste, inklusive des ehemaligen Kongresspolens, bevorstand.⁴⁸⁵ In dieser ausweglosen Situation nutzte Trotzki den Spielraum durch den Beschluss des Zentralkomitees und brach am folgenden Tag die Verhandlungen unter Ausgabe der Devise „Kein Krieg, Kein Frieden“ endgültig ab.⁴⁸⁶

In den sich hieran anschließenden internen Beratungen der deutschen Staatsführung beschlossen Reichsleitung und OHL, das augenblickliche Machtvakuum im Osten umgehend zu nutzen, die Abreise Trotzki als eindeutigen Verstoß gegen den Waffenstillstand zu werten und über fingierte Hilferufe aus den Randstaaten, einschließlich der bedrängten Rada-Regierung, den Vormarsch nach Russland hinein wieder aufzunehmen.⁴⁸⁷ Vorrangiges Ziel der Militärs war es dabei, ein schnelles *Fait accompli* und klare Verhältnisse, auch gegenüber den innenpolitischen Gegnern, zu schaffen und zugleich den Bolschewiki die deutschen Friedensbedingungen mit der

483 Trotzki hatte am 28. Januar Vertreter der bolschewistischen Gegenregierung aus Charkow mitgebracht.

484 Bihl: Friedensschlüsse, S. 120-128. Vgl. Ribhegge: Frieden, S. 253.

485 Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 441.

486 Ebd., S. 441.

487 Besprechung zwischen Kaiser, Reichsleitung und OHL in Homburg am 13. Februar 1918. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 408. Baumgart: Ostpolitik, S. 118. Ritter: Staatskunst IV, S. 139ff. Ribhegge: Frieden, S. 254.

vorgehaltenen Waffe in der Hand zu diktieren.⁴⁸⁸ Lenin gelang es in dieser äußerst prekären Situation,⁴⁸⁹ sein bereits bekanntes Votum nun endlich durchzusetzen und mit knapper Mehrheit das Zentralkomitee in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar dazu zu bewegen, dem Frieden gegebenenfalls auch unter den wesentlich schärferen Bedingungen zuzustimmen.⁴⁹⁰ Erst am 26. Februar 1918, also einen Tag nach dem die Russen wieder nach Brest-Litowsk zurückgekehrt waren, erfuhr der Reichstag von den neuen deutschen Forderungen, denen die Russen schließlich am 3. März mittels der Unterzeichnung des Diktates durch Sokolnikow und am 18. März durch dessen Ratifizierung zustimmten.⁴⁹¹

Entsprechend dem hier skizzierten zeitlichen Ablauf der Ereignisse war der Ukrainefrieden als erster Gegenstand der Beratungen im Interfraktionellen Ausschuss und dort bei allen Parteien überwiegend auf Zuspruch gestoßen. Erzberger plädierte mit Hinweis auf eine positive Resonanz im Ausland dafür, dass die Mehrheitsparteien den erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen für sich reklamieren sollten,⁴⁹² wohingegen Trimborn und Scheidemann etwas zurückhaltender formulierten, dass der Frieden zumindest nach den Prinzipien der Mehrheit aufgestellt worden sei.⁴⁹³ Darüber hinaus versuchte Scheidemann bei dieser Gelegenheit noch einmal zu verdeutlichen, dass der Bruch bei den zu diesem Zeitpunkt ja noch laufenden Verhandlungen mit den Bolschewiki von Russland ausgehen würde und man daher Trotzki ruhig „schwatzen lassen“ sollte.⁴⁹⁴ In der sich daran anschließenden Debatte über den Stand der Entwicklung in den Randstaaten merkte Trimborn bei Zustimmung Eberts an, dass man in Litauen und Kurland zwar die demokratische Basis der Landesräte verbreitern müsste, ansonsten aber die Entwicklungen im Osten „ganz gut verlaufen“

488 Protokoll der Besprechung vom 13. Februar 1918. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 403ff. Borowsky: Ukrainepolitik, S. 64.

489 Durch das rasche Vorrücken deutscher Truppen aus dem Baltikum war ein Einmarsch in Petrograd nicht mehr ausgeschlossen. Ritter: Staatskunst IV, S. 143. Ribhegge: Frieden, S. 259.

490 Das genaue Ergebnis bei Bihl: Friedensschlüsse, S. 113.

491 Bihl: Friedensschlüsse, S. 115f. Ritter: Staatskunst IV, S. 144. Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 367.

492 Sitzung des IFA vom 9. Februar 1918, IFA II, S. 210.

493 Ebd., S. 211 und S. 212f.

494 Ebd., S. 214. Beim Bruch durch die Bolschewiki sicherte Ebert der Regierung Unterstützung zu, Aufzeichnungen Deutelmoser über die Besprechung mit Ebert am 26. Januar 1918. In: Der Friede von Brest-Litowsk, S. 436. Petzold: Deutschland, S. 184.

würden.⁴⁹⁵ David fasste die Ergebnisse der Beratungen schließlich im Reichstag wie folgt zusammen:

„In der Ukraine steht offenbar die große Mehrheit der Bevölkerung hinter der heutigen Regierung, die im Gegensatz zu den Bolschewisten eine gemäßigt sozialdemokratische ist, und die Bolschewisten sind dort bei den Wahlen zur Konstituante in einer kümmerlichen Minderheit geblieben. [...] Wenn es notwendig sein sollte, in der Ukraine unsererseits Sicherungen zu treffen, wird man sich auf das äußerste beschränken müssen. In der Ukraine haben wir ein Interesse daran, daß der Frieden, den wir selbstverständlich begrüßen, die Früchte bringt die wir wünschen. [...] Litauen ist ein bäuerliches Land ohne die Voraussetzungen für Industrieentwicklung. Der Wohlstand des Landes kann nur durch die hohe Entwicklung der Bodenkultur aufgeschlossen werden. Das ist nur möglich, wenn die Litauer nach dem Westen einen guten aufnahmefähigen Markt bekommen. [...] [in Livland und Kurland, Anm. d. Verf.] können Verhältnisse geschaffen werden, die durchaus den deutschen Interessen dienen, Verhältnisse, die zugleich auch den Russen es ermöglichen, Ja dazu [zum Frieden, Anm. d. Verf.] zu sagen.“⁴⁹⁶

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Mitte März zusammengestellte Forderungskatalog der Mehrheitsparteien, in dem sämtliche kritischen Punkte in Bezug auf die deutsche Ostpolitik noch einmal erfasst wurden.⁴⁹⁷ Es lässt sich anhand dieser Positionierungen zeigen, dass mit Ansprüchen wie der Umsetzung der Polenproklamation vom November 1916, der vollständigen Unabhängigkeit Litauens und des Selbstbestimmungsrechtes insgesamt, es nicht die Mehrheitsparteien waren, die

495 Sitzung des IFA vom 13. Februar 1918, IFA II, S. 232. Vgl. auch die Anmerkungen Trimborns in der Sitzung vom 9. Februar 1918, ebd., S. 218f.

496 19. Februar 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4011f. Vgl. die Rede Gröbers, ebd., S. 4004f und Fehrenbachs, ebd., S. 4078-4080.

497 Dieser wurde von Fehrenbach im Namen der Mehrheit in einer Fraktionsführerbesprechung mit dem Reichskanzler verlesen: Erstens, das Selbstbestimmungsrecht müsse Richtschnur für den Ostfrieden sein und alle in dieser Hinsicht getroffenen Abmachungen sollten dem Reichstag vorgelegt werden, zweitens, mit Polen sei auf der Grundlage der Proklamation zu verfahren und ein Bündnis herzustellen, dass die Integrität aller beteiligten Staaten sichere, drittens für Litauen gelte, dass nach der vollständigen Unabhängigkeit (Selbstverwaltung) ein ewiges Bündnis mit Deutschland mit Militärkonvention, Zollunion, Verkehrsgemeinschaft und Münzgemeinschaft zu schließen sei, wie es die Litauer gewünscht hätten, viertens die Herzogswürde in Kurland sei zur Zeit nicht zweckmäßig und wenn eine Personalunion zur Debatte stände, müsste dieser in jedem Fall durch den Reichstag zugestimmt werden. Sitzung des IFA vom 13. März 1918, IFA II, S. 310f.

von der bisherigen ostpolitischen Linie abwichen.⁴⁹⁸ Die überwiegende Mehrheit der im Interfraktionellen Ausschuss und im Hauptausschuss erfolgten Aussagen deutete vielmehr darauf hin, dass man nach wie vor die Regierung unterstützte.⁴⁹⁹

In den innerparteilichen Debatten zeigte sich ein ähnliches Bild. Bei den Sozialdemokraten hielt sich die Kritik an den eigenen Vertretern in den beiden Ausschüssen während der gesamten Verhandlungsphase in engen Grenzen, im Gegenteil billigte man vielmehr deren ostpolitischen Kurs. Die Existenz sehr detaillierter, aber dennoch nur vereinzelt auftretender Klagen von Abgeordneten wie Cohen aus den Reihen der „Sozialistischen Monatshefte“ kann damit nicht als repräsentativ für den Diskurs innerhalb der Partei betrachtet werden, dafür aber als Beleg gewertet werden, dass man sich dennoch über die möglichen Alternativen des eingeschlagenen Kurses bewusst war. Dieser stand dessen ungeachtet nie ernsthaft zur Disposition.⁵⁰⁰

In den fraktionsinternen Beratungen zu den beiden Friedensschlüssen bestätigte sich diese Haltung: Mitte Februar standen den Ereignisse folgend zunächst der ukrainische Frieden und die erneut einsetzende Kampagne deutscher Truppen im Osten zur Diskussion. Scheidemann versuchte in seinem Bericht über die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und der Regierung, den zuvor begonnenen deutschen Vormarsch auf Dünaburg zu verteidigen und damit zu rechtfertigen, dass mit dieser Aktion Einheiten der Roten Armee, die bisher in der Ukraine gegen die deutschfreundliche Rada gekämpft hätten, Richtung Norden gezogen werden sollten, um dort den am 9. Februar geschlossenen Frieden durchzusetzen. Estland und Livland, so gab es Scheidemann an seine Kollegen weiter, sollten nach Auskunft der OHL nicht erobert werden.⁵⁰¹

498 Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs im Reichskolonialamt, Wilhelm Solf (1862-1936), der schon zu Beginn der Verhandlungen sämtliche später geäußerte Kritik vorwegnahm, Solf an Hertling, 6. Januar 1917. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 251-254.

499 Ebert: „Daß wir in Litauen einen gewissen Einfluß haben müssen, ist klar; aber man darf ihnen nicht das Staatsoberhaupt einsetzen und die Staatsform diktieren. Vor glatter Annexion müssen wir uns bewahren.“. Sitzung des IFA vom 14. März 1918, IFA II, S. 321. David: „Was Fischbeck sagte, das fällt dadurch hin, daß die Litauer eine Militärkonvention schon im November 1917 machen wollten. Dann sind wir ja Herren im Lande!“ Ebd., S. 324. Vgl. die Beiträge Eberts in der Sitzung des IFA vom 13. März 1917, ebd., S. 310, und Fehrenbachs in der Sitzung des IFA vom 14. März 1918, ebd., S. 315-317. Dagegen Scheidemann am 26. Februar 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4162. Vgl. Ritter: Staatskunst IV, S. 147.

500 Fraktionssitzung vom 9. Februar 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 375-377.

501 Ebd., S. 373.

Mitte Februar hielten sich überdies zwei ukrainische Delegationsmitglieder aus Brest, Serhij Ostapenko und Mikola Levitsikiy,⁵⁰² in Berlin auf, die dem „Vorwärts“ einen aktuellen Bericht zur Lage in der Ukraine erstatteten.⁵⁰³ Beide bestätigten mit ihren Ausführungen das in der Sozialdemokratie vorhandene Gefühl, dass der russische Despotismus auch nach der Oktoberrevolution weiter Bestand hätte und gaben den russischen Unterhändlern die Hauptschuld für das Scheitern der Friedensgespräche. Ferner rechtfertigten Ostapenko und Levitsikiy den begonnen Einsatz deutscher Truppen als Notwehr gegenüber den bolschewistischen „Horden“ und befürworteten in jeder Hinsicht den mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Frieden, der insbesondere für die Arbeiter beider Länder nur Vorteile brächte.⁵⁰⁴ Unter dem frischen Eindruck dieses Interviews und bei der generellen Akzeptanz der menschewistisch geführten Rada wurde die endgültige Unterzeichnung des Vertrages mit der Ukraine und die erneute Aufnahme von Kampfhandlungen im Osten als zustimmungswürdig aufgenommen. Folglich votierte am 22. Februar 1918 die gesamte Fraktion geschlossen für die Annahme des Friedensvertrages.⁵⁰⁵

Doch das grundsätzliche Dilemma der Partei war damit natürlich nicht aufgelöst. Zwar stützte man inhaltlich den Kurs der Regierung, sah aber, dass in der Praxis von deren ursprünglichen Absichten fast nichts mehr übrig blieb. Scheidemann brachte aus auf den Punkt:

„Was jetzt aus Russland geworden ist, das zu erreichen, das war – ich sage es ganz offen heraus –, nicht unsere, der deutschen Sozialdemokratie Absicht.“⁵⁰⁶

Ungeachtet solch kritischer Beiträge und trotz erheblicher Bedenken über die Ausrichtung der deutschen Ostpolitik, bestätigten sich nur einen Monate später, während der Aussprache über die Abstimmung zum russischen Frieden (18./22. März), die bereits zuvor sichtbaren Ansätze, im Zweifel auch einen mit erheblichen Mängeln

502 Serhij Stepanowytsch Ostapenko (1881-1937), Wirtschaftsbeirat der ukrainischen Delegation in Brest, 1919 Präsident des Ministerrates der Ukrainischen Volksrepublik; Mikola Levitsikiy, Mitglied der ukrainischen Zentralrada und Mitunterzeichner des Friedensvertrages vom 9. Februar 1918.

503 „Vorwärts“ vom 19. Februar 1918. Zitiert nach: Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 375f.

504 Fraktionssitzung vom 19. Februar 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 374-376.

505 Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4072. Matthias: Sozialdemokratie, S. 26f. Milatz: Parteien, S. 47f. Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg. München 1987, S. 138.

506 Rede Scheidemanns vom 26. Februar 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4162.

behafteten Abschluss wenigstens nicht offen abzulehnen.⁵⁰⁷ Bei einer starken Minderheit in der SPD-Fraktion, die sich sogar für die Annahme des mit Russland unterzeichneten Vertrages ausgesprochen hatte,⁵⁰⁸ einigte man sich schließlich auf den Kompromissvorschlag des Fraktionsvorstandes, sich beim Votum im Parlament der Stimme zu enthalten.⁵⁰⁹ Scheidemann erklärte zu Haltung der Partei im Reichstag:

„Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrages, bei dem der Reichstag ausgeschlossen war, und mit wesentlichen Teilen seines Inhalts nicht einverstanden erklären. Da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen. Aus diesen Erwägungen werden wir uns der Stimme enthalten.“⁵¹⁰

Der finnische Friedensvertrag wurde dagegen, wie bereits zuvor der ukrainische, sowohl in der Fraktion als auch später im Plenum des Reichstages ohne größere Vorbehalte angenommen.⁵¹¹

Beim Zentrum gestalteten sich währenddessen die Dinge auf Grund der divergierenden Positionen zwischen annexionistischen und verständigungsbereiten Kräften komplizierter. Wie bereits erwähnt, war durch den definitiven Zusammenbruch der Ostfront und die dadurch verbesserte militärische Lage im Frühjahr 1918 die Kriegs-

507 Gradnauer wies bei seinem Plädoyer für die Annahme noch einmal auf die Kontinuität der sozialdemokratischen Ostpolitik seit Kriegsbeginn hin, die darin bestanden hätte die Randvölker zu befreien, Fraktionssitzung vom 22. März 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 391. Boll: Frieden, S. 249.

508 Fraktionssitzungen vom 18. und 22. März. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 386-392. Scheidemann: Zusammenbruch, S. 154. Miller: Burgfrieden, S. 366. Milatz: Parteien, S. 59.

509 Fraktionssitzung vom 22. März 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 392. Moser, Otto von: Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Das Werk der Staatsmänner, Heerführer und Volksführer bei der Entente und bei den Mittelmächten. Stuttgart 1931, S. 246. Zur Forschungskontroverse über die Bewertung des Abstimmungsverhaltens vgl. Meenzen: Weltfriedensforschung, S. 91f [108f]. Boll: Frieden, S. 178 und S. 249. Miller: Burgfrieden, S. 359. Matthias: Sozialdemokratie, S. 27f. Milatz: Parteien, S. 17. Stevenson: 1914-1918, S. 468.

510 22. März 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4536.

511 Ebd., S. 391. Finnland, dass nach den Oktoberwahlen 1917 eine bürgerliche Regierung unter Pehr Evind Svinhufvud (1861-1944) erhalten hatte und sich am 6. Dezember unabhängig erklärte, sollte für Deutschland der „Eckpfeiler des Nordens“ in der Kette von Randstaaten darstellen, die damit vom Nordmeer über das Baltikum, Polen und der Ukraine bis zum Schwarzen Meer gereicht hätte. Obwohl Lenin auf Druck der OHL am 6. Januar die Unabhängigkeit des Landes anerkannte, brachen auch in Finnland im Januar der Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen aus, wobei letztere von deutscher Seite materiell und personell unterstützt wurden. Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 449-454.

zieldebatte innerhalb der Partei wieder offen zu Tage getreten. Der rechte Parteiflügel, versuchte die Friedensresolution endgültig ad acta zu legen und wieder offen zum annexionistischen Kurs der ersten Kriegsjahre zurück zu kehren. Symptomatisch gab die Rede Erzbergers zum nun vorliegenden Vertragstext das bereits oben erwähnte Spannungsverhältnis zwischen den von der Reichsleitung und der OHL befürworteten Methoden wieder, das sich nunmehr auch in der eigenen Partei widerspiegelte. Indem er den vorliegenden Entwurf zwar als grundsätzlich mit der Friedensresolution vereinbar erklärte, zugleich aber für die Zukunft die Aufgabe stellte, dessen Ergebnisse vor jeglicher „Revisionsinstanz“ sicher zu machen, zeigte er in aller Deutlichkeit, dass verschiedene Interpretationen möglich waren, die der von ihm ursprünglich vertretenen Politik entgegen laufen konnten.⁵¹²

Die innerparteilichen Spannungen, die Erzberger dadurch auszugleichen versuchte, lassen sich erneut gut an der Positionierung der die beiden Flügel widerspiegelnden Presseorgane nachvollziehen. Während über den Ukraine-Frieden sowohl in der „KV“ als auch in der „Germania“ keine wesentlichen inhaltlichen Differenzen bestanden, offenbarten sich bei der Diskussion des russischen Friedens klare Unterschiede. Die „KV“ konnte, ihrer unnachgiebigen Linie folgend, die Maßnahmen Generalmajor Hoffmanns und das nach der Abreise Trotzki aufgestellte Ultimatum nur begrüßen, über dessen Inhalt nun „nicht mehr im Sinne eines Verständigungsfriedens verhandelt [wird, Anm. d. Verf.], sondern es wird diktiert.“⁵¹³ Die „Germania“ hingegen befand sich mit ihrer Unterstützung für Erzberger in einer Zwickmühle, da sie bisher immer dem Verständigungsfrieden das Wort geredet hatte und sich nun durch die unerwartet harten Methoden überrascht fühlen musste. Um den Zwiespalt zwischen der eigenen Zielrichtung und der Faktenlage zu überbrücken, hob auch die „Germania“ die eindeutig positiven Artikel des Friedenvertrages hervor:

„Wir brauchen die Vorteile des Friedens für Deutschland nicht zu unterstreichen. Wenn es gelingt, das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland, wie es in Artikel 1 auf dem Papier steht, zu einem wahren und echten zu machen, so eröffnen sich für uns im Osten denkbar günstige Aussichten.“⁵¹⁴

512 27. Februar 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4218. Zu den verschiedenen Strömungen in der Partei vgl. Lutz: Demokratie, S. 63. Zeender: The German Center Party, S. 466f. Kaiser: Realpolitik, S. 49.

513 „KV“ vom 27. Februar 1918, zitiert nach: Heinen: Zentrums Presse, S. 185. vgl. Mai: Ende, S. 137f.

514 „Germania“ vom 5. März 1918, zitiert nach: Heinen: Zentrums Presse, S. 186.

Trotzdem ließen sich die offensichtlichen Widersprüche zwischen dem vormals angestrebten Verständigungsfrieden und der aktuellen Umsetzung nicht verheimlichen:

„Wir haben es wiederholt und noch in den letzten Tagen an dieser Stelle ausgesprochen, daß die loyale Durchführung dieses Selbstbestimmungsrechtes nun die Aufgabe sei, die wir mit allem Geschick und allem Entgegenkommen gegen die Randvölker zu lösen hätten, nicht nur in deren Interesse, sondern vor allem in unserem eigenen; denn allein die Schaffung zufriedener Volksstämme verbürgt die Dauerhaftigkeit des Friedens nach Osten. [...] Der Reichstag, der sich in seiner Friedenspolitik mit der Reichsleitung bisher in so erfreulicher Übereinstimmung befunden hat, wird sicherlich danach fragen müssen, was nun im Osten werden soll.“⁵¹⁵

Über die grundlegenden Defizite des russischen Friedens sah die „Germania“ – wie es viele im Zentrum für sich persönlich genommen auch taten – hinweg, indem sie darauf hinwies, dass „sein Charakter als das Gegenteil eines Machtfriedens durch den Umfang der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes vornehmlich in Erscheinung treten wird.“⁵¹⁶ Durch diese sehr optimistische, an der Zukunft orientierte Auslegung konnten auch die kritischen Stimmen im Zentrum dem Frieden zustimmen.⁵¹⁷ Die Konzeption, ein „liberales‘ Ostimperium“⁵¹⁸ zu schaffen, verband damit die innerparteilichen Differenzen.

Auf diese Weise akzeptierten beide Parteien das Ergebnis von Brest-Litowsk, weil sie im Grundsatz mit der deutschen Ostpolitik weiterhin übereinstimmten und der Vertrag selbst nach wie vor eine demokratische Umgestaltung, so wie man sie ja zugleich auch für die deutsche Innenpolitik anstrebte, möglich erscheinen ließ. An das Deutsche Reich angelehnte, demokratische Randstaaten waren auch SPD und Zentrum in jedem Fall lieber, als eine Rückgabe der Gebiete an das bolschewistische Russland, mit dem man in Zukunft trotzdem zu einer Verständigung zu gelangen glaub-

515 „Germania“ vom 9. März 1918, zitiert nach: Heinen: Zentrumspreste, S. 186. Vgl. die Rede Fehrenbachs am 18. März 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4427-4431.

516 „Germania“ vom 16. März 1918, zitiert nach: Heinen: Zentrumspreste, S. 188.

517 Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumsparlei 1917-1923. Düsseldorf 1966, S. 69. Vgl. Evans, Ellen L.: The German Center Party 1870-1922. A Study in Political Catholicism. Carbondale 1981, S. 210f. Der Vertrag selbst wurde im Reichstag bei Enthaltung der SPD und geschlossener Ablehnung durch die USPD am 22. März 1918 angenommen. Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4536ff. Weitere Bewertungen des Ostfriedens bei Haussmann: Schlaglichter, S. 183f. Hertling: Reichskanzlei, S. 81f. Bredt: Reichstag, S. 336f.

518 Loth: Katholiken, S. 351.

te.⁵¹⁹ Wie schwierig dies jedoch in der Praxis gegenüber den Militärs durchzusetzen sein würde, zeigte sich schnell im weiteren Verlauf des Jahres.⁵²⁰

6.3 Zwischen Siegfrieden und Zusammenbruch

Die Randstaatenpolitik blieb auf Grund der weiterhin mangelhaften Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes auch nach Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk das wichtigste Aktionsfeld von SPD und Zentrum in Fragen der Ostpolitik. Hier konnte und musste man die Defizite, die sich in das Vertragswerk eingefügt hatten, bekämpfen, wenn man den Anspruch eines vor der Weltöffentlichkeit haltbaren, dauerhaften Friedens verwirklichen wollte. Im folgenden Kapitel soll daher zunächst die Entwicklung in dem mittlerweile von Finnland über das Baltikum und Polen bis zur Ukraine verlaufenden Staatengürtel betrachtet werden, um abschließend das Verhältnis zu Russland im Sommer 1918 zu untersuchen.

6.3.1 Die Randstaatenpolitik 1918

„Sie [Litauen und Kurland, Anm. d. Verf.] sollen selbst bestimmen, ob Republik oder Monarchie, sollen auch Monarchen selbst wählen. Wir wollen nicht einen König von Preußen als Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland aufdrängen, damit einige Generäle schöne Posten als Gouverneur bekommen. Das ist klar.“⁵²¹

Konstantin Fehrenbach

„[...] daß man mit einem schlecht verschleierten und schließlich mit einem völlig nackten Machtanspruch über die Randstaaten verfügte, war der verhängnisvolle Feh-

519 David verdeutlichte diese Position in der Reichstagssitzung vom 18. März 1918, in der er erklärte, dass die SPD weder das Zarenreich noch das rote Russland zusammenhalten wollte, sondern es einzig darum ging, dass die Randstaaten auch ohne deutschen Druck ihre Abtrennung angestrebt hätten. Das „territoriale Resultat“ wäre das gleiche gewesen, nur habe man nun eine wesentlich schlechtere Außenwirkung erzielt. Als Lösung strebte David die Verbesserung der Lage in den Randstaaten an, vor allem auch um darüber zu einer Verständigung mit Russland zu gelangen, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4431-4433. Ribhegge: Frieden, S. 266.

520 Milatz: Parteien, S. 55. Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte V, S. 459f. Rosenberg: Entstehung, S. 202.

521 Sitzung des IFA vom 8. Januar 1918, IFA II, S. 80f.

ler. Die ganze psychologische Schwäche einer Politik, die nur mit militärischen Mitteln zu arbeiten versteht, offenbarte sich in diesem Vorgehen.“⁵²²

Eduard David

Die offizielle Polenpolitik der Mittelmächte hatte bis Ende 1917 noch immer keine einheitliche Linie gefunden und bewegte sich auch zu Beginn des folgenden Jahres zwischen den schon seit der Zweikaiserproklamation diskutierten Varianten der austropolnischen und der germanopolnischen Lösung oder der völligen staatlichen Unabhängigkeit des Landes. Ferner stand darüber hinaus weiterhin die Einrichtung eines Grenzstreifens zur Sicherung Preußens zur Debatte.⁵²³ Da eine endgültige Einigung zwischen Berlin und Wien in naher Zukunft keineswegs in Aussicht stand, wurde die innerstaatliche Entwicklung durch die Reichsleitung und Besatzungsbehörden unter Generalgouverneur Beseler nur äußerst zögerliche vorangetrieben.

Diese Hinhaltetaktik von Seiten der Staatsführung musste bei SPD und Zentrum nach der Ratifikation des Brester Friedens eigentlich auf erheblichen Widerstand stoßen, da es nun darum ging, über die Demokratisierung der Randstaaten die Ansprüche von Alldeutschen und Konservativen zu beschränken und die fortschrittlichen Artikel des Vertrages umzusetzen. Um allerdings nicht in einen allzu offenen Gegensatz zur Reichsleitung und der weiterhin äußerst populären OHL zu geraten, schwankten beide Parteien zwischen den Versuchen, einerseits positive Tendenzen in der Entwicklung staatlicher Institutionen (wie etwa der Konstituierung des Regentschaftsrates) zu fördern,⁵²⁴ andererseits aber die weiterhin geplanten Annexionen (wie etwa umfangreicher Teile des auf polnischem Territorium liegenden oberschlesischen Kohlereviere)⁵²⁵ zu verhindern. Überdies begannen Politiker der Mehrheit nach einem Ausweg aus den festgefahrenen Verhandlungen zur Zukunft Polens zu suchen und dessen Eigenstaatlichkeit zu fördern. David und Erzberger setzten sich dabei ausdrücklich für die austropolnische Lösung ein, da der geplante Zollverbund zwischen

522 David: Ostpolitik, S. 488. Vgl. Koester: „Litauen und Kurland - oder auch nur Litauen allein - den Polen auszuliefern, wäre noch ungeheuerlicher, als in den Ostseeprovinzen für ewig das *Herrenrecht* [kursiv im Original] der baltischen Barone über Letten und Esten zu stabilisieren.“ Koester, Adolf: Was soll aus Kurland und Litauen werden? In: Die Glocke 3.2. Heft 27 (1917/18), S. 8.

523 Ritter: Staatskunst IV, S. 200-215.

524 Sitzung des HA vom 3. Januar 1918, HA IV, S. 1831. Basler: Annexionspolitik, S. 87f.

525 Gegen kleinere Grenzberichtigungen hatte Fehrenbach nach wie vor nichts einzuwenden, Sitzung des IFA vom 8. Januar 1918, IFA II, S. 80-82. Widerspruch gegen die weitergehenden Auffassungen Trimborns äußerten Scheidemann, Sitzung des IFA vom 9. Februar 1918, ebd., S. 217 und Erzberger, Sitzung des IFA vom 16. Februar 1918, ebd., S. 245.

einer trialistisch aufgebauten Habsburgermonarchie und dem Deutschen Reich ihrer Auffassung nach zugleich die zuverlässigste Garantie für eine dauerhafte Unterbindung der polnischen Irredenta in Galizien und Preußen sein würde.⁵²⁶

Mitte März 1918 trafen in dieser Hinsicht Abgeordnete von SPD, Zentrum und FVP mit Gesandten der Polen zusammen⁵²⁷ und führten Beratungen über einen koordinierten Vorstoß in der polnischen Frage. Man kam zu dem Ergebnis, dass in gemeinsamen Erklärungen der Reichstagsmehrheit und der verschiedenen in Warschau vertretenen Parteien eine eindeutige Willenskundgebung, adressiert an die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung, für eine zügigere Fortentwicklung des Staatsbildungsprozesses abgegeben werden sollte.⁵²⁸ Der im Hauptausschuss hierzu von der Mehrheit vorgelegte Entwurf sah vor, schon während des Krieges in den alten Grenzen Kongresspolens und auf Basis der Zweikaiserproklamation vom November 1916, einen souveränen Staat zu schaffen und diesen in ein enges Bündnisverhältnis mit dem Deutschen Reich zu setzen.⁵²⁹ Die augenscheinlichen Vorteile der genannten Punkte sahen David und Erzberger darin, dass neben dem wirtschaftlichen und militärischen Pakt mit den Mittelmächten, durch die gegenseitige Festlegung der gemeinsamen Grenzen, zugleich die Integrität des Deutschen Reiches nach Osten dauerhaft gewährleistet sein würde.⁵³⁰

Fehrenbach trug dieses Programm schließlich beim Reichskanzler vor und unterstrich bei seinen Ausführungen die Chancen, die sich aus den abgestimmten Erklärungen des Reichstages und der Polen für das zukünftige Verhältnis beider Völker ergäben. Obwohl Hertling am Ende des Referates vorsichtiges Einvernehmen signalisierte, scheiterte das Mehrheitskonzept umgehend.⁵³¹ Schon am folgenden Tag teilte

526 Erzberger erklärte am 3. Januar 1918 im Hauptausschuss, dass durch den zu schließenden dt.-öst.-ungar. Zollverbund die Wirtschaftsgrenzen auch zwischen dem Deutschen Reich und Polen fallen würden, womit der Hauptgrund für eine Irredenta entfallen würde, Sitzung des vom 3. Januar 1918, HA IV, S. 1832. Vgl. Wacker: Haltung, S. 64 und S. 68.

527 Erzberger, David und Naumann, sowie Adam Ronikier (1881-1952), Präsident des polnischen Wohlfahrtsrates) und Janusz Radziwill (1880-1967), polnischer Reichstagsabgeordneter).

528 Zum Ablauf Scheidemann: Memoiren II, S. 154. Conze sieht in diesen Verhandlungen ein „Ereignis von prinzipieller Bedeutung, sowohl für die dt.-poln. Beziehungen wie für die Geschichte der Parlamentarisierung in Deutschland“. Conze: Polnische Nation, S. 350. Die polnische Erklärung ist abgedruckt bei Scheidemann: Memoiren II, S. 154f.

529 Der Entwurfstext: IFA II, S. 291, Anm.38.

530 Sitzung des IFA vom 12. März 1918, IFA II, S. 297 und S. 298.

531 Besprechung beim Reichskanzler am 12. März 1918, ebd., S. 301f; ein Ausnahme bildete die Polnisch Sozialistische Partei (PPS), die sich aber laut Aussagen Eberts in der SPD-Fraktion am 14.

der Kanzler Fehrenbach überraschend mit, dass er sich nicht die „Pistole auf die Brust“ setzen lasse und gegebenenfalls sogar zurücktreten werde, wenn SPD, Zentrum und FVP auf ihren Forderungen beharrten.⁵³² Die Zurückweisung des Vorstoßes markierte das schnelle Ende der Reichstagsinitiative, auch wenn die Parteien dessen ungeachtet versuchten, einzelne Forderungen, wie etwa die Erweiterung der Selbstverwaltung, weiterhin durchzusetzen.

Die unzweifelhaft von der OHL geforderte Ablehnung der polnischen Souveränität führte den Abgeordneten von SPD und Zentrum noch einmal schonungslos den Konflikt zwischen ziviler Reichsleitung und Militärs vor Augen.⁵³³ Es häufte sich daher im Anschluss die Kritik an Hertling, der offensichtlich nicht mit ausreichendem Nachdruck die Positionen vertrat, für die er von der Reichstagsmehrheit das Vertrauen erhalten hatte, und der es darüber hinaus versäumte, sich in den Kontroversen mit der OHL eindeutig auf das Parlament als Rückhalt seiner Politik zu stützen.

In der polnischen Frage gelang es unter diesen Umständen, weder innerhalb der deutschen Staatsführung, noch in der Auseinandersetzung zwischen der deutschen Außenpolitik und den österreichisch-ungarischen Außenministern Czernin und Stephan Burián,⁵³⁴ eine für alle Beteiligten zufrieden stellende Lösung zu schaffen. Letztlich überholte der Zusammenbruch der beiden Monarchien die Debatte.⁵³⁵ Es zeichnete sich darüber hinaus ab, dass der Plan, im Nachhinein die Defizite des Brester Friedens auszubessern, alles andere als leicht umzusetzen war.

Neben der polnischen Frage war 1918 weiterhin die Baltikumpolitik einer der zentralen Pfeiler der deutschen Ostpolitik. Hier bemühte sich die OHL, gemeinsam mit der Krone und der politischen Rechten, das notwendigerweise in Brest verankerte Selbstbestimmungsrecht soweit als möglich durch eine Kontrolle der in den Ländern geschaffenen Volksvertretungen auszuhebeln. Zu diesem Zweck wurden die Räte angehalten, den freiwilligen Wunsch einer Personalunion mit dem Deutschen Reich zu äußern.

März 1918 einer auf dieser Grundlage gebildeten Regierung neutral gegenüber verhalten würde, Fraktionssitzung vom 14. März 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 383.

532 Sitzung des IFA vom 13. März 1918, IFA II, S. 305f.

533 Sitzung des IFA vom 18. März 1918, ebd., S. 326-331; für das beiderseitige Verhältnis zwischen Deutschen und Polen habe das Einknicken der Regierung und des Parlamentes „blamable Folgen“, resümierte David das letztendliche Scheitern des Vorstoßes, Sitzung des IFA vom 20. März 1918, ebd., S. 339.

534 Stephan Burián von Rajecz (1852-1922), 1915/1916 und 1918 öst.-ungar. Außenminister.

535 Sitzung des IFA vom 20. März 1918, IFA II, S. 328f; vgl. zur Polenpolitik im Sommer 1918. Ritter: Staatskunst IV, S. 292-300.

In dem überwiegend aus baltendeutschem Adel und konservativen Klerikern zusammengesetzten kurländischen Rat gelang dies tatsächlich ohne größere Komplikationen. Am 8. März bot man in Mitau Wilhelm II. die Herzogswürde an, die Hertling im Namen der Reichsleitung umgehend bereit war anzunehmen, sofern die Bundesfürsten dem ebenfalls zustimmen würden.⁵³⁶ Die Mehrheitsparteien hingegen kritisierten den Vorgang. Sie befürchteten eine Ausweitung dieser Verschleierungstaktik auf Litauen, wo allerdings ein renitenter, rein litauisch besetzter Landesrat (Taryba) gleichgerichtete Überlegungen stark erschwerte.⁵³⁷ Hier hatte man sich bereits im Dezember 1917 zwar für die Unabhängigkeit von Russland und für eine enge Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich ausgesprochen,⁵³⁸ lehnte aber die informelle Angliederung an Deutschland durch eine Personalunion strikt ab.⁵³⁹ SPD und Zentrum erkannten daher die Legitimation des Gremiums an und bemühten sich herauszustellen, dass die von den Litauern angebotenen Bündnisverträge eine Garantie für eine dauerhafte zukünftige deutsche Kontrolle böten und so eine Angliederung nicht nur unnötig sondern vielmehr kontraproduktiv sein würde.⁵⁴⁰

Das Vorgehen beider Parteien war somit im Frühjahr und Frühsommer 1918 von dem Bemühen geprägt, der Reichsleitung gegenüber der OHL den Rücken zu stärken

536 Hertling sprach sich am 18. Dezember 1917, vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesfürsten, für die Personalunion aus. Ludendorff: Kriegserinnerungen, S. 69. Basler: Annexionspolitik, S. 253f. Stopinski: Baltikum, S. 67f.

537 Sitzung des IFA vom 11. März 1918, IFA II, S. 286f.

538 Linde, Gerd: Um die Angliederung Kurlands und Litauens. Die deutsche Konzeption für die Zukunft der ehemals russischen Randgebiete vom Sommer 1918. In: JbbGO NF 10 (1962), S. 563.

539 Sitzung des IFA vom 8. Januar 1918, IFA II, S. 80-82. Auch Ebert hielt diese Variante für glatte Annexion, Sitzung des IFA vom 13. Februar 1918, ebd., S. 235. Erzberger im Reichstag am 27. Februar 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4218f.

540 Ebert sprach sich in der Fraktionssitzung am 14. März, während der Diskussion um die verschiedenen Elemente des russischen Friedens, für die Akzeptanz des litauischen Landesrates aus, den er als ein auf breiter Grundlage geschaffenes Gremium, das sich bei allgemeiner Zustimmung durch die Bevölkerung klar für ein nach allen Seiten hin festes Bundesverhältnis zum deutschen Reich mit Militärkonvention, Zollunion, Münzeinheit ausgesprochen habe, bezeichnete, Fraktionssitzung vom 14. März 1918. Matthias: Reichstagsfraktion II, S. 384f; auf die hierzu geäußerte Kritik Cohens, die Landesräte seien ungeachtet der Aussagen Eberts eben nicht auf der Basis breiter, demokratischer Grundlage geschaffen, entgegnete Noske, „daß Cohens Politik darauf hinauslaufe, unter allen Umständen das im Laufe von zwei Jahrhunderten zusammengeraubte und -gepreßte Rußland zusammenzuhalten. Das könne nicht unsere Aufgabe sein. Das Entscheidende sei aber, daß in dem Augenblick, wo wir zurücktreten, eine uns viel unangenehmere Regelung der Ostfragen herbeiführen, als sie jetzt mit unserer Hilfe möglich ist.“ Fraktionssitzung vom 14. März 1918, ebd., S. 385.

und auf einer demokratischen Ausgestaltung der Landesräte zu bestehen.⁵⁴¹ Trotz dieses auf ein einvernehmliches Verhältnis mit den Randvölkern abzielenden Kurses zeigte sich jedoch in diversen Ausführungen von Mehrheitspolitikern auch der Machtanspruch, der mit diesen freiheitlich legitimierten Konzeptionen verbunden war. So bemerkte unter anderem Erzberger bezüglich der zu schließenden Militärkonvention mit Litauen, dass bei Verwirklichung dieses Projektes gegenüber Polen „nur noch“ die Höhen von Wolawa als Sicherung an Preußen anzuschließen sein, um damit Warschau zu beherrschen.⁵⁴² Daneben sprachen sich David wie auch Rechenberg für eine äußerst enge wirtschaftliche Bindung und eine gemeinsame Außenpolitik der neuen Randstaaten mit Deutschland aus.⁵⁴³

Ebenso wie für Polen fasste die Mehrheit beim Reichskanzler Mitte März 1918 auch die Forderungen für das Baltikum zusammen, indem man sich für die vollständige Unabhängigkeit der Staaten, Verbreiterung der Landesräte, die sofortige Einführung einer autonomen Zivilverwaltung und gegen eine Personalunion, schon gar nicht ohne Zustimmung des Reichstages, aussprach.⁵⁴⁴ Auch in dieser Sache zeigte sich Hertling zunächst zu Zugeständnissen bereit. Er erklärte, dass der Landesrat in Kurland bald verbreitert würde, die Lage in Litauen allerdings schwieriger sei als in Kurland, weil die Grenzverhältnisse gegenüber Polen noch nicht geklärt seien.⁵⁴⁵

Trotz dieser Ankündigungen verschleppten sich allerdings auch hier die zugesagten Novellierungen. Bis zum Sommer wiederholten daher SPD und Zentrum ihre Kritik, vor allem an der nicht vollzogenen Transformation der Militär- und Zivilverwaltung.⁵⁴⁶ Da hier allerdings häufig die militärischen Erfordernisse als Argument

541 Vgl. die Stellungnahme Davids, Sitzung des IFA vom 22. Februar 1918, IFA II, S. 279.

542 Sitzung des IFA vom 16. Februar 1918, ebd., S. 247.

543 Sitzung des IFA vom 12. März 1918, ebd., S. 296f; vgl. Sitzung des IFA vom 22. Februar 1918, ebd., S. 278; Sitzung des IFA vom 11. März 1918, ebd., S. 288.

544 Fehrenbach in der Sitzung des IFA vom 12. März 1918, ebd., S. 299f.

545 Besprechung beim Reichskanzler vom 12. März 1918, IFA II, S. 302. Zur Anerkennung Kurlands und Litauens, Ritter: Staatskunst IV, S. 305f. Erzberger entgegnete, dass die Verzögerungen in Litauen nur damit zusammenhingen, dass man auf das Angebot der Krone an den Kaiser warte und machte deutlich, dass die Litauer nicht den deutschen Kaiser sondern einen katholischen Herrscher wollten. Erzberger, Gröber und David waren der Auffassung, dass eine solche Politik Litauen aussichtslos ins Lager der Entente trieb und Erzberger fügte hinzu, das Resultat könnte nur eine Stellungnahme Litauens gegen Deutschland auf einer allgemeinen Friedenskonferenz sein, Besprechung beim Reichskanzler vom 12. März 1918, IFA II, S. 304. Wacker: Haltung, S. 72f.

546 Diese Positionen wurden in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 19. Juni wiederholt, in der der zwischenzeitlich eingesetzte geschäftsführende Verwaltungsbeamte in Litauen, Unterstaatssekretär von Falkenhausen (Friedrich von Falkenhausen, (1868-1929), Unterstaatssek-

gegen eine zügigere Verwirklichung standen, fiel es den Parteien bis zuletzt schwer, ihre Forderungen umzusetzen. Am 11. Juli 1918 konstituierte sich schließlich in Litauen die Taryba nach polnischem Muster als Staatsrat. Sie trug dem württembergischen Herzog von Urach, den Erzberger vorgeschlagen hatte, die Thronkandidatur für die litauische Königskrone an, die dieser allerdings auf Drängen der deutschen Staatsführung nicht annehmen durfte.⁵⁴⁷

Für die beiden bei Russland verbliebenen baltischen Provinzen Estland und Livland, die nach dem Frieden von Brest-Litowsk eigentlich nicht abgetreten, sondern nur durch deutsche Polizeitruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung besetzt werden sollten, plante die OHL in erster Linie einen Zusammenschluss mit Kurland und darüber hinaus in Zukunft eine Vereinigung des gesamten Baltikums mit dem Deutschen Reich.⁵⁴⁸ Den daraus resultierenden Versuchen, die beiden russischen Provinzen nach dem Abschluss des Friedens einseitig anzuerkennen, stemmte sich insbesondere Kühlmann mit dem Hinweis auf die Völkerrechtswidrigkeit eines solchen Aktes entgegen.⁵⁴⁹ Er entwickelte eine Kompromissformel, die auf die allseitige Anerkennung Estlands und Livlands durch Deutschland und Russland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes abzielte.

Eine Strategie, mit der sich der überwiegende Teil der SPD und des linken Flügels des Zentrums anfreunden konnten, während der rechte Flügel und auch der Reichskanzler eher mit den Angliederungsforderungen der OHL sympathisierten. Schließlich plädierte man im Interfraktionellen Ausschuss für die von Kühlmann vorgeschlagene Verhandlungslinie und stellte sich hinter den Staatssekretär.⁵⁵⁰ Tatsächlich

retär im Preußischen Landwirtschaftsministerium, Chef der Militärverwaltung in Litauen) über die Transformation der Militärverwaltung zu einer von Litauern geführten Zivilverwaltung berichtete und dabei allerdings weit hinter den Erwartungen der Mehrheitsparteien zurückblieb. Die einzige Veränderung in der Verwaltung wurde dadurch erreicht, dass nicht mehr der Oberbefehlshaber Ost die oberste Gewalt ausübte, sondern ein „General beim Stabe“, Graf Waldersee, Linde, Kurland und Litauen, S. 564. Volkmann: Baltikumpolitik, S. 13. Lewerenz, Lilli: Die deutsche Politik im Baltikum 1914-1918. Diss. Phil. Hamburg 1959 [maschinenschriftlich], S. 135. Stopinski: Baltikum, S. 50f.

547 Man zweifelte an dessen Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Litauern. Erzberger: Erlebnisse, S. 186f und S. 191f. Evans: Center Party, S. 211. Epstein: Erzberger, S. 265. Basler: Annexionspolitik, S. 304-307.

548 Ritter: Staatskunst, S. 301f. Volkmann: Baltikumpolitik, S. 163. Basler: Annexionspolitik, S. 322-326. Stopinski: Baltikum, S. 70f.

549 Ebd., S. 73f. Volkmann: Baltikumpolitik, S. 162.

550 Sitzung des IFA vom 19. Juni 1918, IFA II, S. 379-409 und Sitzung vom 6. Juli 1918, ebd., S. 421-443.

einigte man sich im Verlauf des Sommers im Zuge der unten noch zu besprechenden Ergänzungsverträge zwischen dem Deutschen Reich und Russland auf eine beiderseitige Anerkennung der „Selbständigkeit“ Livlands und Estlands.⁵⁵¹

Einen weiteren Brennpunkt stellte im Frühjahr und Sommer 1918 die Lage in der Ukraine dar. Nach der Besetzung großer Teile des Landes durch deutsche Truppen, war es dort nach Auseinandersetzungen über die in Brest-Litowsk ausgehandelten Lebensmittellieferungen zum Eklat zwischen der gestützten Rada-Regierung und den deutschen Okkupationsbehörden gekommen. Der Oberkommandierende der Heeresgruppe Kiew, Generalfeldmarschall Hermann von Eichhorn,⁵⁵² hatte daraufhin am 5. April den so genannten „Feldbestellungsbefehl“ erlassen, dessen Hauptpunkt darin bestand, dass ab sofort jedem Bauern jene Ernte gehören würde, die er selbst ausgesät hatte, und dies unabhängig von den tatsächlichen Besitzverhältnissen. Man erwartete von Seiten der Mittelmächte mit dieser Maßnahme endlich die bisher zurückgehaltenen Saatgutbestände auf die Felder zu bringen und die Getreideproduktion zu erhöhen. Dazu hatten sich bis dato viele Bauern auf Grund der unsicheren Situation im Land nicht eingelassen.⁵⁵³

Dieser Eingriff in die Souveränität des Landes führte postwendend zum Konflikt mit der Rada, die schließlich am 29. April auf Befehl Eichhorns während einer offiziellen Kabinettsitzung einfach verhaftet wurde. Im Anschluss an diese Aktion erkannte der deutsche Kommandeur den ehemaligen Zarengeneral und Großgrundbesitzer Pawl Skoropadskyj, der sich zeitgleich selbst zum Hetman der Ukraine ausgerufen hatte, als neues Staatsoberhaupt an. Skoropadskyj hatte sich zuvor gegenüber Generalleutnant Wilhelm Groener⁵⁵⁴ verpflichtet, mit Deutschland ausgehandelten Besatzungsbedingungen und den noch kurz zuvor mit der Rada abgeschlossenen erweiterten Wirtschaftsvertrag penibel zu erfüllen.⁵⁵⁵

Dieses eindeutig rechtswidrige Vorgehen der deutschen Militärbehörden löste bei den Vertretern der Mehrheitsparteien scharfen Protest aus. Vizekanzler Payer versuchte zwar im Hauptausschuss die aufgewühlte Stimmung zu beruhigen und die

551 Faktisch sollten auch diese Territorien weiterhin dem Deutschen Reich angegliedert werden. Baumgart: Ostpolitik, S. 261.

552 Emil Gottfried Hermann von Eichhorn (1848-1918), Generalfeldmarschall, 1918 Kommandeur der Heeresgruppe Kiew.

553 Borowsky: Ukrainepolitik, S. 97f.

554 Wilhelm Groener (1867-1939), Generalstabchef der Heeresgruppe Kiew, später nach dem Ausscheiden Ludendorffs Erster Generalquartiermeister. Baumgart: Ostpolitik, S. 127.

555 Ritter: Staatskunst, S. 340f.

unglückliche Verhaftung der Rada-Regierung vor den Abgeordneten herunterzuspielen,⁵⁵⁶ dies allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Vielmehr erwiderten Scheidemann und Erzberger, dass eine derart mangelhafte Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes, die sich in dem aktuellen Affront erneut widerspiegele, letztlich die Ukraine und die anderen Randstaaten zurück in die Arme Russlands treiben müsse.⁵⁵⁷ Sie appellierten daher an die Vernunft der Reichsleitung, den von Bethmann Hollweg und dem Auswärtigen Amt eingeschlagenen Weg endlich konsequent umzusetzen und damit ein sich abzeichnendes Scheitern in der Ukraine zu verhindern.⁵⁵⁸ Weder die militärische noch die politische Führung reagierten jedoch auf diese Kritik, so dass bis zum Ende des Krieges die Regierung Skoropadskyj einzig und allein durch deutsche Bajonette gestützt wurde.⁵⁵⁹ Damit erfüllten auch die erpressten Agrarexporte nie auch nur im Ansatz die Erwartungen der Mittelmächte.⁵⁶⁰

Zuletzt zeigten auch die deutschen Aktivitäten in Finnland, wo man in dem nach der Vertreibung der bürgerlichen Regierung Svinhufvud andauernden Bürgerkrieg für die Reaktion Partei ergriffen hatte, dass die militärischen Optionen nach Abschluss der Friedensverträge gegenüber den politischen Konzeptionen die Oberhand gewonnen hatten.⁵⁶¹ Ungeachtet der Tatsache, dass sogar der Oberkommandierende der bürgerlichen Formationen, General Carl Mannerheim,⁵⁶² keine personelle Unter-

556 Sitzung des HA vom 4. Mai 1918, HA IV, S. 2126f. Sitzung des IFA vom 19. Juni 1918, IFA II, S. 403-405.

557 Sitzung des HA vom 4. Mai 1918, HA IV, S. 2127f. So auch Noske vier Tage später, Sitzung des HA vom 8. Mai 1918, ebd., S. 2139. Laut Borowsky teilte das Auswärtige Amt die Sorge Scheidemanns und Erzbergers. Borowsky: Ukrainepolitik, S. 124. Vgl. Epstein: Erzberger, S. 267f.

558 Scheidemann und Erzberger waren sich nach wie vor darin einig, dass die Herauslösung der Randstaaten aus dem „Riesenkoloß Rußland“ (Erzberger) „von Finnland bis zum Schwarzen Meer“ (Scheidemann) und deren demokratische Ausgestaltung die beste Sicherheit nach Osten bieten würde, zumal die russische Regierung selbst das Selbstbestimmungsrecht proklamiert hätte, Sitzung des HA vom 8. Mai 1918, in HA IV, S. 2141f.

559 Vgl. Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Band I. Stuttgart 1947, S. 413.

560 Stellungnahme Eberts, Sitzung des IFA vom 12. September 1918, IFA II, S. 523f. Haussmann: Schlaglichter, S. 194. Baumgart: Ostpolitik, S. 128f. Im Oktober erarbeiteten Südekum und Rudolf Nadolny (1873-1953), Geheimer Legationsrat im AA, gemeinsam einen Programmentwurf zu einer zukünftigen Ukrainepolitik. Die Auffassung des SPD-Abgeordneten war dabei mit der Paul Rohrbachs (1869-1956) fast identisch. Auch er forderte eine Bauernpolitik, die sich in gleicher Weise gegen den polnischen Großgrundbesitz wie die „Moskowiter“ und ihren Anhang im Lande richten sollte. Borowsky: Ukrainepolitik, S. 273f.

561 Vgl. dazu auch den Artikel Janssons in der Glocke. Jansson, Wilhelm: Das selbständige Finnland. In: Die Glocke 3.2. Heft 40 (1917/18), S. 533-540. Baumgart: Ostpolitik, S. 70f.

562 Carl Gustav Emil Mannerheim (1867-1951), General und späterer finnischer Staatspräsident.

stützung durch deutsche Truppen wollte und eine offene Intervention ablehnte, war am 12. April in Helsingfors (Helsinki) eine deutsche Flottille gelandet, der es anschließend gemeinsam mit weißfinnischen Einheiten schon Anfang Mai gelang, die lokalen Bolschewiki und andere sozialistische Gruppen entscheidend zu schlagen, womit die eigentlichen Kampfhandlungen beendet waren.⁵⁶³ Auch für Finnland plante die deutsche Staatsführung ab diesem Zeitpunkt die Einsetzung eines deutschen Fürsten als Staatsoberhaupt und führte im Sommer 1918 entsprechende Sondierungsgespräche.⁵⁶⁴ Dagegen sprachen sich SPD und Zentrum mit Nachdruck für die Räumung des Landes aus.⁵⁶⁵ Nachdem sich allerdings die Lage im Land selbst beruhigt hatte, versuchte man bis zum deutschen Zusammenbruch im November 1918 vor allem die dynastischen Pläne von OHL und Teilen der Reichsleitung zu verhindern.⁵⁶⁶

Im Ergebnis gelang es damit den Mehrheitsparteien nach Abschluss der Friedensverträge von Brest-Litowsk nicht wie erhofft, die positiven Ansätze des Vertragswerkes in die Praxis umzusetzen. Die bis zuletzt schwankende Haltung des Reichskanzlers und die von der OHL immer wieder beschworenen „militärischen Erfordernisse“ in Anbetracht der zeitgleich ablaufenden Westoffensive, hinderten die Mehrheit daran den notwendigen Druck auszuüben. Ihr Minimalziel blieb damit bis zum Abschluss eines allgemeinen Friedens, negative Festlegungen in den Randstaaten zu verhindern, um in einer stärker durch politische denn durch militärische Entscheidungen geprägten Atmosphäre letztlich doch die eigenen ostpolitischen Konzeptionen durchzusetzen.⁵⁶⁷

563 Sitzung des IFA vom 11. März 1918, IFA II, S. 288f. Ritter: Staatskunst IV, S. 332-334.

564 Stevenson: 1914-1918, S. 469.

565 Sitzung des HA vom 20. März 1918, HA IV, S. 2069. Bereits am 16. März war Svinhufvud bei einem Besuch in Berlin auch vor dem Interfraktionellen Ausschuss aufgetreten und nach Angaben Davids in seinem Kriegstagebuch heftig mit den SPD-Abgeordneten aneinander geraten. Eintragung vom 16. März 1918, David, KTB, S. 271. David versuchte die Reichsleitung dazu zu bewegen, die Intervention zugunsten der bürgerlichen Regierung zu beenden und ebenfalls mit den Sozialisten Frieden zu schließen, IFA II, S. 309. Ebert hingegen wollte sich auch mit einer Koalitionsregierung zufrieden geben, Sitzung des IFA vom 14. März 1918, ebd., S. 321.

566 Zu den Plänen Ludendorffs: Ritter: Staatskunst, S. 336f. David in der Sitzung des IFA vom 15. September 1918, IFA II, S. 596f und in der Sitzung des HA vom 25. September 1918, HA IV, S. 2306.

567 Südekum zur Lage im Osten im September 1918: „Für uns kommt es darauf an, die beiden Flankenstellungen, die uns der Waffenerfolg im Osten brachte, zu sichern: Finnland auf der einen Seite, die Ukraine auf der anderen. Wäre unsere Stellung in beiden Ländern wirklich unangefochten und unanfechtbar, dann könnten wir die zwischen ihnen liegenden Staaten, auch das sonst unbequeme Polen, mit sehr leichter Hand und mit sehr weitgehendem Entgegenkommen an die eingeborene Bevölkerung behandeln. Auf keinen Fall darf das bisherige Spiel weitergehen, daß sich

6.3.2 Die Ergänzungsverträge und das Verhältnis zu Russland

„Zudem ist [sic!] weder England noch die amerikanische Union imstande, Rußland jene Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen abzunehmen, die es vor dem Krieg nach Deutschland lieferte und für die es nach dem Krieg noch einen weit besseren Absatzmarkt bieten wird als früher.“⁵⁶⁸

Heinrich Cunow

„Wegen des heutigen Vorwärts-Artikels über die deutsch-russischen Zusatzverträge habe ich vorhin den Reichstagsabgeordneten Ebert telephonisch angerufen und von ihm die vertrauliche Zusage erhalten, daß er bemüht sein wolle, mildernd auf die Haltung des Vorwärts gegenüber unserer Ostpolitik einzuwirken“⁵⁶⁹

*Wilhelm von Radowitz*⁵⁷⁰

Der Frieden von Brest-Litowsk war für jene Teile der deutschen Staatsführung, die im Frühjahr und Sommer 1918 am Kurs Bethmann Hollwegs festhielten, in jeder Hinsicht der Garant für den Sieg; einmal im Westen, wo die freiwerdenden Truppen den Durchbruch durch die Linien der Entente erzielen sollten sowie im Osten, wo mit Hilfe der Randstaaten eine deutsche Hegemonialstellung zementiert werden sollte. Allen voran Kühlmann,⁵⁷¹ aber auch dessen Nachfolger Admiral Paul von Hintze,⁵⁷² lehnten daher eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Russlands ab, weil sie

deutsche Dynastien darum zanken, welcher von ihren Prinzen in den verschiedenen Randstaaten zum Fürsten ausgerufen werden solle. Notwendig ist demnach zunächst eine Regelung der ukrainischen Verhältnisse. Es ist ein verhängnisvoller Fehler der deutschen Politik, sich mit dem ukrainischen Operetten-Hetman allzusehr [sic!] einzulassen und namentlich seine Politik der Großgrundbesitzer zu unterstützen oder gar selbst zu betreiben. Bei drohender Gefahr eines allgemeinen ukrainischen Aufstandes ist schleunige Änderung [sic!] der dortigen deutschen Politik dringend zu empfehlen.“ Denkschrift Südekum, IFA II, S. 486

568 Cunow, Heinrich: Nach Westen oder nach Osten? In: Die Glocke 3.1. Heft 13 (1917/18), S. 488f. Vgl. Heilmann, Ernst: Der Annexionskomplex. In: Die Glocke 3.2. Heft 50 (1917/18), S. 851f.

569 Aufzeichnung über telephonische Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert am 30. August 1918. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 765.

570 Wilhelm von Radowitz (1875-1939), Chef der Reichskanzlei November 1917 bis Oktober 1918.

571 Zusammenfassung bei Baumgart: Ostpolitik, S. 73-78.

572 Ebd., S. 88. Darlegungen vor dem Bundesratsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten am 2. September 1918. In: Stern, Auswirkungen, S. 1516f und vor dem HA am 24. September 1918, HA IV, S. 2300f. Linke, Horst-Günther: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen bis Rapallo. Köln 1970, S. 14. Zur (schwachen) Stellung des Bundesratsausschusses vgl. Weber: Politik im Weltkrieg, S. 526.

befürchteten, dass der Sturz der Bolschewiki die ausgehandelten Vereinbarungen annullieren und die gesamte Ostpolitik zum Einsturz bringen könnte.⁵⁷³

Diese Sorgen interessierte indes die sich in ihren machtpolitischen Ideen immer mehr überschlagende OHL nur wenig. Der nach dem Scheitern der Verhandlungen Ende Februar, Anfang März 1918 wieder aufgenommene Vormarsch deutscher Truppen im Osten wurde nicht mit der Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk beendet, sondern im Süden bis zur Besetzung der Krim, der Eroberung Charkows, des Donezbeckens mit seinen bedeutenden Kohle- und Erzvorkommen, und später im April/Mai bis Rostow am Don fortgesetzt. Auf der Krim hatte sich im Sommer 1917 eine „tatarische Regierung“ gebildet, die zunächst von den Bolschewiki gestürzt, letztlich aber im Frühjahr 1918 gegen den ausdrücklichen Wunsch des Auswärtigen Amtes mit deutscher Hilfe von der Ukraine aus wieder hergestellt wurde.⁵⁷⁴ In einer Besprechung zwischen Reichsleitung und OHL im Großen Hauptquartier erkundigte sich Hertling, welche Absichten man überhaupt auf der Krim verfolge. Er erhielt dazu die Antwort Ludendorffs, dass man zu gegebener Zeit im Auswärtigen Amt anfragen werde, welche offizielle Stellung dort eingenommen werden sollte.⁵⁷⁵ Zumindest erreichte Kühlmann, dass der General bei dieser Gelegenheit zusicherte, dass nun der Punkt erreicht sei, an dem die deutschen Operationen in Russland ein Ende hätten.⁵⁷⁶ Trotzdem blieb das Ziel Ludendorffs, ein von Russland eigenständiges Staatengebilde „Krim-Taurien“ zu schaffen, das in einem Bund – gegebenenfalls unter Einschluss Georgiens – mit der Ukraine vereinigt werden sollte.⁵⁷⁷

Die OHL bewegte sich auf diese Weise im Laufe des Jahres 1918 immer stärker auf einem anti-bolschewistischen Kurs, der sich durch die finanzielle und materielle Unterstützung reaktionärer Kräfte wie der Donkosaken weiter verfestigte.⁵⁷⁸ Zeitgleich versuchte dagegen das Auswärtige Amt, die Beziehungen zur Sowjetregierung zu verbessern und den labilen Friedenszustand, den der Brester Vertrag geschaffen

573 Ritter: Staatskunst IV, S. 318f.

574 Kielmansegg: Weltkrieg, S. 616. Stevenson: 1914-1918, S. 470.

575 Als Begründung führten die Militärs an, man müsse den Seehafen Sewastopol zusammen mit der dort stationierten russischen Schwarzmeerflotte in deutsche Hand bringen, um die Sicherheit des Seeverkehrs auf dem Schwarzen Meer garantieren zu können, Ritter, Staatskunst IV, S. 346f.

576 Besprechung zwischen Reichsleitung und OHL in Spa am 13. Mai 1918. In: Scherer/Grunewald: L'Allemagne IV, S. 168. Linke: Beziehungen, S. 12.

577 Die deutsche Kaukasuspolitik bei Baumgart: Ostpolitik, S. 174ff.

578 Besprechung zwischen Reichsleitung und OHL in Spa am 2. Juli 1918. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 679. Linke: Beziehungen, S. 13. Kielmansegg: Weltkrieg, S. 620.

hatte, zu untermauern. Die Chance, erstmals ein wirkliches Rapprochement zu erzeugen, ergab sich dabei aus der für Deutsche und Bolschewiki gleichermaßen gefährlichen Landung von Entente-Truppen an der Murmannküste, am Kaspischen Meer und am Asowschen Meer, deren Ziel es war, eine neue Ostfront gegen die Mittelmächte aufzubauen und zugleich die Kräfte der Reaktion in Russland wieder an die Macht zu bringen.⁵⁷⁹

Sich mit Deutschland zu arrangieren erschien in dieser schwierigen Lage somit auch für die Sowjets als ein Gebot der Selbstbehauptung.⁵⁸⁰ Vor allem die Gebiete beiderseits des Kaukasus und am Don, die entweder unter deutscher Kontrolle standen oder durch den deutschen Vormarsch von Moskau abgeschnitten, und deren Rohstoffe nach dem Verlust der Ukraine für Russland lebenswichtig waren, konnten nur durch gütlichen Ausgleich mit Deutschland wieder gewonnen werden. Schließlich legten auch wirtschaftliche Interessen, wie die Absicht, den Außenhandel wieder zu beleben, und die dringende Hoffnung, an den ukrainischen Getreideexporten beteiligt zu werden, es nahe, sich um eine Arrangement mit Deutschland zu bemühen.⁵⁸¹

Zuletzt waren es die Aussichten auf mögliche Handelsvorteile – neben der angestrebten Anerkennung Livlands und Estlands – die auch Berlin dazu veranlassten, erneut auf Verhandlungen zu setzten. Bevor es jedoch so weit kommen konnte, verstärkten sich zunächst die Differenzen zwischen ziviler und militärischer Führung. Am 24. Juni 1918 hatte sich Kühlmann in einer auf negativen Informationen der OHL zur Kriegslage beruhenden Rede, erstmals vorsichtig für die Notwendigkeit eines Verhandlungsfriedens mit den Westalliierten ausgesprochen.⁵⁸² Er löste damit allerdings im rechten politischen Spektrum und bei den Militärs einen Sturm der Entrüstung aus, der schließlich zu seiner Entlassung führte.⁵⁸³ Daher fehlte bei den ersten

579 Kielmansegg: Weltkrieg, S. 612.

580 Dies erkannte auch Lenin, der mit der Annullierung der Auslandsschulden des Zarenreiches eine Art demonstrativer Abkehr von den Westmächten vollzog, ebd., S. 625.

581 Vor allem in Österreich-Ungarn spitze sich die Nahrungsmittelkrise zu, Krummacher, Friedrich A./Lange, Helmut: Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa. München/Esslingen 1970, S. 47f.

582 Verhandlungen des Reichstages, Band 313, S. 5604-5612; die entscheidende Passage lautete: „Ohne [...] Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“ Ebd., S. 5611f.

583 Kühlmann, Richard von: Erinnerungen. Heidelberg 1948, S. 579f. Baumgart: Ostpolitik, S. 87f. Moser: Gewalten, S. 257. Hoop: Innenpolitik, S. 162-165 und S. 184. Rosenberg: Entstehung, S. 211.

Sondierungen zwischen der Reichsleitung und der OHL zur Wiederaufnahme der Verhandlungen Anfang Juli im belgischen Spa das Gewicht des Staatssekretärs für ein Abkommen mit den Russen.⁵⁸⁴

Erst unter dessen Nachfolger Hintze, der als ehemaliger Militärbevollmächtigter in St. Petersburg als Russlandkenner galt, gelang es, sowohl Kaiser Wilhelm II. als auch die OHL für den Gedanken einer weiteren Zusammenarbeit mit den Bolschewiki zu gewinnen.⁵⁸⁵ Auf dieser Grundlage trat man letztlich in Verhandlungen mit den Russen ein, die am 27. August 1918 ihren Abschluss in den so genannten „Ergänzungs-“ oder „Zusatzverträgen“ fanden.⁵⁸⁶ Vor allem die Rückschläge an der Westfront hatten dabei Ludendorff in seinen zuvor weitreichenden Forderungen in Südrussland beschränkt und so eine Übereinkunft erst ermöglicht.⁵⁸⁷ Inhaltlich erkannte Russland die Loslösung Livlands und Estlands sowie ferner die Selbständigkeit Georgiens als endgültig an. Dafür versprach Deutschland die neuen Grenzen zu achten, die besetzten Gebiete jenseits der Grenze zu räumen und keine Abspaltungsbewegungen mehr zu unterstützen. Darüber hinaus sagte man von deutscher Seite zu, das türkische Vordringen im Kaukasus aufzuhalten und Konstantinopel dazu zu bewegen, das bereits besetzte, ölreiche Baku wieder frei zugeben. Finanziell wurden Russland Sonderzahlungen zum Ausgleich deutschen Privatvermögens aufgelastet, die den in Brest aufgestellten Grundsatz „keine Kontributionen“ ad absurdum führten. Nur die bedrohliche Lage der Bolschewiki einerseits und die zugleich mitschwingende Hoffnung eines deutschen Zusammenbruchs andererseits konnten letztlich die Unterzeichnung der Vereinbarung durch die Russen erklären.⁵⁸⁸

Bei SPD und Zentrum stießen die umfangreichen Planungen der OHL auf deutlichen Widerspruch. Im Reichstag konstatierte Gröber zwar noch „völlige Übereinstimmung“ zwischen der Regierung und der Mehrheit in Fragen der Ostpolitik,⁵⁸⁹ kritisierte aber zugleich die Lage im Baltikum und dort insbesondere in Litauen. David dagegen, der nachfolgend sprach, ging über die Äußerungen Gröbers hinaus und erklärte die gesamte Ostpolitik in den Randstaaten für gescheitert. Besonders in der

584 Besprechung zwischen Reichsleitung und OHL in Spa vom 2. Juli 1918. In: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 685.

585 Borowsky: Ukrainepolitik, S. 147.

586 Rosenfeld: Sowjetrussland, S. 123. Die wichtigsten Bestimmungen bei Linke: Beziehungen, S. 14f. Stevenson: 1914-1918, S. 513.

587 Linke: Beziehungen, S. 14.

588 Kielmansegg: Weltkrieg, S. 627.

589 24. Juni 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 313, S. 5612.

Ukraine und Finnland habe die militärische Führung eindeutig mit der Reaktion paktiert.⁵⁹⁰

Im Interfraktionellen Ausschuss stellten die Sozialdemokraten Anfang Juli sogar ihre Mitarbeit in Frage. Scheidemann beklagte sich bitter über die Situation in der deutschen Staatsführung und erklärte, dass man in der SPD mittlerweile offen gegen Hertling stehe. Darüber hinaus habe sich Kühlmann, wie durch die Ausrufung des Krimstaates sichtbar geworden sei, nicht gegen die OHL durchsetzen können.⁵⁹¹ Während der SPD-Abgeordnete deutlich davor warnte, dass bei den Arbeitermassen der Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht nicht mehr erstgenommen würde und Streiks drohten, versuchte sein Fraktionskollege Ebert die Lage zu entspannen. Er erklärte, dass man von Seiten der Sozialdemokraten die Regierung nicht stürzen, wohl aber deren „Sicht schärfen“ werde. Erzberger begrüßte diese Einstellung und fügte hinzu, dass auch er die Lage im Osten als katastrophal empfinde.⁵⁹² In Bezug auf die Ergänzungsverträge, zu deren Abschluss weder das Plenum noch der Hauptausschuss des Reichstages einberufen worden waren, machte Ebert in einer Besprechung mit dem Reichskanzler und Erzberger deutlich,⁵⁹³ dass mit diesem Schritt der Frieden im Westen verbaut sei.⁵⁹⁴ Vor allem die Abtretung Livlands und Estlands stießen bei ihm auf Widerspruch, er akzeptierte jedoch wie die anderen Vertreter der Mehrheit die ausgehandelten Zahlungen.⁵⁹⁵

Im Herbst 1918 spitzte sich schließlich die Lage an der Westfront derart zu, dass von Seiten der Militärs das wahre Ausmaß des bevorstehenden Zusammenbruchs nicht mehr länger vor der politischen Führung verheimlicht werden konnte. Ludendorff entzog sich der Verantwortung, indem er im Oktober plötzlich mit Nachdruck die Parlamentarisierung forderte, um den Parteien der Mehrheit die Verantwortung für die Niederlage zuzuschieben. Erstmals übernahmen Abgeordnete von SPD und

590 24. Juni 1918, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 313, S. 5617-5623.

591 Sitzung des IFA vom 6. Juli 1918, IFA II, S. 426f. Vgl. Scheidemanns Rede im Reichstag am 25. Juni 1918, in der er zwar hervorhob, dass nur auf Basis des Status quos ein Frieden möglich sei, aber in seiner sich anschließenden Aufzählung, für welche Länder dies zu gelten habe - Frankreich, Belgien und Deutschland -, den gesamten Osten ausließ, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 313, S. 5698.

592 Sitzung des IFA vom 6. Juli 1918, IFA II, S. 431f.

593 Baumgart: Ostpolitik, S. 293-297. Vgl. Kaiser: Realpolitik, S. 55. Epstein: Erzberger, S. 275-278.

594 Besprechung beim Reichskanzler vom 6. September 1918, IFA II, S. 480f.

595 Sitzung des IFA vom 12. September 1918, IFA II, S. 502-505. Vgl. auch die Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 23. September 1918, S. 2f [566f]. Baumgart: Ostpolitik, S. 294f.

Zentrum in der Regierung Max von Baden ab dem 3. Oktober 1918 maßgebliche Regierungsämter.⁵⁹⁶

Einen umfassenden Kurswechsel gegenüber Russland und den Randstaaten konnten und wollten sie jedoch vor dem Ende des Krieges am 8. November nicht mehr einleiten.⁵⁹⁷ So entsandte die neue Reichsregierung noch im Oktober 1918 den Hamburger Gewerkschafter August Winnig ins Baltikum, weil man hoffte, dass es dem Sozialdemokraten gelingen würde, die Esten, Letten und Litauer von einer deutschfreundlichen Politik zu überzeugen. Winnig sollte von der Randstaatenpolitik retten was zu retten war und verhindern, dass die baltischen Staaten heimlich ihre Unabhängigkeit vorantrieben. Im Angesicht der Niederlage handelte es sich dabei allerdings um ein aussichtsloses Unternehmen.⁵⁹⁸ Für die Ukraine plante man zeitgleich die Abordnung Südekums in gleicher Mission, die jedoch ebenso durch das Kriegsende hinfällig wurde.⁵⁹⁹ Damit zeigte sich allerdings, dass man wenige Wochen vor dem Zusammenbruch, noch immer auf dem Boden der Bethmann-Kühlmannschen Ostpolitik stand.⁶⁰⁰

596 Winkler, Heinrich A.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1994, 2. Aufl., S. 23. Stevenson, 1914-1918, S. 555. Rosenberg: Entstehung, S. 226f und S. 232.

597 Ein Ereignis, das im Zusammenhang mit der Ausweisung der russischen Botschaft Ende Oktober 1918 stand und für die weiterhin anti-bolschewistische Haltung der SPD sprach, war der inszenierte Unfall mit einer russischen Kurierkiste, bei dem sowjetisches Propagandamaterial zu Tage kam. Dieser Vorgang soll auf die Idee Scheidemanns zurückgegangen sein, um nicht bewusst die Exterritorialität des Diplomatengepäcks zu verletzen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S. 397f. Protokoll über die Sitzung der Staatssekretäre der deutschen Reichsämter vom 28. Oktober 1918. In: Deutsch-sowjetische Beziehungen von Brest bis Rapallo, S. 790. Rosenfeld: Sowjetrussland, S. 129.

598 Winnig, August: Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen. Berlin 1921, S. 5 und S. 9ff. Knigge, Jobst: Kontinuität deutscher Kriegziele im Baltikum. Deutsche Baltikum-Politik 1918/19 und das Kontinuitätsproblem. Hamburg 2003, S. 21-25.

599 Fedyshyn, Oleh S.: Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918. New Brunswick 1971, S.232f. Vgl. Baumgart: Ostpolitik, S. 380.

600 Südekum in der Fraktionssitzung vom 23. September 1918. Matthias: Reichstagsfraktion, S. 443.

7. Fazit

„Wir müssen gerüstet sein, wie immer auch der Weltkrieg ausgehen mag, damit dasjenige, was von deutschen Interessen in diesen Vertrag aufgenommen ist, haltbar bleibt vor dem ‚Gerichtshof der Welt‘. Das ist der dritte Weg den Deutschland zu gehen hat. Deutschland kann den Frieden den es im Osten geschlossen hat, so haltbar machen, daß ihn keine Revisionsinstanz mehr antasten kann, aber nur unter einer Voraussetzung, wenn das Programm der Julimehrheit gegenüber den Ostvölkern restlos durchgeführt wird.“⁶⁰¹

Matthias Erzberger

Stellt man abschließend noch einmal die Frage, welche konkreten Ergebnisse sich aus dem Handeln von SPD und Zentrum in den letzten beiden Jahre des Ersten Weltkrieges für die deutsche Ostpolitik ergaben und wie sich diese auf die geopolitische Lage in Europa insgesamt auswirkten, kommt man anhand der vorangegangenen Untersuchung zu den folgenden Ergebnissen:

SPD und Zentrum hatten sich in einem bereits vor dem Krieg einsetzenden Integrationsprozess weitgehend mit dem existierenden Staat und seinen Institutionen arrangiert, was in erster Linie durch den immer größeren Einfluss, den sich der Reichstag im deutschen Verfassungsgefüge erkämpft hatte, möglich geworden war. Es existierte allerdings weiterhin das nur schwer überwindbare Hindernis, einerseits in dem stark fragmentierten Parteiensystem des Kaiserreichs – unabhängig vom tatsächlichen Grad der Parlamentarisierung – nicht allein die Regierung stellen zu können, andererseits aber auch kein Interesse daran zu haben, in einer offiziellen Koalition für die immer unpopuläreren Kriegsentscheidungen die Verantwortung mit zu übernehmen.

Dieser Umstand bewegte SPD und Zentrum, die indirekte Kontrolle der Reichsleitung als eine Alternative zu einer personellen Regierungsbeteiligung zu sehen und

601 27. Februar 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4218.

diese damit der Parlamentarisierung vorzuziehen. Dass der Reichstag ungeachtet dessen über ein substantielles Machtpotential verfügte, offenbarte sich mitunter durch die (mit-) erzwungenen Entlassungen zweier Reichskanzler, der Durchsetzung der Friedensresolution entgegen der Auffassung Michaelis' und der OHL sowie der Umwandlung des Haushaltsausschusses in ein auch für außenpolitische Fragen zuständiges politisches Organ. Folglich scheidet die immer wieder konstatierte „Ohnmacht“ als Schutzformel für die Haltung von SPD und Zentrum in Fragen der Ostpolitik aus.

Dementsprechend mussten zumindest partiell inhaltliche Übereinstimmungen mit der Regierung die Ursache für die relativ konforme Position beider Parteien darstellen. Tatsächlich lassen sich für diese Haltung programmatische Erklärungen aufzeigen: Während die SPD aus russophober Tradition, aus befreiungsideologischen Motiven und im Verlauf des Krieges auch aus einer machtpolitischen Positionierung heraus ein hartes Vorgehen gegenüber dem Zarismus unterstützte, mischten sich beim Zentrum ebenso vorhandene antirussische Ressentiments und machtpolitische Kriegsziele mit dem Wunsch, in einem kontinentalen Mitteleuropablock das katholische Element durch Bündnisse mit Österreich-Ungarn, Polen und Litauen zu stärken.

Möglich wurde die aktive Unterstützung der Regierungspolitik allerdings erst im Frühjahr 1917 durch zwei Umbrüche von weltpolitischer Bedeutung: den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und die russische Februarrevolution. In der ideologischen Zange zwischen amerikanischem Liberalismus auf der einen und russischem Sozialismus auf der anderen Seite ergab sich unerwartet eine völlig neue Konstellation. Die an diese Ereignisse angepasste, nunmehr methodisch gemäßigte Machtpolitik Bethmann Hollwegs wurde mit den Zielen der Sozialdemokratie und des progressiven linken Zentrumsflügels verträglich. Der in der Ostpolitik vom Reichskanzler im Frühjahr 1917 eingeschlagene und nach dessen Demission durch Staatssekretär Kühlmann fortgesetzte Kurs, das Baltikum, Polen und zuletzt die Ukraine in formal selbständige, demokratische Randstaaten umzuwandeln, um diese dann indirekt zu beherrschen, stellte sich als in vieler Hinsicht mit den Profilen und der Programmatik beider Parteien vereinbar dar. Er verhinderte dadurch eine aktivere und schärfere Vorgehensweise der linken Mehrheit.

Sichtbar wurde diese Interessenkongruenz durch eine immer mehr von Vertrauen geprägte Atmosphäre zwischen den Parteivertretern und führenden Regierungsmitgliedern. Insbesondere Bethmann Hollweg band die Eliten von SPD und Zentrum im Verlauf des Jahres 1917 immer stärker in die offizielle deutsche Außenpolitik ein, wie die persönlichen, durch Staatssekretär Zimmermann übermittelten Instruktionen vor

der Kopenhagen-Reise der sozialdemokratischen Parteiführer, dem Stockholmer Sozialistenkongress und der Erzbergermission zeigten. Dies führte in der Folge erstens zu einer partiellen Auflösung der strikten Barriere zwischen Legislative und Exekutive, zweitens zu einer Professionalisierung der handelnden Akteure und dadurch drittens zu deren engerer Bindung an den bestehenden Staat. Daneben wirkte vor allem die Arbeit in den Ausschüssen als Integrationsmechanismus, indem der ständige Austausch zwischen den Abgeordneten untereinander und mit Vertretern der Reichsleitung das Empfinden steigerte, eine persönliche Verantwortung für das Wohl der Nation zu tragen. Es zeigte sich, dass viele Parteifunktionäre, besonders bei den Sozialdemokraten, zwar teils scharfe öffentliche Angriffe gegen die Politik der Reichsleitung führten, diese sich aber in der sachorientierten Fachdebatte auf Detailkritik an der mangelhaften Ausführung des eigentlich mitgetragenen Konzeptes reduzierten.

Exponenten des skizzierten Annäherungsprozesses waren David und Erzberger. Ausgestattet mit dem fortgeschrittensten außenpolitischen Sachverstand, waren beide von der neuen ostpolitischen Konzeption Bethmann Hollwegs überzeugt und verknüpften diese mit den Forderungen, die in ihren eigenen Parteien existierten. David und der rechte Flügel der SPD verfügten dabei über ein ausgeprägtes Feingefühl für die in Zukunft stärker als zuvor maßgebenden ökonomischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Die demzufolge angestrebte wirtschaftliche Verständigung nach Osten bedeutete allerdings nicht, dass man gegenüber einem bürgerlich-demokratischen oder gar sozialistischen Russland bereit war, die Randstaatenpolitik aufzugeben. Dies hing zum einen schlicht mit einem äußerst negativen Bolschewismusbild zusammen, zum anderen aber auch mit dem klaren Ziel, das Deutsche Reich langfristig aus eigener Kraft in Mitteleuropa abzusichern.

Erzberger stieß analog im Zentrum, das durch seine heterogenen, partiell noch stark durch den katholischen Adel und die rheinisch-westfälischen Industriellen geprägten, konservativen Strukturen größere Schwierigkeiten hatte, den deutlichen Methodenwechsel hin zu formell selbständigen, demokratischen Randstaaten zu akzeptieren, auf stärkeren Widerstand. Fatalerweise war es vorweg Hertling, als erster Zentrumskanzler und Antipode Erzbergers, der nicht erkannte, dass die parallele Realisierung von freiheitlicher innerer Entwicklung in den Randstaaten und der Ausbau der dortigen deutschen Vormachtstellung nicht in einem Widerspruch zueinander stehen mussten.

Die Realisierung der damit umrissenen „sanften Hegemonie“ in der politischen Praxis in Brest-Litowsk stellte sich unter diesen Bedingungen entsprechend komplex

dar. Kühlmann befand sich in dem handfesten Dilemma, zwar inhaltlich die Positionen der linken Reichstagsmehrheit zu teilen, zugleich aber einerseits bei den Verhandlungen von den Militärs klar die Grenzen der politischen Entscheidungsfreiheit aufgezeigt zu bekommen und andererseits von Hertling nur äußerst zurückhaltend unterstützt zu werden. Zwar ließen er und der Reichskanzler im Januar 1918 die politische Verantwortlichkeit der Reichsleitung beim Abschluss der Verträge eindeutig verfassungsrechtlich feststellen, faktisch bestand aber, gedeckt durch den Kaiser und die Popularität der OHL, zu jedem Zeitpunkt eine Vetoposition Hindenburgs und Ludendorffs.

Der einzige Vorteil, den SPD und Zentrum in ihrem Ringen mit der zivilen Staatsführung und dem Versuch, diese auf das ursprüngliche Konzept unverkennbar festzulegen, ins Felde führen konnten, bestand darin, dass die mittlerweile etablierten Forderungen des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates und der von Wilson propagierte demokratische Liberalismus nicht mehr ohne weiteres ignoriert werden konnten. Das hatte zur Folge, dass die einzelnen Klauseln der Friedensschlüsse, unabhängig aller Defizite, das Potential enthielten, über die zukünftige Novellierung der Randstaatenpolitik doch die Konzeption der indirekten Kontrolle umsetzen zu können.

Die positive Bewertung und die Annahme des Ukraine-Friedens durch SPD und Zentrum sowie später zumindest die Enthaltung der SPD beim Russland-Frieden, erklären sich folglich aus der vom Frühjahr 1918 aus gesehenen Hoffnung, durch eine demokratische Modifikation des deutschen Verfassungssystems nach einem deutschen Sieg auch die Verhältnisse im Osten in die gewünschte Form zu bringen. Dies zeigte sich noch einmal eindrücklich daran, dass bis kurz vor dem deutschen Zusammenbruch im November, trotz aller geäußerten Kritik, der prinzipielle Kurs der deutschen Ostpolitik nicht angezweifelt wurde.

Im Ergebnis erweist sich damit die von Hermann Kranold konstatierte Kontinuität der deutschen Ostpolitik von Bethmann zu Kühlmann und deren „Trägerschaft“ durch SPD und Zentrum als eine tatsächlich logische und sachlich nachvollziehbare Beobachtung. Welche Begründung aber gibt es dafür, dass insbesondere in älteren Beiträgen, wie denen von Rosenberg,⁶⁰² Matthias,⁶⁰³ und Fischer⁶⁰⁴ solche Ergebnisse

602 „Alle drei Parteien [SPD, Zentrum und FVP, Anm. d. Verf.] hatten die Ostpolitik Bethmann Holwegs gebilligt. Sie alle waren seit Jahren mit dem Gedanken vertraut, daß in Polen, Litauen und Kurland neue, von Rußland unabhängige, Staaten geschaffen werden sollten. [...] Also der Reichstag konnte im einzelnen [*sic!*] die Methoden kritisieren, die Kühlmann und Hoffmann in

bereits erörtert, später aber nur wenig beachtet wurden und zuletzt im überwiegenden Teil der Literatur kaum noch in der Diskussion stehen? Tendenziell hat sich bei der Durchsicht der Literatur der Eindruck gefestigt, dass seit den 1960er Jahren die Politik von SPD und Zentrum insgesamt als kraft- und konzeptionslos und in der Summe defensiv beurteilt wurde. Die eindeutig nachzuweisenden, machtpolitischen Entwicklungsprozesse wurden insbesondere bei der Sozialdemokratie ignoriert oder nur sehr oberflächlich einigen rechten Abweichlern zugeordnet. Bei der Bewertung der SPD-Ostpolitik führte dies zu dem Ergebnis, dass man frühestens ab der Februarrevolution 1917, spätestens aber mit der Friedensresolution suggerierte, die Partei habe eine Verständigung in etwa auf der Basis des Status quo ante bellum angestrebt. Dies war aber nicht der Fall. Der für das zunächst demokratische und nachher sozialistische Russland seit dem Sturz des Zarismus angestrebte Verständigungsfrieden hatte im überwiegenden Teil der Sozialdemokratie bis zuletzt die Abtrennung der Randstaaten, mit allen voraussehbaren Konsequenzen für das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, beinhaltet. Zur Veranschaulichung der Problematik bietet sich eine Passage aus Wilhelm Ribhegges Arbeit über die Mehrheitspolitik 1917-1918 an, der schreibt:

„Die Ausführungen Davids [zum Brester Frieden, Anm. d. Verf.] zeigen, daß auch der sozialdemokratische Abgeordnete von imperialistischen Gedanken nicht frei war. So ist die Rede von Landverbindungen zu dem Stillen Ozean, die nun abgeschnitten sei. Dadurch werde England begünstigt. Die Herren, die den Vertrag von Brest-Litowsk abgeschlossen hätten, hätten mit ihrem Machtgebot aus dem ‚Horizont ostelbischer Binnenpolitik‘ gehandelt und damit eine künftige ‚Weltpolitik‘ erschwert. Das klang in der Tat seltsam. Wollte David den Generälen vorwerfen, nicht genügend an die ‚weltpolitischen‘ Aufgaben gedacht zu haben und lediglich an eine

Brest-Litowsk anwandten. Aber man konnte prinzipiell gegen die Linie der deutschen Ostpolitik nichts einwenden.“ Rosenberg: Entstehung, S. 192.

603 „So ist eine gewisse Kontinuität in der mehrheitssozialdemokratischen Ostpolitik über die beiden russischen Revolutionen von 1917 hinaus gar nicht zu leugnen; ganz abgesehen davon, daß eine Friedensformel, die Annexionen nicht gestattete und gleichzeitig die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprach, als solche schon genug Sprengstoff enthielt.“ Matthias: Rückwirkungen, S. 86.

604 „Auch die neue Mehrheit der Friedensresolution vom Juli 1917 bildet nur eine temporäre Abweichung von der durchgehenden Hauptlinie. [...] Schon vom Herbst 1917 an stellte sich die alte Kriegszielmehrheit wieder her, wenn sie jetzt auch die Kriegsziele in der gewandelten Form der „Autonomie“ vertrat [...]. Der Reichstag scheidet demnach als grundsätzliche Gegenkraft zur deutschen Kriegszielpolitik aus, zumindest für den Osten.“ Fischer, Fritz: Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. In: HZ 191 (1960), S. 89.

militärische Absicherung Preußens vor der russischen Revolution? Der Schwerpunkt der Ausführungen Davids lag jedoch in der Behandlungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das er als das wichtigste politische Lösungskonzept ansah.⁶⁰⁵

Natürlich trat David mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht ein. Diese Position stand aber gerade nicht im Gegensatz zu seinen weltpolitischen Vorstellungen, über die sich Ribhegge hier wundert, sondern war doch vielmehr ein Teil derselben. Verständigungspolitik – wohlgemerkt immer im Sinne Deutschlands – und Randstaatenpolitik waren die zwei Seiten *einer* ostpolitischen Konzeption, weshalb Davids Ausführungen auch nur dann als „seltsam“ zu bezeichnen sind, wenn man die ihnen zugrunde liegenden machtpolitischen Komponenten der gesamten SPD-Ostpolitik ignoriert.

Dem Zentrum hingegen wird zugeschrieben, nach den katastrophalen Resultaten des U-Boot-Krieges zunächst konziliantere Friedensbedingungen akzeptiert zu haben, um dann unter dem Eindruck der Siege im Osten wieder auf die alte, machtpolitische Linie zurückzukehren. Es wird in dieser Hinsicht allerdings ebenfalls oft nur unzureichend herausgestellt, dass selbst der linke Flügel unter Erzberger diese Linie nie verlassen und man dort bloß früher erkannt hatte, dass sowohl die demokratische Ausgestaltung Deutschlands als auch der neuen Randstaaten unter dem Druck der Weltöffentlichkeit die einzige Chance bot, bei einem allgemeinen Frieden das militärisch Erreichte dauerhaft zu sichern und zugleich den Friedensdruck aus der Bevölkerung abzufedern.

Die argumentativ schwierigste Phase war somit eigentlich jene, in der in Russland eine bürgerlich-liberale Regierung existierte, mit der man tatsächlich auf Augenhöhe hätte verhandeln müssen. Hier wäre die Forderung nach Loslösung der Randstaaten, bei einer geschickten russischen Autonomiepolitik, vom Standpunkt einer wirklichen Verständigung aus nur schwer aufrecht zu erhalten gewesen. Spätestens jedoch nach der undemokratischen Vertreibung der russischen Konstituante durch die Bolschewiki gab es für die Positionen beider Parteien wieder eine klare moralische Legitimation.

Es bleibt damit festzuhalten, dass weder SPD noch Zentrum mit einer „friedfertigen“⁶⁰⁶ deutschen Hegemonie in Mitteleuropa, die bei einem Sieg über Frankreich kontinentale Hegemonie sein musste, ein ernsthaftes Problem hatten. In der Aussicht

605 Ribhegge: Frieden, S. 268.

606 Kaiser: Realpolitik, S. 50.

auf ein demokratisiertes Deutschland war damit auch der Gedanke der Verständigung durchaus ernst gemeint, aber eben unter den klaren Prämissen, die ein deutscher Erfolg im Weltkrieg mit sich gebracht hätte. Beide Parteien beschritten damit, wie Erzbergers es in seiner Rede zum Brester Frieden formulierte, einen „dritten Weg“⁶⁰⁷ zwischen Machtpolitik und Verständigung, der allerdings unter Berücksichtigung der eingangs angeführten These Dehios in letzter Konsequenz ebenso zum Griff nach der kontinentalen Hegemonie führen musste, wie die von Bethmann Holweg eingeleitete Ostpolitik. Ob diese Konzeption letztlich in der Praxis hätte Bestand haben können, muss Spekulation bleiben.

607 27. Februar 1917, Verhandlungen des Reichstages. Bd. 311, S. 4218.

8. Anhang

8.1 Siglen- und Abkürzungsverzeichnis

Zitierweise: Quellen und Literatur werden einmal durch volle Nennung von Autor und Titel zitiert, danach nur noch der Autor und Schlagworte aus dem Titel. Bei einigen Quelleneditionen werden die gebräuchlichen Abkürzungen des Werkes angegeben.

AA	Auswärtiges Amt
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
dt.	deutsch
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptausschuss
HZ	Historische Zeitschrift
IFA	Interfraktioneller Ausschuss
jap.	japanisch
JbbGO NF	Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, Neue Folge
KTb	Kriegstagebuch
KV	Kölnische Volkszeitung
NZ	Neue Zeit
OHL	Oberste Heeresleitung
öst.	österreichisch
poln.	polnisch
PPS	Polnische Sozialdemokratische Partei
russ.	russisch
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands

SM	Sozialistische Monatshefte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ungar.	ungarisch
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

8.2 Quellen- und Literaturverzeichnis

8.2.1 Quellen und Quelleneditionen

Bethmann Hollweg: Kriegereden. Stuttgart 1919.

Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages bearbeitet von Werner Hahlweg. Düsseldorf 1971.

Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918. Band III: 118-190 Sitzung 1917 und Band IV: 191-275 Sitzung 1918, bearbeitet von Reinhard Schiffers und Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt. Düsseldorf 1981-1983.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. 2. Bände, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1959.

Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages. Dokumentensammlung Bd. I, hrsg. von Venjamin M. Chrostov und Stefan Doernberg. Berlin (Ost) 1967.

Die Auswirkungen der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, 4. Bände, hrsg. von Leo Stern. Berlin (Ost) 1959.

Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1962.

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Band II bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. Düsseldorf 1966.

Hahlweg, Werner: Lenins Rückkehr nach Rußland 1917. Leiden 1957.

Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden. 2. Bände. Dresden 1926.

Klimas, Petras: Der Werdegang des litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Dargestellt auf Grund amtlicher Dokumente, Berlin 1919.

- L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre Mondial. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, Bände I-IV, hrsg. von André Scherer und Jacques Grunewald, Paris 1962-1978.
- Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921, inklusive der Protokolle der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920. Herausgegeben von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll, II Bände, Berlin/Bonn 1980.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1917. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, Berlin 1917.
- Tirpitz, Alfred von: Politische Dokumente. Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg, Hamburg/Berlin 1926.
- Verhandlungen des Reichstages. XIII. Legislaturperiode, II. Session. Stenographische Berichte, Band 306, 307, 310, 311, Berlin 1914-1918.
- Zeman, Zbyněk A.: Germany and the Revolution in Russia 1915-1918, London/New York/Toronto 1958.

8.2.2 *Zeitgenössische Literatur und Aufsätze*

- Cohen, Max: Vom 4. August bis Stockholm. In: SM 48 (1917), S. 816-819.
- Cohen, Max: Klare Entscheidungen. In: SM 49 (1917), S. 1251-1255.
- Cohen, Max: Russland und die deutsche Zukunft. In: SM 50 (1918), S. 113-119.
- Cunow, Heinrich: Nach Westen oder nach Osten? In: Die Glocke 3.1. Heft 13 (1917/18), S. 487-494.
- David, Eduard: Wer trägt die Schuld am Kriege? Rede, gehalten vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juni 1917. Berlin 1917.
- David, Eduard: Sozialdemokratie und Ostpolitik. In: NZ 36/2 (1918), S. 481-489.
- Grumbach, Salomon: Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden. Lausanne 1917.
- Heilmann, Ernst: Der Annexionskomplex. In: Die Glocke 3.2. Heft 50 (1917/18), S. 845-852.
- Koester, Adolf: Was soll aus Kurland und Litauen werden? In: Die Glocke 3.2. Heft 27 (1917/18), S. 11-13.

- Koester, Adolf: Oestliche Zukunftsfragen. In: Die Glocke 3.2. Heft 30 (1917/18), S. 131-136.
- Kranold, Hermann: Deutschland und die Fremdvölker Russlands. In: SM 48 (1917), S. 824-831.
- Kranold, Hermann: Die Einheit Russlands. In: SM 51 (1918), S. 880-889.
- Lensch, Paul: Polen und der Friede. In: Die Glocke 2.2 Heft 34 (1916), S. 245-251.
- Lensch, Paul: Stockholm. In: Die Glocke 3.1. Heft 12 (1917/18), S. 441-446.
- Müller, Hermann: Stockholm. In: NZ 36/1 (1917/18), S. 8-13.
- Noske, Gustav: Das polnische Problem. In: Die Glocke 2.2 Heft 34 (1916), S. 207-217.
- Quessel, Ludwig: Wir und das neue Polen. In: Die Glocke 2.2 Heft 36 (1916), S. 338-345.
- Quessel, Ludwig: Die Realitäten der kontinentaleuropäischen Politik. In: SM 50 (1918), S. 65-73.
- Quessel, Ludwig: Die industriellen Kräfte Russlands: In: SM 50 (1918), S. 183-191.
- Quessel, Ludwig: Russland und der angelsächsische Wirtschaftskrieg. In: SM 50 (1918), S. 225-235.
- Quessel, Ludwig: Eduard David und der bolschewistische Separatismus. In: SM 51 (1918), S. 826-832.
- Schippel, Max: Deutsch-Russische Wirtschaftsbeziehungen in Vergangenheit und Zukunft. In: SM 48 (1917), S. 568-574.
- Weber, Max: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1917/18). In: Ders., Gesamtausgabe. Abteilung I, Band XV: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger. Tübingen 1988, S. 421-553.

8.2.3 *Memoiren und Tagebücher*

- Bethmann Hollweg: Theobald von, Betrachtungen zum Weltkriege. II. Teil: Während des Krieges. Berlin 1921.
- Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914-1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Düsseldorf 1966.
- Erdmann, Karl D. (Hrsg.) / Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen 1972.

- Haussmann, Conrad / Zeller, Ulrich (Hrsg.): Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. FraM 1924.
- Hertling, Karl von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg u.a. 1919.
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Band I. Stuttgart 1947.
- Kühlmann, Richard von: Erinnerungen. Heidelberg 1948.
- Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914 – 1918. 2. Aufl., Berlin 1936.
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1947.
- Nowak, Karl F. (Hrsg.): Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. II Bände. Berlin 1929.
- Payer, Friedrich: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. FraM 1923.
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten II Bände. Dresden 1928.
- Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Band II von 1914-1918. Berlin 1935.
- Winnig, August: Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen. Berlin 1921.

8.2.4 *Literatur*

- Angermüller, Hans H.: Die Haltung der deutschen Arbeiterparteien zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, IV/6 (1957), S. 971-988.
- Arter, Konrad: Die Sozialdemokratie und der Weg zum Verfassungswandel im Weltkrieg. Diss. Phil. Jena 1932.
- Ascher, Abraham: Imperialists within German Social Democracy prior to 1914. In: Journal of Central European Affairs, XX/4 (1961), S. 397-422.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrums Partei Band VIII. Das Zentrum in den süddeutschen Staaten 1887-1914. Das Zentrum in und nach dem Weltkriege 1914-1930. Köln 1931.
- Bartel, Walter: Die Linke in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin (Ost) 1958.

- Basler, Werner: Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918. Berlin (Ost) 1962.
- Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien / München 1966.
- Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung. Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung. Köln/Opladen 1967.
- Bihl, Wolfdieter: Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk. Wien/Köln/Graz 1970.
- Blänsdorf, Agnes: Friedrich Ebert und die Internationale. In: AfS 9 (1969), S. 421-553.
- Boldt, Hans: Deutscher Konstitutionalismus und Bismarckreich. In: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. 2. Aufl., Düsseldorf 1976, S. 119-142.
- Boll, Friedhelm: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918. Bonn 1980.
- Borowsky, Peter: Deutsche Ukrainepolitik 1918. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen. Lübeck 1970.
- Chamberlin, Wilhelm H.: Die russische Revolution 1917-1921. Band I. FraM 1958.
- Conze, Werner: Nationalstaat oder Mitteleuropa. In: Festschrift für Hans Rothfels. Düsseldorf 1951, S. 201-230.
- Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln/Graz 1958.
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Band III: Gutachten der Sachverständigen Hermann J. von Kuhl und Hans Delbrück. Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch. Berlin 1925.
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Band VIII: Gutachten des Sachverständigen Johannes V. Bredt. Der deutsche Reichstag im Weltkrieg. Berlin 1927.
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Band VII/I: Verhandlungsbericht. Der innere Zusammenbruch. Berlin 1928.

- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Gutachten des Sachverständigen Erich O. Volkmann. Die Annexionsfragen des Weltkrieges. Berlin 1929.
- Dehio, Ludwig: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. München 1955.
- Direnberger, Erwin: Die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung von 1914-1918. Berlin 1939.
- Dülmen, Richard van: Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg. In: Francia II (1974), S. 345-376.
- Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945). Stuttgart 1999.
- Epstein, Klaus: Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918. In: HZ 191 (1960), S. 562-584.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin 1962.
- Eschenburg, Theodor: Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform. München 1973.
- Evans, Ellen L.: The German Center Party 1870-1922. A Study in Political Catholicism. Carbondale 1981.
- Fedyshyn, Oleh S.: Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918. New Brunswick 1971.
- Fischer, Fritz: Deutsche Kriegsziele Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918 (zuerst: HZ 188, 1959). In: Ders. (Hrsg.): Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Düsseldorf 1977, S. 151-206.
- Fischer, Fritz: Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg (zuerst: HZ 191 (1960). In: Ders. (Hrsg.): Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Düsseldorf 1977, S. 207-222.
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18. Düsseldorf 2004 (Neuaufgabe).
- Geiss, Immanuel: Der Polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Lübeck/Hamburg 1960.

- Geyer, Dietrich: Zur „Ostpolitik“ der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. In: GWU 35 (1984), S. 145-154.
- Gies, Horst: Die Regierung Hertling und die Parlamentarisierung in Deutschland 1917-1918. In: Der Staat 13 (1974), S. 471-496.
- Golczewski, Frank: Zur deutschen Ukraine-Politik 1918-1926. In: Manfred Alexander/Frank Kämpfer/Andreas Kappeler (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stöckl zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1991, S. 119-129.
- Gollwitzer, Heinz: Der politische Katholizismus im Hohenzollernreich und die Außenpolitik. In: Werner Pöls (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979.
- Groh, Dieter/Brandt, Peter: „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990. München 1992.
- Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Den Haag 1970.
- Hahlweg, Werner: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution. Münster 1960.
- Heinen, Ernst: Zentrums Presse und Kriegszielsdiskussion unter besondere Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Germania“. Diss. Phil. Köln 1962.
- Helfferrich, Karl: Der Weltkrieg. Karlsruhe 1919.
- Heresch, Elisabeth: Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution. München 2000.
- Herzfeld, Hans: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg. Leipzig 1928.
- Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945. Stuttgart 1995.
- Hoffmann, Max: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. Berlin 1923.
- Hoop, Edward: Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling. Diss. Phil. Kiel 1951 [maschinenschriftlich].
- Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. V Band: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919. Stuttgart 1978.
- Illich, Hans: Über die Haltung der Zentrums Presse zur Parlamentarisierung 1917/1918. Mit besonderer Berücksichtigung der Kölnischen Volkszeitung. Würzburg 1932.

- Kaiser, Ulrich: Realpolitik oder antibolschewistischer Kreuzzug? Zum Zusammenhang von Russlandbild und Russlandpolitik der deutschen Zentrumspartei 1917-1933. FraM 2005.
- Knigge, Jobst: Kontinuität deutscher Kriegziele im Baltikum. Deutsche Baltikum-Politik 1918/19 und das Kontinuitätsproblem. Hamburg 2003.
- Joeres, Nils: Der Architekt von Rapallo. Der deutsche Diplomat Ago von Maltzahn im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Diss. Phil. Heidelberg 2006.
- John, Volkwardt: Brest-Litowsk. Verhandlungen und Friedensverträge 1917-1918. Stuttgart 1937.
- Kahle, Wilhelm: Zur Theologie und Geistesgeschichte des deutschen Russlandbildes. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-russischen Begegnung. Leer 1972.
- Kappeler, Andreas: Ein „kleines Volk“ von 25 Millionen. Die Ukrainer um 1900. In: Manfred Alexander/Frank Kämpfer/Andreas Kappeler (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stöckl zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1991, S. 33-43.
- Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine. München 2000, 2. Aufl.
- Kielmansegg, Peter: Deutschland und der Erste Weltkrieg. Stuttgart 1980, 2. Aufl.
- Koch, Manfred: Die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages im Ersten Weltkrieg. Zur Struktur, Politik und Funktion der Zentrumspartei im Wandlungsprozeß des deutschen Konstitutionalismus 1914-1918. Diss. Phil. Mannheim 1984.
- Koelges, Michael: [Die Haltung der SPD zur deutschen Ostpolitik vom Oktober 1917 bis zum Oktober 1918](#), Mainz 1987.
- Koenen, Gerd: Der deutsch-russische Nexus. In: APuZ 44 (2007), S. 27-32.
- Krummacher, Friedrich A./Lange, Helmut: Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa. München/Esslingen 1970.
- Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15. Essen 1993.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche. Freiburg 1984.
- Lewerenz, Lilli: Die deutsche Politik im Baltikum 1914-1918. Diss. Phil. Hamburg 1959 [maschinenschriftlich].

- Linde, Gerd: Um die Angliederung Kurlands und Litauens. Die deutsche Konzeption für die Zukunft der ehemals russischen Randgebiete vom Sommer 1918. In: JbbGO NF 10 (1962), S. 563-580.
- Linke, Horst-Günther: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen bis Rapallo. Köln 1970.
- Linke, Horst Günther: Deutschland und die Sowjetunion von Brest-Litowsk bis Rapallo. In: APuZ 16 (1972), S. 23-38.
- Liulevicius, Vejas G.: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg. Hamburg 2002.
- Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Berlin 1967.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands. Düsseldorf 1984.
- Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914-1925. München 1963.
- Maehl, William: The role of Russia in German Socialist Policy. In: International Review of Social History 4/2 (1959), S. 177-198.
- Matthias, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht. Tübingen 1954.
- Matthias, Erich: Die Rückwirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung. In: Helmut Neubauer (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. Stuttgart u.a. 1968. S. 69-93.
- Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin. München 1969.
- Meenzen, Johann: Aussenpolitik und Weltfriedensforschung der deutschen Sozialdemokratie 1914-1919. Diss. Phil. Hamburg 1951 [maschinenschriftlich], unterschiedliche Versionen lagen vor, ggf. doppelte Seitenangaben in Klammern.
- Milatz, Alfred: Der Friede von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien. Diss. Phil. Hamburg 1949 [maschinenschriftlich].
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974
- Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920. Düsseldorf 1978.
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich. Düsseldorf 1976.
- Mommsen, Wolfgang: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. Bonn 2004.

- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923. Düsseldorf 1966.
- Moser, Otto von: Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Das Werk der Staatsmänner, Heerführer und Volksführer bei der Entente und bei den Mittelmächten. Stuttgart 1931.
- Oberloskamp, Eva: Ulrich Kaiser. [Realpolitik oder antibolschewistischer Kreuzzug? Zum Zusammenhang von Rußlandbild und Rußlandpolitik der deutschen Zentrumspartei 1917-1933](#). Bern / FraM [u.a.]: Peter Lang 2005. In: Sehepunkte 5 (2005), Nr.12 [16.04.2008].
- Oppelland, Torsten: Reichstag und Aussenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918. Düsseldorf 1995.
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1964.
- Petzold, Joachim: Ludendorff oder Kühlmann? In: ZfG 12/5 (1964), S. 817-832.
- Petzold, Joachim: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Band III: November 1917 - November 1918. Berlin (Ost) 1969.
- Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. 8. Aufl., Bonn 2002.
- Rauh, Manfred: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Düsseldorf 1977.
- Ribhegge, Wilhelm: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917-1918. Essen 1988.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Band III: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler. München 1964.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Band IV: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918. München 1968.
- Rosenberg, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918. Berlin 1928.
- Ruge, Matthias: Matthias Erzberger. Eine politische Biographie. Berlin 1976.
- Salewski, Michael: Der Erste Weltkrieg. Paderborn u.a. 2003.
- Scharlau, Winfried B./Zeman, Zybnek A.: Freibeuter der Revolution. Parvus Helphand. Eine politische Biographie. Köln 1964.
- Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
- Schiffers, Reinhard: Der Hauptausschuss des deutschen Reichstages 1915-1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung. Düsseldorf 1979.

- Schmersal, Helmut: Philipp Scheidemann 1865-1939. Ein vergessener Sozialdemokrat. FraM 1999.
- Schönberger, Christoph: Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich. In: HZ 272 (2001), S. 623-666.
- Schwieger, Gerd: Zwischen Obstruktion und Kooperation. Eduard David und die SPD im Kriege. Diss. Phil. Kiel 1970.
- Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg. Berlin 1976.
- Steglich, Wolfgang: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18. Wiesbaden 1964.
- Stevenson, David: 1914-1918. Der Erste Weltkrieg. Düsseldorf 2006.
- Stopinski, Sigmar: Das Baltikum im Patt der Mächte. Zu Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkrieges. Berlin 1997.
- Strachan, Hew: Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte. 2. Aufl., München 2006.
- Strazhas, Abba: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost, 1915-1917. Wiesbaden 1993.
- Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918. Berlin 1994.
- Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. FraM 1997.
- Ullmann, Hans-Peter: Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918. München 1999.
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, 1871-1918. 2. Aufl., FraM 1997.
- Unger, Hartmut: Zwischen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Russlandpolitik der SPD 1918-1922. FraM 1996.
- Volkman, Hans-Erich: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur "Kriegszieldiskussion". Köln 1970.
- Wacker, Frida: Die Haltung der Deutschen Zentrumspartei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914-1918. Diss. Phil. Würzburg 1937.
- Wheeler-Bennett, John W.: Brest-Litovsk. The forgotten peace March 1918. London 1956.
- Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. 5. Aufl., Göttingen 1983.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band III: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 1995.

- Winkler, Heinrich A.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. 2. Aufl., München 1994.
- Winkler, Heinrich A.: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. 5. Aufl., München 2002.
- Winkler, Heinrich A.: Die Erfindung der Deutschen V. Deutschland, eine Jahrhundertfrage. In: Der Spiegel, 8 (2007), S. 52-56.
- Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen. München 1992.
- Zarusky, Jürgen: Vom Zarismus zum Bolschewismus. Die deutsche Sozialdemokratie und der „asiatische Despotismus“. In: Gerd Koenen und Lew Kopelew (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution 1917-1924. München 1998, S. 98-133.
- Zeender, John K.: The German Centres Party during World War I. An Internal Study. In: The Catholic Historical Review Vol. XLII (1956/57), S. 441-468.
- Zernack, Klaus: Polen und Rußland. Zwei Wege in die europäische Geschichte. Berlin 1994.

